M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Argentinien – der politische Hintergrund der Fußballweltmeisterschaft

Nr. 69 Mai 1978 DM 2.50

Impressum

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Br., Telefon: 0761 / 74003.
Bürozeiten: Mo.-Fr. 10 - 12, 15-18 Uhr

Zusammengestellt von:
Siegfried Bartels, Roland Becker, Gerhard Braun, Eugen Bruder, Georg Cremer, Hans Diefenbacher, Hendrike Fahrenholtz, Benedict Fehr, Eberhard Gohl, Susanne Habicht, Sabine Hagemann, Stefan Helming, Heiner Hiltermann, Klaus Höweling, Klaus Jährling, Hartmut Jung, Clemens Jürgenmayer, Uli Kieser, Bettina Hocher, Thomas Marx, Hildegard Maur, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Götz Nagel, Horst Pöttker, Peter Poschen, Domenique Prodel, Peter Riedesser, Peter Schmid, Bertina Schulze-Mittendorf, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Hildegard Wenzler, Walter Witzel.
Nachdruck einzelner Artikel mit Quellenangabe erwünscht.

Druck: SOAK, 3 Hannover 1, Am Taubenfelde 30, Telefon: 1 76 18

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppe nach Selbsteinschätzung: DM 20,–).
Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Türkei) DM 23,60 bzw. 31,60; Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 34,40 bzw. 42,40; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 41,60 bzw. 49,60; Australien, Südpazifik DM 48,80 bzw. 56,80.
Schweiz: Fr. 28,– bzw. 20,–



Finanzielle Situation der „blätter des iz3w"

Im folgenden geben wir unseren Lesern einen Überblick über die finanzielle Situation der „blätter des iz3w". Die folgende Schätzung erfaßt die Einnahmen und Ausgaben, die mit Herausgabe und Vertrieb unserer Zeitschrift verbunden sind; nicht erfaßt sind Einnahme- und Ausgabeposten wie unsere lokale Arbeit, die Beantwortung von Informationsanfragen insbesondere aus dem Schulbereich, Tagungen etc.. Auch unsere Arbeit, die wir neben der Herausgabe der Zeitschrift betreiben, ist defizitär, sie kann also keinen Beitrag zur Deckung des im folgenden nachgewiesenen Defizits leisten.
Zu einzelnen Posten der folgenden Rechnung:

Einnahmen
Die Schätzung der Abonnementeinnahmen beruht auf einer zugrundegelegten Steigerung des Abonnements um 500 Exemplare (nach Abzug der Kündigungen). Dieser Wert ist auch 1977 erreicht worden.
Die ausgewiesenen Spenden aus dem Kreis der Leser und der Mitarbeiter der Zeitschrift stellen die Hälfte der 1978 zu erwartenden Spenden dar. Mit der anderen Hälfte (sie entspricht etwa den Spenden, die von ehemaligen und jetzigen Mitarbeitern aufgebracht werden) müssen wir unsere lokalen Aktivitäten, die Unkosten für die Beantwortung von Informationsanfragen (soweit sie nicht durch anderweitige Zuwendungen zu decken sind) sowie die mit diesen Aktivitäten verbundenen Personalkosten decken.
Auf eine Abonnement-Erhöhung haben wir in diesem Jahr verzichtet, da bei einer finanziell einträglichen und damit für die Leser spürbaren Preiserhöhung die finanziell begründeten Abbestellungen, die den größten Teil der Abbestellungen ausmachen, sicherlich zunehmen würden.
Eine Verringerung des Defizits ist durch eine Steigerung der Abonnentenzahl erreichbar, da der größere Teil der Ausgaben (bis auf Druck und Versand) fixe Kosten darstellen, zu denen weitere Abonnements einen relativ hohen Deckungsbeitrag leisten.

Ausgaben
Die Kalkulierung der Druckkosten basiert auf der angenommenen Abonnementerhöhung um 500 Exemplare sowie einer erfolgten Preiserhöhung um 10 %. Es wurde die durchschnittliche Seitenzahl des Jahrgangs 1977 (60 Seiten) zugrundegelegt.
Die Ausgaben für Miete (incl. Nebenkosten) haben sich gegenüber 1977 um 1.880,– erhöht, da wir in neue Räume umgezogen sind. Dieser Umzug war durch die hohe Feuchtigkeit in den alten Räumen erforderlich; zudem hatten diese Räume kein Tageslicht, was für die hauptamtlich arbeitenden Mitarbeiter auf die Dauer belastend war.
Bei Büromaterial und Telefon wurde die Hälfte unserer Ausgaben der Zeitschrift zugerechnet.
Die Personalkosten setzen sich – wie sich aus den angegebenen Werten ergibt – nicht aus üblichen Gehältern zusammen. Mit Ausnahme des Redaktionsassistenten werden diese Arbeiten von Mitarbeitern der Gruppe entweder parallel zum Studium oder zwischen Studium und Berufstätigkeit wahrgenommen. Sobald es uns finanziell möglich ist, wollen wir die Entschädigung für den Redaktionsassistenten erhöhen, da DM 500,– netto für einen 33jährigen Sozialwissenschaftler bei mindestens 30 Wochenstunden umfassender Tätigkeit doch ziemlich wenig ist.

„blätter des informationszentrums dritte welt":

Einnahmen und Ausgaben 1978

Schätzung

Einnahmen 1978:	
Abonnementeinnahmen	DM 81.000,00
Verkauf von Zeitschriften außerhalb des Abonnements	10.000,00
Kirchliche Zuwendungen	5.720,00
Spenden aus dem Kreis der Leser der Zeitschrift	12.000,00
	DM 108.720,00

Ausgaben 1978:	
Druck: Normalnummer 60 Seiten Druckpreis incl. MWSt. 4.982,– zuzüglich DM 18,– für Unvorhergesehenes = 5.000,00 DM, 8 Ausgaben a 5.000,–	40.000,00
Satz für Text und Überschriften: 8 Ausgaben a DM 1.950,–	15.600,00
Miete: Kaltmiete: DM 6.780,–, Nebenkosten 3.000,–	9.780,00
Büromaterial (die Hälfte unserer Aufwendungen für Büromaterial werden der Zeitschrift zugerechnet)	6.000,00
Personal:	
a) Redaktionsassistent Monatlich: DM 760,– (Bruttogehalt und Arbeitgeberanteil) Gehalt pro Jahr	9.120,00
b) Zwei Bürokräfte, pro Monat DM 530,– Kosten pro Jahr	12.720,00
c) Zwei Aushilfskräfte für Archivarbeiten pro Monat: je DM 240,–, Kosten pro Jahr	5.760,00
d) Entschädigung für Ausschneidearbeiten (für Archiv) pro Monat: DM 130,– Kosten pro Jahr für zwei Mitarbeiter	3.120,00
e) Entschädigung für Buchführung pro Monat: 240,–, Kosten pro Jahr	2.880,00
(Personal insgesamt: DM 32.600,00)	
Archivkosten (Abonnements, Buchankauf)	5.800,00
Porto und Versankosten Abonnementversand: 7.685,–; Porto für Redaktion DM 1.200,–; Porto für Probenummer-Versand: DM 1600,–; Porto für iz3w-Verkauf außerhalb des Abonnements: DM 1.200,–	11.685,00
Frachtkosten	2.000,00
Telefon (die Hälfte unserer Aufwendungen für Telefon werden der Zeitschrift zugerechnet)	1.750,00
	DM 126.215,00
Defizit (Schätzung)	DM 17.495,00

Defizit

Aus der beigefügten Schätzung der Einnahmen und Ausgaben ergibt sich für 1978 ein Defizit von DM 17.495,–. Das hier aufgewiesene Defizit gefährdet unsere Zeitschrift nicht kurzfristig, jedoch ist selbstverständlich, daß wir sehr rasch Maßnahmen ergreifen müssen, um die finanzielle Deckung der mit Herausgabe und Vertrieb der Zeitschrift verbundenen Ausgaben zu erreichen. Ob wir vereinzelte größere Spenden erhalten können, die keine Abhängigkeit für die „blätter" bedeuten, ist zur Zeit noch offen. Sicherlich könnten solche Spenden nur einen Teil des Defizits decken.
Einsparungen müßten von uns – wenn uns keine Erhöhung der Einnahmen gelingt – sicherlich auch überlegt werden.



„Und hier eine ganz außergewöhnliche Sehenswürdigkeit: die letzte unabhängige Zeitung."

Allerdings sehen wir nur geringe Möglichkeiten, Einsparungen ohne Qualitätseinbußen durchzuführen: Eine geringere Seitenzahl würde es verhindern, gründlicher erarbeitete Themenblöcke zu veröffentlichen, eine Senkung der Archivkosten würde sich zweifelsohne auf die informatorische Absicherung unserer Arbeit auswirken. Da die Gruppe mittlerweile zu einem guten Teil aus Berufstätigen besteht, stößt auch der Versuch, technische Arbeiten wirder vermehrt in Freizeitarbeiten auszuführen, auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter (ca. 30) sind durch die redaktionelle Tätigkeit, Versandarbeiten, Archivierung sowie die Arbeit außerhalb der Zeitschrift (insbesondere die Betreuung von Anfragen aus dem Bereich der Schule und der Jugendarbeit) ohnehin in starkem Maße belastet.

Wird jedoch nicht der Umfang der bezahlt ausgeführten Arbeiten reduziert, so lassen sich die Personalkosten nicht reduzieren: Eine Senkung der bezahlten Entschädigungen läßt sich sicherlich nicht vertreten. Druckkosten, Satzkosten, Miete, Porto- und Versandkosten können nicht gesenkt werden: Wir lassen weit weg von Freiburg setzen und drucken, da Freiburg in dieser Hinsicht ein relativ teures Pflaster ist (und müssen deshalb die „blätter" mit dem VW-Bus von Hannover nach Freiburg fahren), wir verschicken die „blätter" mit der billigsten und auch arbeitsaufwendigsten Versandart (als Postvertriebsstück).

Das in unseren Augen neben der Gewinnung weiterer Abonnenten wichtigste Mittel zur Deckung unseres Defizits sind die regelmäßigen Spenden aus dem Kreis der Leser, die es uns ermöglichen, zu einigermaßen erträglichen Arbeitsbedingungen und einigermaßen gut zu arbeiten und trotzdem zu einem halbwegs erschwinglichen Preis unsere Informationen zugänglich zu machen. Allen Lesern, die uns bisher schon durch einen Dauerauftrag finanziell unterstützt haben, danken wir sehr herzlich. Wir bitten alle Leser, sich zu überlegen, ob ihnen ein regelmäßiger Beitrag in Form eines Dauerauftrages möglich ist. Sie sichern damit die Unabhängigkeit unserer Zeitschrift bei Beibehaltung oder Ausbau der Qualität in Hinblick auf Aktualität und Gründlichkeit unserer Informationsarbeit.

Wenn Sie uns mit mindestens DM/SFr 5,– (S 35,–) monatlich unterstützen wollen, senden Sie bitte den anhängenden Abschnitt ausgefüllt an Ihre Bank. Wir bestätigen Ihnen den erstmaligen Eingang Ihrer Spende.

An ....
Geldinstitut

Bitte überweisen Sie ab .... von meinem Konto Nr. ....

bei Ihnen monatlich am .... ten d. M. DM/Fr/S ....

an die **Aktion Dritte Welt e.V., Freiburg i. Br., Konto Nr.** 1482 39 - 755 beim Postscheckamt Karlsruhe
40 - 35899 beim Postscheckamt Basel
2377.047 bei der Österreichischen Postsparkasse

Name: ____________________

Straße: ____________________

Ort: ____________________ Unterschrift: ____________________

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



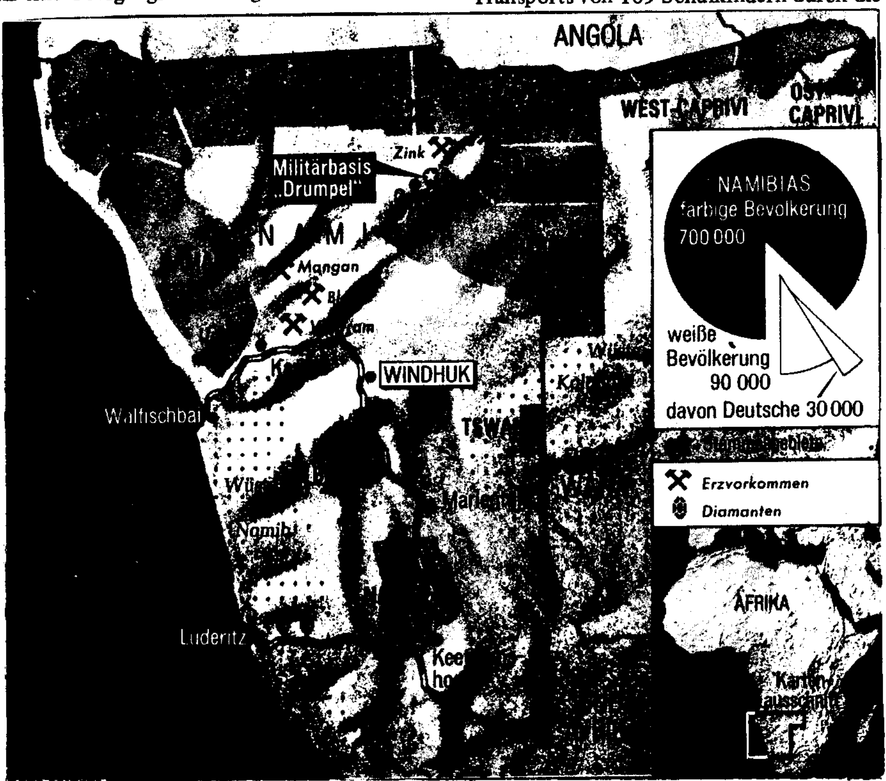
Namibia

Ausführliche Strukturdaten zu Namibia finden sich in den blättern des iz3w Nr. 59 und Nr. 48

Kurzer geschichtlicher Abriß:
Von 1884 – 1915 war Namibia als Deutsch-Südwestafrika deutsche Kolonie und wurde, nachdem es 1915 von südafrikanischen Streitkräften besetzt worden war, 1920 vom Völkerbund (Vorläuferorganisation der UNO) der Republik Südafrika als Mandat übergeben. Südafrika verleibte sich Namibia praktisch ein. Es übertrug das unmenschliche Apartheid-System dorthin. Die Weißen in Namibia entsenden Abgeordnete in die politischen Institutionen Südafrikas. Daraufhin entzog 1966 die UNO-Vollversammlung Südafrika das Mandat, 1967 beschloß sie die Einführung einer UNO-Verwaltung. Die Befreiungsbewegung Namibias, SWAPO (South West Afrika Peoples Organisation), die vor allem im Norden des Landes einen bewaffneten Kampf gegen das südafrikanische Besatzerregime führt, wird von der UNO seit 1973 als rechtmäßige Vertreterin der Bevölkerung von Namibia anerkannt.
Bisher hat die RSA jedoch weder den UNO-Entscheid noch den Spruch des internationalen Gerichtshofes anerkannt; materielle Sanktionen der UNO wie z.B. ein Wirtschaftsboykott scheiterten am Veto der USA, Frankreichs und Großbritanniens. Da die RSA langfristig den Sieg einer Befreiungsbewegung in Namibia befürchten muß, und auch wegen des Drucks der Weltöffentlichkeit, berief SA-Premier Vorster im September 1975 eine Verfassungskonferenz nach Windhuk ein (Turnhallenkonferenz). Deren 156 Teilnehmer – zumeist Vertreter der Stammesaristokraten, die als verläßliche Parteigänger des Vorster-Regimes gelten und größtenteils nicht einmal gewählt wurden – sollten hinter verschlossenen Türen eine formal von Südafrika unabhängige Föderation unter südafrikanischer Schirmherrschaft schaffen. Der weiße Teilstaat Namibias wird in dieser Föderation die Übermacht haben.
Die SWAPO wurde zur Konferenz nicht zugelassen und lehnte ihre Teilnahme selbst ab, weil es erklärtes Ziel der Turnhallenkonferenz war, die Apartheidpolitik zu legitimieren, d.h. eine sogenannte „innere Lösung" für Namibia zu finden. Eine solche Lösung sieht vor: formale Unabhängigkeit als kantonal gegliederter Bundesstaat, formale Rechte für die Afrikaner, aber weiterhin alle wirtschaftlichen Vorteile für die Weißen, weiterhin Ausbildung der Polizei und des Militärs durch die RSA.
Die SWAPO dagegen fordert den Abzug aller Truppen der RSA (ca. 30 000 Mann) und freie Wahlen zu einem national unabhängigen und wirtschaftlich souveränen Namibia.
Die Turnhallenkonferenz lehnte sie als Marionettentheater Südafrikas ab, dessen Ziel es ist, die Zersplitterung der schwarzen Bevölkerung in viele Stämme zu fördern (Tribalismus) und damit die Position der weißen Minderheit weiter zu stärken.

Die Situation der SWAPO
Seit dem Sieg der MPLA in Angola ist es für die SWAPO, die eine Bündnispolitik mit der MPLA betreibt, natürlich leichter, für Nachschub zu sorgen und ihre Kader auszubilden. Das ist um so notwendiger, als sie in Namibia verboten ist und erbittert verfolgt wird. Im Ovambo-Land, wo sie traditionellerweise ihre Basis hat – die Ovambos sind mit fast 50 % die stärkste Fraktion der schwarzen Bevölkerung – ist auch ihr bevorzugtes Operationsgebiet. Es ist jedoch durchaus nicht so – wie von südafrikanischer Propaganda immer wieder verbreitet – daß die SWAPO ihren alleinigen Halt bei den Ovambos hat. Eine konsequente Politik der SWAPO zur Überwindung der Stammesschranken und die alle Schwarzen gleich betreffende Notwendigkeit zur Wanderarbeit in weißes Gebiet, wo sie alle in Lagern zusammengepfercht hausen müssen, haben längst bewirkt, daß auch Angehörige anderer Stämme SWAPO-Mitglieder sind oder zumindest mit ihr sympathisieren.

Ergebnis der Turnhallenkonferenz
Ende März 1977 verabschiedete die Konferenz eine Übergangsverfassung und verkündete „freie Wahlen" in einem Jahr (Juli 78) für die Unabhängigkeit Namibias bis spätestens Dez. 78. In einer Volksabstimmung – bei der allerdings nur die Weißen abstimmen durften – sollte die Übergangsverfassung legitimiert werden, ein Vorgehen, das eine innere Lösung durch die Hintertür bedeutet hätte. Die SWAPO gab unmißverständlich zu verstehen, daß sie eine Wahl boykottieren und die Übergangslösung bekämpfen würde.
Inzwischen hatte sich der Weltsicherheitsrat direkter eingeschaltet; Botschafter der 5 Großmächte USA, Kanada, Frankreich, Großbritannien und der BRD besuchten Vorster, wohl um ihn zu drängen, freie Wahlen unter UNO-Aufsicht (Resolution 385 vom Januar 76) zuzulassen.
Vorster mußte einlenken; es liegt letztendlich auch im Interesse der RSA; in Namibia eine alle einbeziehende Lösung zu finden, um den Rücken frei zu haben für die wachsenden Probleme im eigenen Land. Dazu kommt, daß eine befriedigende Namibia-Lösung Modellcharakter für Zimbabwe haben könnte.
In diesem Sinne konsequent war dann im Oktober '77 die aus der Turnhallenkonferenz hervorgehende „Demokratische Turnhallenallianz" (DTA), die als gemäßigter Rivale zur SWAPO aufgebaut wurde, im Hinblick auf die Wahl zur Unabhängigkeit Namibias.
In dasselbe Konzept paßten Maßnahmen, die SWAPO im Land selber und auch international zu diskreditieren, so die Darstellung des Transports von 109 Schulkindern durch die



SWAPO nach Angola als Entführung; die SWAPO dementierte, daß dieser Transport gegen den Willen der Schüler geschah.

Die Verhandlungen in New York

Anfang '78 kam es zu Verhandlungen in New York über die Art der Wahl und den Charakter der Übergangsregierung. Außer Vertretern der 5 Westmächte nahmen der Außenminister der RSA Botha und der Präsident der SWAPO Sam Nujoma teil. Südafrika will einen Teil seiner Truppen in Namibia bis auf 5000 Mann abziehen, die jedoch vor allem im Norden stationiert werden sollen, um „terroristische" Übergriffe durch die SWAPO zu verhindern. Die 5 Westmächte sind für Abzug der SA-Truppen bis auf 1500 Mann und den Einsatz von UNO-Soldaten für die Wahl und Übergangszeit. Das Thema Walfischbay wird bei den Verhandlungen ausgespart.

Die SWAPO zeigt, nachdem sie anfänglich den Abzug aller Truppen aus dem Land gefordert hatte Verhandlungsbereitschaft und ist mit der Westmacht-Forderung zum Truppenabbau einverstanden, jedoch sollen die SA-Truppen in 2 Kasernen im Süden stationiert werden. Außerdem fordert sie die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Rückgabe der Walfischbay an ein unabhängiges Namibia.

Bedeutung der Walfischbay

Das Gebiet wurde 1884 von Großbritannien annektiert und zu Südafrika geschlagen, aber bis September '77 formell von Namibia verwaltet. Dann wurde es jedoch „vorsorglich" in direkte südafrikanische Verwaltung überführt. Als einziger Tiefwasserhafen Namibias hat die Walfischbay immense wirtschaftliche und strategische Bedeutung. 90 % aller Ausfuhren laufen über den Hafen, im militärischen Konzept der Westmächte spielt er eine wichtige Rolle für den Südatlantik (zusätzlich gefährdet in den Augen der Westmächte durch die verstärkte Zuwendung und Hilfe, die die SWAPO durch die Sowjetunion und Kuba erhält).

Die Westmächte, die weiterhin an Namibia als einem strategisch wichtigen Gebiet und bedeutendem Uran-Lieferanten interessiert sind, haben mittlerweile die Auffassung erlangt, daß eine kompromißlose Politik Südafrikas gegenüber der SWAPO zu einem Scheitern der Bemühungen um eine „interne" Lösung führen muß. Die Westmächte, die früher stets Vorster Rückendekkung gegeben haben, haben Zugeständnisse mit der Drohung erzwungen, in der UNO kein Veto mehr gegen Sanktionsbeschlüsse gegen Südafrika einzulegen.

Die Taktik der Westmächte ist also, durch Einbeziehung und Unterstützung der SWAPO ein „ruhiges" Namibia zu schaffen, aber das Thema Walfischbay totzuschweigen. Das heißt durch Konzessionen der RSA bezüglich der Truppenstationierung freie Wahlen mit Beteiligung der SWAPO zu erreichen (und einer Chance für die gemäßigten Kräfte), um so am Ende doch eine diesmal von der UNO sanktionierte innere – eigentlich neokoloniale – Lösung zu bekommen, mit weiterbestehender wirtschaftlicher Abhängigkeit von Südafrika. Auf alle Fälle wäre Walfischbay der „freien Welt" erhalten, sei es weiter unter südafrikanischer Verwaltung, oder als Zollfreihafen nach dem Muster Hongkongs, wie ein Vorschlag der Turnhallenkonferenz lautete.

Stimmung vor den Wahlen

Die Situation in Namibia ist gekennzeichnet durch eine zunehmend freundliche Haltung der etablierten Schicht, insbesondere Polizei und Militär, gegenüber der schwarzen Bevölkerung, um damit das Wählerpotential zu vergrößern für die DTA (Demokratische Turnhallenallianz). So nehmen z.B. Militärfahrzeuge im Ovambogebiet bereitwillig Fußgänger mit – doch ganz uneigennützig ist das auch wieder nicht, hoffen doch die Soldaten durch ihren Fahrgast rechtzeitig vor Minen in der Straße gewarnt zu werden (laut Spiegel):

Als im April der Vorsitzende der DTA Clemens Kapuuo einem Anschlag zum Opfer fiel, war das natürlich Wasser auf die Mühlen der staatlichen Propaganda und sie versuchte sofort, die SWAPO verantwortlich zu machen. Der Vorsitzende war zudem Angehöriger des Herero-Stammes, was die den Tribalismus schürende Propaganda als weiteres Motiv für den Anschlag hinstellte. die SWAPO jedoch wies die Beschuldigung zurück, weil sie nichts mit dem Anschlag zu tun hätte.

Letzte Meldung bei Redaktionsschluß

Donnerstag, 4. Mai, fielen Südafrikanische Truppen in Angola ein, eine Aktion, die laut dem südafrikanischen Außenminister nötig war, um „Widerstandsnester" der SWAPO in Angola auszuräumen. Mit dieser militärischen Intervention zeigt die RSA ganz klar ihre Ziele auf. Kein Wort mehr von Verhandlung, Truppenreduzierung und Wahl. Vorster will eine innere Lösung nicht der ungewissen Chance eines Wahlsieges der DTA überlassen, sondern per Handstreich eine solche Lösung doch noch mit Gewalt durchpauken. Daß er dabei so selbstverständlich angolanisches Gebiet in die Militäraktion einbezieht, ist ein gewagtes Pokerspiel, dem die Westmächte nicht ganz unbeteiligt zusehen werden. Vorster wurde bereits eindringlich gemahnt, zu dieser Aktion Stellung zu nehmen.
(B.Z. 6. Mai)

kjä

Tansania

Brutales Vorgehen gegen friedliche Studentendemonstration

Am 5. März 1978 gingen Polizei und Teile der Armee Tansanias mit brutaler Gewalt gegen demonstrierende Studenten in Dar es Salaam vor. Durch Androhung des Schußwaffengebrauchs, durch Festnahmen sowie durch Einsatz von Tränengas und Schlagstökken wurde die friedliche Demonstration niedergeknüppelt. Den Festnahmen folgte unverzüglich die Aussperrung von 350 Studenten (das sind fast 20 % der Studierenden in Dar es Salaam!) und anschließend deren gewaltsamer Abtransport in die Heimatgebiete.

Anlaß des friedlichen Protestmarsches von der Universität in die Innenstadt war die kurz zuvor erfolgte öffentliche Bekanntgabe, daß rückwirkend zu Beginn des Jahres die Gehälter der Regierungsmitglieder, der Parlamentarier und der Parteiführer verdoppelt worden waren; daneben sollten dieser Personengruppe weitere Privilegien zuteil werden (z.B. der Erlaß von Gebührenzahlungen, Bezahlung eines Hausangestellten durch den Staat).

Gegen die Bereicherung der politischen Elite auf Kosten der breiten, einkommensschwachen Bevölkerung, gegen die Verschärfung der sozialen Widersprüche in der tansanischen Gesellschaft wie gegen die Abweichung von dem politischen Programm richtete sich der Unwillen der Demonstranten. Der Unmut gegen die politische Führung hatte sich in den Studenten indessen schon seit längerem angestaut. Einen wesentlichen Beitrag dazu war insbesondere von dem im letzten Jahr eingesetzten, politisch einflußreichen ehemaligen Außenminister Ibrahim Kaduma in seiner Eigenschaft als Universitätsrektor geleistet worden. Der konservative Kaduma hatte die Entlassung politisch unliebsamer Dozenten und Studentenführer zur „Wahrung des öffentlichen Interesses" erwirkt und kritische politische Aktivitäten in der Studentenschaft unterdrücken lassen. Dadurch war ein Klima des Mißtrauens und der Unsicherheit auf dem Campus entstanden.

Der Unmut hatte sich immerhin nur in einem friedlichen Protest Ausdruck verschafft. Die Reaktion der Obrigkeit war indessen unverhält-

Südafrika

Übersetzung
International Labour Office (ILO)
16. Febr. 1978

Änderungsvorschläge in südafrikanischer Arbeitsgesetzgebung zeigen eine „schwerwiegende Mißachtung von ILO-Grundsätzen"

Genf (ILO News) – Die Ankündigung von zwei neuen Gesetzesvorlagen bezüglich schwarzer Arbeiter in Südafrika wurde vom Generaldirektor des International Labour Office als eine „schwerwiegende Mißachtung wichtiger Grundsätze und Maßstäbe der ILO" bezeichnet.

Die Maßnahmen (die „Bantu Law Amendment Bill" und „Bantu Citizenship Amendment Bill") machen es unter anderem möglich, Schwarz-Afrikaner, die in städtischen Gebieten der Republik Südafrika leben, für „arbeitsscheu" zu erklären, wenn sie in einem Kalenderjahr länger als 122 ohne Arbeit waren. Die Zeit der Arbeitslosigkeit braucht nicht zusammenhängend zu sein.

Ein Schwarz-Afrikaner, der für „arbeitsscheu" erklärt wird, kann einer Reihe von Strafen unterzogen werden, einschließlich einer Haft in einem „Rehabilitationszentrum" oder in einer ähnlichen Institution, die gemäß den Bestimmungen des südafrikanischen Gefängnisgesetzes eingerichtet ist. Das umfaßt auch Gefängnisse, die zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung als Farmen ausgestattet wurden.

Als Antwort auf ein Telegramm von Otto Kersten, Generalsekretär des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften (IBFG), erklärte Blanchard gestern, daß die Verabschiedung dieser Vorlagen die „diskriminierende Arbeitsgesetzgebung, die schwarzen Arbeitern fundamentale Rechte verweigert, in Südafrika nur noch verschärfen würde."

In einer Verlautbarung in Genf fügte er hinzu, daß die Maßnahmen eine ernste Angelegenheit seien und daß er die Aufmerksamkeit der höchsten Organe der ILO auf die ernste Lage lenken würde, welche die südafrikanische Regierung hervorrufen würde, welche die südafrikanische Regierung hervorrufen würde, wenn sie ihre Aktivitäten in dieser Weise fortsetzt.

nismäßig hart. Sie zeigt, daß die politische Elite Tansanias gegenüber einer inneren Opposition sehr empfindlich reagiert und jeden Ausdruck von öffentlicher Kritik zum Anlaß nimmt, Andersdenkende festzunehmen, zu unterdrücken, zu deportieren oder vom Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz auszusperren. Begründet wurde das Vorgehen gegen die Demonstranten mit der Rechtswidrigkeit der Demonstration, denn eine Genehmigung dazu hatte nicht vorgelegen. Auch die Demonstrationen gegen die Politik und die Zusammenarbeit der USA und Frankreichs mit Südafrika anläßlich der Besuche der jeweiligen Außenminister in Tansania hatten ohne Genehmigung stattgefunden und waren trotz der Illegalität nicht durch das Einschreiten der anwesenden Polizei beendet worden. Das brutale Vorgehen gegen die internen Kritiker ist vielmehr ein Zeichen für die Angst der politischen Führung, der Ausdruck des Unwillens über die zunehmenden inneren Konflikte der tansanischen Gesellschaft könnte durch die Solidarisierung der Bevölkerung mit den Studenten eine breitere Basis erhalten und den Widerstand gegen die eigensüchtige Politik der Elite verstärken. Während die Gehaltsverdoppelung bekannt gegeben wurde, erfuhren zahlreiche Tabakpflanzer, daß 60 % der für dieses Jahr zu erwartenden Tabakernte zur Rückzahlung von Einzelkrediten bestimmt worden sind!
(Quellen: Guardian vom 6.3.1978 und Daily News (Tansania) vom 27.2. und 6.3.1978)

Tschad

Nach zwölfjährigem Befreiungskampf schloß die Frolinat, eine Befreiungsbewegung, die mittlerweile etwa 3/4 des Tschad kontrolliert, einen Waffenstillstand mit der Regierung (12. 4., jeune afrique). Der Waffenstillstand war allerdings nur von kurzer Dauer, obwohl die Regierung einige der Bedingungen der Frolinat erfüllte. Die massiven Verstärkungen der der Tschadtruppen durch Frankreich einerseits und die günstige militärische Lage andererseits veranlaßten die Frolinat, trotz des massiven Drucks aller Nachbarstaaten weiterzukämpfen. Bis Ende April waren die Tschadtruppen um etwa 1250 französische Soldaten und ca. 600 „Experten" mit zivilem Status verstärkt, d.h. daß im Tschad fast so viele Franzosen kämpfen wie Tschadsoldaten. (28.4., Le Figaro; 29.4., Le Monde).
Der Waffenstillstand war offensichtlich unter massivem Druck der Nachbarstaaten Nigeria, Lybien und Sudan zustandegekommen. Lybien hatte die Frolinat zwar weitgehend militärisch unterstützt, gleichzeitig jedoch einen Gebietsstreifen im Norden Tschads annektiert, was die Frolinat nie akzeptiert hat. Nun muß Lybien befürchten, eine zu starke Befreiungsbewegung könnte diese Annektion rückgängig machen wollen.
Trotz vieler Rückschläge und manchen Spaltungen hat die Frolinat die Tschad-Regierung ins Wanken gebracht. Etwa die Hälfte der 5000 Regierungssoldaten ist getötet oder gefangen genommen worden. Die Frolinat begann ihren Kampf in ihrer wichtigsten Basis, dem muslimischen Norden. Ziel der Frolinat war die Beseitigung der neokolonialen Unterdrükkung durch frankreichhörige Regierungen. Nach der formalen Unabhängigkeit der ehemaligen französischen Kolonie griffen französische Truppen bereits 1963 ein, um die Regierung des Präsidenten Tombalbaye vor dem unzufriedenen Volk zu schützen. Als treuer Vasall Frankreichs behielt Tombalbaye die Abhängigkeit des Landes von einem Exportprodukt (Baumwolle) bei, gewährte den Franzosen eine bedeutende militärische Basis im Herzen Afrikas, unterdrückte jede Opposition; er sicherte sich die interne Herrschaftsbasis durch brutale Besteuerung und tribalistische Politik.
Im Jahre 1965 begann der Aufstand, der 1966 zur Bildung der Frolinat führte. Als die Frolinat 1968 in nahezu zwei Dritteln des Landes kämpfte, wurde eine französische Expeditionstruppe entsandt, die mit mörderischen Methoden den Widerstand zu ersticken versuchte. Insbesondere wurden Dörfer abgebrannt und in dem wüstenhaften Land Brunnen vergiftet. Da Tombalbaye offensichtlich nicht zu halten war, wurde er mit Hilfe des französischen Geheimdienstes 1975 getötet. Die neue Militärregierung Mallum zeigte sich erst unter dem harten militärischen Druck der Frolinat zu Konzessionen bereit. Die allerorten zu beobachtende Auflösung der Regierungsgewalt hat in den noch nicht befreiten Gebieten zu heftigen Protestdemonstrationen gegen Frankreich geführt. (28.4., Le Monde) Gleichzeitig geht die Offensive der Frolinat angesichts der französischen Verstärkungen weiter und zielt auf Mussoro, 250 km nordöstlich der Hauptstadt N'Djamena.

as

Zaire

Die wirtschaftliche Lage des Landes ist fortwährend so schlecht, daß ein Konsortium von sechzig Banken aus acht kapitalistischen Ländern eine massive Stützungsaktion vorbereitet.
Zaire wird mit rund vier Milliarden DM Außenhandelsschulden, einer geschwächten und desorganisierten Wirtschaft praktisch als zahlungsunfähig betrachtet.
Die korrupte Clique von Militärbürokraten um Mobutu wird dennoch weiter von den westlichen Ländern, vor allem USA, Frankreich und der BRD unterstützt; die neue Stützungsaktion sieht einen 500 Mio -DM-Kredit vor. (Guardian, 12.4.1978).
Der Grund liegt in dem potentiellen Reichtum des Landes und seiner strategisch außerordentlich interessanten Lage. Mobutu selbst wurde mit CIA-Hilfe in den Sattel gehoben, um den amerikanischen Einfluß zu wahren.
Die bundesdeutsche Firma OTRAG hat sich im Südosten Zaires ein riesiges Territorium als Raketenversuchsgelände verschafft, in dem angeblich Raketen für den Abschuß von Satelliten entwickelt werden sollen (s. blätter des iz3w, Nr. 66). Dahinter steht ein kaum entwirrbarer politisch - ökonomischer Filz von Bundesregierung, Banken, westdeutschem und ausländischem Kapital. Eine Zentrale Rolle scheint Mobutus Freund und CSU-Vorsitzender Strauss zu sein, der außerdem bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) in leitender Funktion tätig ist.
Die März-Ausgabe des US-Magazins „Penthouse" brachte einen „Insider"-Bericht über den militärischen Aspekt des OTRAG-Projektes. Danach baut die OTRAG in Zaire für militärische Zwecke Ballistische Mittelstreckenraketen und Cruise-Missile-Waffen, was die exorbitante Größe des OTRAG-Gebietes erklärt. Dornier, Messerschmidt und die französische Firma Thompson-CSF sollen die Hauptträger sein.
Die OTRAG-Fluggesellschaft ORAS soll nicht, wie Genscher anläßlich seines Besuches im Testgebiet erklären ließ, humanitäre Hilfsgüter, sondern militärische Hilfsgüter nach Zaire geflogen haben, um die BRD-Investitionen vor den FNLC-Befreiungskämpfern zu schützen. Über den Befreiungskampf und die Repression des Regimes dringen nur wenige Meldungen nach außen. In verschiedenen Gegenden kam es zu Massakern der Regierungstruppen, vor allem in Kwilu/Bandundu, wo 2000 Dorfbewohner getötet wurden.

Libanon

Chronologie

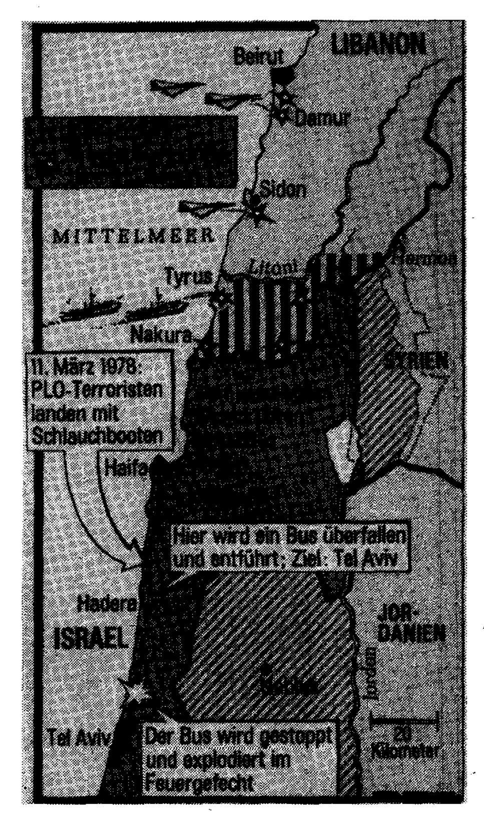
Am 11. März kaperte das palästinensische „Kommando Deir Jassin" (1) zwei israelische Reisebusse zwischen Haifa und Tel Aviv. Bei anschließenden Gefechten zwischen dem palästinensischen Kommando und israelischen Einheiten gab es 36 Tote und 82 Verletzte auf Seiten der Israelis (überwiegend Zivilisten) und 9 Tote auf Seiten der Palästinenser (FR, 13. 3. 78).

In der Nacht vom 14. zum 15. März antwortete Israel mit einem militärischen Überfall auf den Südlibanon, dem Hauptstützpunkt der palästinensischen Befreiungsbewegung. Bei dieser Aktion, dem größten Militäreinsatz seit dem Oktoberkrieg 1973, sind laut FR v. 8. 4.

78 mehr als 1000 Menschen, hauptsächlich libanesische und palästinensische Zivilisten, umgekommen, 82 Dörfer teilweise, 8 ganz zerstört und mehr als 200 000 Menschen vertrieben worden.

Am 19. März verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 425, in der Israel zum sofortigen Abzug seiner Truppen aus dem Südlibanon aufgefordert und die Entsendung einer Friedenstruppe der UNO beschlossen wurde.

Nach jüngsten Meldungen halten die Israelis 6 Wochen nach ihrem Überfall und der UNO-Resolution nach einer dritten Rückzugsphase noch einen 6 km breiten Streifen an der israelisch-libanesischen Grenze besetzt. Israel will sich erst dann vollständig aus dem Südlibanon zurückziehen, wenn die UNO-Truppe ihren Auftrag, die Rückkehr der Palästinenser zu verhindern, erfüllen kann und das wird, laut Begin, „noch dauern" (SZ, 2. 5. 78).



Einschätzung

Mit der Behauptung, ihre Aktion sei kein Vergeltungsschlag sondern eine Maßnahme des Selbstschutzes (NZZ, 16. 3. 78), berufen sich die Israelis zynischerweise auf den Artikel 51 der UNO-Charta, der jedem Land das Recht auf Selbstverteidigung einräumt (NZZ, 17.3. 78). Folgt man der israelischen Verteidigungsversion nicht, dann hat Israel mit seinem Überfall auf den Südlibanon gegen diesen Art. 51 verstoßen. Mit ihrer Darstellung des Überfalls umgingen sie gleichzeitig geschickt die nach dem Überfall des palästinensischen Terrorkommandos aus Angst um ihren Einfluß auf die arabischen Länder ausgesprochenen Mahnungen westlicher Politiker, die Israel davor warnten, mit Vergeltungsaktionen die Verhandlungen im Nahen Osten zu gefährden. Diesmal übte Israel also nicht Vergeltung sondern Selbstschutz aus. Dies hieß auf israelische Lesart schon immer Annektion arabischer Gebiete und Expansion.

Die Größenordnung der israelischen Aktion und ihr kriegsmäßiger Charakter deuten darauf hin, daß es sich bei der Besetzung des Südlibanon weder um Vergeltung noch um Selbstschutz handelt. Der Anschlag des palästinensischen Kommandos kann somit nicht als Ursache, sondern nur als Vorwand für die Aktion der Israelis gesehen werden. Die Vertreibung der Palästinenser aus dem Südlibanon war schon längst geplant (Spiegel, 27. 3. 78). Insbesondere die militärische Strategie macht dies deutlich: kein gezielter Angriff auf militärische Objekte sondern Flächenbombardements auf libanesische Städte und palästinensische Flüchtlingslager teilweise mittels Streubomben (s. Kasten und Zeichnung) wie in Vietnam.

Israel versucht im Südlibanon durch Errichtung entmilitarisierter bzw. entvölkerter Zonen sein Expansionsbedürfnis – aus zionistischer Sicht Sicherheitsbedürfnis – zu befriedigen. Diese Einschätzung der israelischen Politik wird durch die Tatsache untermauert, daß parallel zu den militärischen Handlungen mit dem Bau von Straßen begonnen wurde, die die christlichen, von Israel schon vor dem Überfall unterstützten libanesischen Enklaven mit Israel verbinden sollen (FR, 24. 4. 78).

Der Überfall und die Besetzung von einem Achtel der libanesischen Staatsfläche geschah angeblich, um „alle Basen der PLO entlang der israelisch–libanesischen Grenze ein für allemal auszuradieren" (NZZ, 16. 3. 78). Die Beteuerung der Israelis, es handele sich nicht um eine Aktion gegen den Libanon, erweist sich als heuchlerisch angesichts der Folgen für die dort lebende Zivilbevölkerung. Die Behauptung Israels, sein großangelegter Angriff richte sich nur gegen die Stützpunkte der PLO, dient der Verschleierung des traditionellen Ziels zionistischer Politik – der Leugnung der Existenz des palästinensischen Volkes und seiner Vernichtung. Denn im Libanon befanden sich zahlreiche palästinensische Flüchtlingslager, die die gewaltsame Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat, dem heutigen Staat Israel, bezeugen und den aggressiven Charakter des Zionismus beweisen. Das Ergebnis der israelischen Aktion, über 1000 Tote und mehr als 200 000 Flüchtlinge (Stern, 13. 4. 78), unterstreicht die Brutalität der israelischen Mittel. Dies, die ständige Verletzung der Genfer Konvention durch die israelische Siedlungspolitik (2) und die Tradition der bisherigen zionistischen Okkupationspolitik – zuerst Schaffung sogenannter Pufferzonen, dann Annektion des gesamten Gebietes – machen die Hintergründe des Libanoneinmarsches deutlich. Die Okkupation palästinensischen Gebietes geschah seit der Staatsgründung Israels immer unter dem Selbstverteidigungsanspruch. Man vergleiche nur die zionistische Siedlungspolitik auf den Golanhöhen, dem Sinai und in Westjordanien. Die Besetzung des Südlibanon wird somit ein weiteres Faustpfand in der Hand der Israelis zur Durchsetzung ihrer zionistischen Interessen.

Oppositionsbewegung in Israel

Daß die israelische Annexionspolitik in Israel selbst auf Widerstand stößt, zeigt die zunehmende Unterstützung der Bewegung „Frieden jetzt", die nach dem Besuch Sadats durch die Initiative von 300 Reserveoffizieren, ehemaligen Kriegsteilnehmern, entstanden war und bald darauf von 350 Universitätsprofessoren unterstützt wurde (Spiegel, 1. 5. 78). Auch die Erregung nach dem Überfall des palästinensischen Kommandos und der Einmarsch in den Südlibanon – wie jeder Krieg ein geeignetes Mittel zur ideologischen Zusammenschweißung – konnten die innerisraelischen Widersprüche nicht überspielen. Am 1. 4. kam es zu einer Großkundgebung, auf der die 30 000 Teilnehmer die Einstellung des Baus jüdischer Siedlungen in den besetzten Gebieten und territoriale Abtretungen forderten (Zeit, 28. 4. 78).

Auswirkungen auf das israelisch-amerikanische Verhältnis

Das Verhältnis zwischen Israel und seiner Schutzmacht Amerika schien, lt. zahlreichen Pressemeldungen, nach dem israelischen Überfall auf den Südlibanon getrübt. Israels Aktion wurde von Präsident Carter scharf kritisiert, so daß Begin bei seinem Besuch am 21./22. März in Washington, lt. FR vom 22. 3. 78, „das Lächeln schwerfiel". Es gab Anzeichen für Differenzen und Sanktionen vom sonst immer israeltreuen Amerika gegen Israel:

1. An der schnellen Verabschiedung der UNO-Resolution, am 19. 3., die den sofortigen Rückzug Israels und den Einsatz der UNO-Truppe forderte, waren die USA maßgeblich beteiligt.

2. Amerika warf Israel vor, gegen das amerikanisch-israelische Waffenabkommen von 1952 verstoßen zu haben, das Israel verpflichtete, US-Waffen nur zur Verteidigung zu benutzen (FR, 7. 4. 78).

3. Präsident Carter beharrte auf dem sogenannten „Waffenpaket". Um den Verkauf von Jagdbombern an Saudi-Arabien und Ägypten im Kongress durchzusetzen, verknüpfte Carter die Bewilligung von Waffenlieferungen an Israel mit der Bewilligung der Belieferung dieser beiden arabischen Länder, nach dem Motto: alle oder keiner (FR, 29. 4. 78).

Bei näherer Betrachtung erweist sich die amerikanische Haltung gegenüber Israel jedoch nicht als folgenschwerer Stimmungswandel. Denn (zu Punkt 1) die UNO-Resolution beruht auf dem amerikanischen Entwurf, der, verglichen mit dem nicht angenommenen arabischen Entwurf, Israels Interessen entgegenkommt. In der arabischen Vorlage war der bedingungslose sofortige Rückzug der israelischen Truppen vorgesehen. Der angenommene amerikanische Vorschlag enthielt dagegen zusätzlich die Forderung nach Einsatz der UNO-Truppe und nach Wiederherstellung der libanesischen Kontrolle über den Süden und das bedeutet Aufhebung der palästinensischen Bewegungsfreiheit im Südlibanon. So stellt sich dann auch den Palästinensern die Stationierung der UNO-Truppe als „Belohnung der Israelis für ihre Aggression dar" (3).

Zu Punkt 2: Angesichts der allgemeinen, überwiegend humanitär begründeten Verurteilung des israelischen Überfalls in der Öffentlichkeit ist der amerikanische Vorwurf des Waffenmissbrauchs wohl eher als eine – seit Vietnam – selbst auferlegte moralische Pflichtübung einzustufen.

Über das „Waffenpaket" (zu Punkt 3) ist noch nicht entschieden und es erscheint auf Grund der wirksamen jüdischen Lobby in den USA (4) zweifelhaft, daß sich Carters Bedingungen im Kongress durchsetzen und Israel dadurch in Schwierigkeiten geraten könnte (FR, 13. 3. 78). Carters Waffenpaket richtet sich auch nicht in erster Linie gegen Israel, sondern ist der Versuch, vor allen Dingen Saudi-Arabien entgegenzukommen, das diese Waffenlieferung als amerikanischen Freund-

schaftsbeweis betrachten würden (FR v. 29.4. 78). Amerikas Interessen im Nahen Osten sind nicht allein auf Israel beschränkt. Öl, Märkte für die amerikanische Wirtschaft und militärstrategische Gründe spielen eine erhebliche Rolle. Außerdem „beharrt Saudi-Arabien, der größte Ölexporteur der Welt, auf der Beibehaltung des Dollars als Verrechnungseinheit im internationalen Ölgeschäft, was dem Dollar zugutekommt" (SZ, 3. 5. 78).

Hinsichtlich des Schicksals der Palästinenser scheint zwischen Amerika und Israel Übereinstimmung zu herrschen. Carters jüngste Äußerung, er halte zur Lösung des Nahost-Konflikts einen vollständigen Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten und die Errichtung eines selbständigen Palästinenser-Staates für nicht erforderlich (SZ, 2. 5. 78), deutet nachträgliches Einverständnis mit Israels Aktion im Südlibanon an. Die Kritik an Israel nach dem Überfall wird durch diese Äußerung unglaubwürdig genauso wie die Entrüstung über die Benutzung der von Amerika an Israel gelieferten Streubomben im Südlibanon, deren Einsatz starke Erinnerungen an amerikanische Aktionen in Vietnam weckte (Guardian, 14.4. u. 19. 4., Stern, 20. 4. 78).

Auswirkungen für den Libanon

Besonders schwer einzuschätzen ist die Situation für den Libanon. Einerseits ist dieses von Bürgerkriegen zerrüttete Land Hauptbetroffener der israelischen Invasion neben den Palästinensern. Vorausgesetzt, es gelingt den UNO-Truppen nach bis heute nicht erfolgtem Abzug der Israelis, den Südlibanon unter Kontrolle zu halten, d.h. die schon vor der israelischen Invasion ständigen Kämpfe zwischen den von Israel unterstützten christlichen Milizen und den von Palästinensern unterstützten muslimischen Kampfeinheiten zu unterbinden, bedeutet das noch keine politische Ruhe – weder für den Südlibanon noch für den gesamten Libanon. Denn 1. werden die Ursachen des Konflikts nicht beseitigt (s. dazu iz Nr. 67, S. 66) und 2. ergibt sich durch die im Sinne Israels von der UNO beabsichtigten ‚Säuberung' des Südlibanons von den Palästinensern nur eine Verlagerung und damit zusätzlich eine Verstärkung der Konflikte im Norden (Zeit, 31. 3. 78).

Für die libanesische Oberschicht stellt sich also genauso wie vorher für Jordanien und Syrien das Problem, wie man sich der Palästinensischen Befreiungsbewegung als dem Multiplikator innenpolitischer Konflikte entledigen kann.

Da der Südlibanon das letzte Zufluchtsland für die Widerstandsbewegung der Palästinenser nach der Vertreibung aus Jordanien und Syrien war und ihnen der Süden Libanons auf den letzten Konferenzen der arabischen Staaten, Libanon eingeschlossen, als Zufluchtsstätte garantiert wurde (Verträge von Kairo, Melkart und Schtaura), erweist sich die Invasion aus israelischer Sicht als ein Unternehmen mit Hoffnung auf doppelte Erfolgsaussicht. Israels Überfall auf den Südlibanon verfolgte zwei Ziele, die beide, wieder einmal auf Kosten der Palästinenser, der Sicherheit Israels dienen sollen. Erstens Zerstörung der palästinensischen Widerstandsbewegung als dem Vertreter des palästinensischen Volkes und seines Anspruchs auf Selbstbestimmung. Zweitens Unterstützung der christlichen, prowestlich orientierten Front im Libanon gegen die moslemisch, von den Palästinensern unterstützten proarabisch orientierten Front, d.h. Stabilisierung des Libanon als einen zweiten westlichen Brückenkopf im Nahen Osten neben Israel mit Hilfe der UNO (NZZ, 21. 3. 78).

Streubomben,

wie die von den Israelis in der libanesischen Hafenstadt Tyrus eingesetzten CBU's (Cluster Bomb Units), sind konventionelle Bomben. Im Vergleich zu herkömmlichen Bomben besitzen sie aber eine ungleich höhere Vernichtungskapazität.

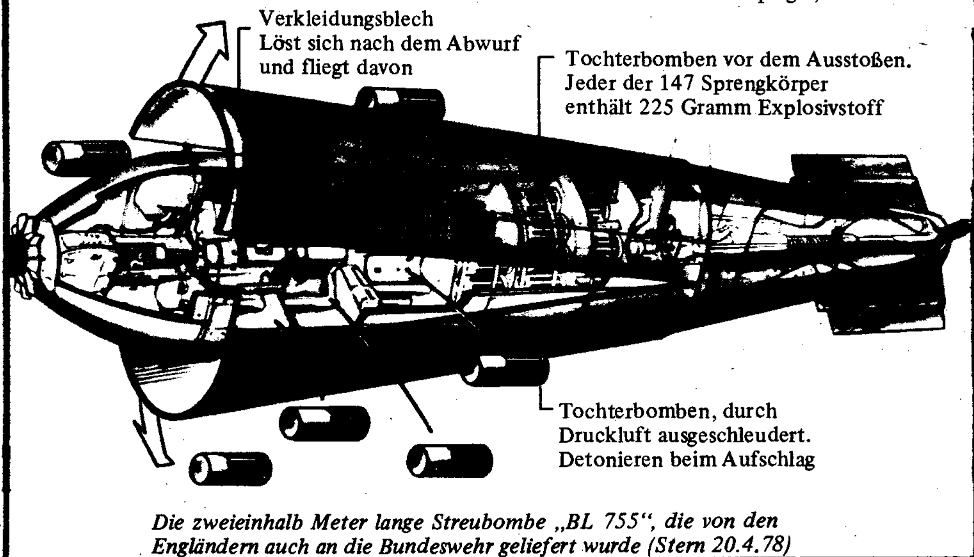
Jede Streubombe besteht aus einem Abwurfbehälter, der etwa 250 „Tochterbomben" enthält. Nach dem Abwurf der Bombe werden die als „Bomblets" bezeichneten Einzel-Sprengkörper aus dem Behälter rausgeschleudert und über ein Gebiet von etwa Fußballplatz-Größe verstreut.

Die Wirkung der kaum kiloschweren „Bomblets" ist verheerend. Vor allem ungeschützte oder nur leicht gepanzerte Ziele wie Fahrzeugkolonnen, Infanteristen, aber auch Zivilisten werden wie von Hunderten gleichzeitig explodierender Handgranaten zersiebt.

Israels Streubomben sind in den USA hergestellt und wurden den Israelis im Rahmen des Militärhilfeabkommens zur Verfügung gestellt. Allerdings mit der amerikanischen Auflage – so ein geheimes Zusatzprotokoll –, sie „nur im Kriegsfall und nur gegen militärische Ziele" einzusetzen.

Auch der bereits 1952 zwischen den USA und Israel geschlossene Vertrag über die Lieferung und Nutzung von US-Waffen beschränkt den Gebrauch aller Rüstungsgüter für die Israelis ausdrücklich nur auf „die legitime Selbst-Verteidigung" des Nahost-Staates.

Spiegel, 17. 4. 78



Die zweieinhalb Meter lange Streubombe „BL 755", die von den Engländern auch an die Bundeswehr geliefert wurde (Stern 20.4.78)

Position Syriens

Syrien, als letztem gegnerischen Grenzstaat Israels (seit dem 1973 Jordanien durch die Nicht-Beteiligung am Krieg und 1977/78 Ägypten durch die Sadat-Initiative erst einmal ausgeschieden sind, ist offensichtlich momentan an einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Israel trotz massiver sowjetischer Waffenlieferung nichts gelegen. Die etwa 30 000 im Libanon stationierten syrischen Soldaten hielten sich während der andauernden Kämpfe jenseits des Litani und kamen den palästinensischen Kämpfern nie zur Hilfe. Grund dafür mag die Angst vor einer militärischen Niederlage sein, entscheidend ist andererseits auch die Befürchtung einer weiteren Stärkung der PLO, die deren Einfluß im eigenen Land nur vermehren könnte. So sagten die Syrer zwar eine Unterstützung der PLO zu, solange sich die Israelis auf libanesischem Boden befinden, weitergehende Hilfe kann der palästinensische Widerstand aber nicht erhoffen. Im Gegenteil, in Syrien wurden die Strafen für „terroristische Gewalttaten und illegalen Waffenbesitz" drastisch erhöht, die Mindeststrafe beläuft sich statt wie bisher auf 5 Jahre nun auf 15 Jahre Gefängnis.

Funktion der UNO-Truppe

Es stellt sich die Frage nach der Funktion dieser Truppe. Sollen sie „verhindern, daß weitere Menschenleben geopfert und die Flüchtlingsfrage verschärft" wird (so der libanesische UN-Chefdelegierte Tueini), dadurch daß sie den israelischen Truppenabzug überwachen und beschleunigen? Oder stellt der Einsatz von UN-Einheiten eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Libanon und zugleich eine Verletzung des Kairoer Abkommens dar, mit dem Ziel, den palästinensischen Widerstand aktionsunfähig zu machen? (Das Abkommen von 1968 garantiert den Palästinensern u.a. das Recht auf Aktionsfreiheit und Eigenorganisation im Libanon). Der israelische UN-Chefdelegierte Herzog verlangt klare Garantien dafür, daß die palästinensischen Widerstandskämpfer nicht in das Gebiet südlich des Litani zurückkehren können. Auch der frühere libanesische Ministerpräsident Salem fordert die PLO auf, ihre Kämpfer aus dem Südlibanon zurückzuziehen, da sie die Tätigkeit der UN-Truppen behinderten. Seiner Auffassung nach soll die UNO die libanesische Regierung bei der „Rückgewinnung ihrer Autorität und effektiven Kontrolle über das Gebiet" unterstützen.

Was das konkret bedeutet, läßt sich erahnen angesichts der Tatsache, daß die faschistische Phalangepartei inzwischen zu Zwangsrekrutierung unter der christlichen und mohamedanischen Bevölkerung greift und bei Verdacht auf Kolaboration mit den Palästinensern wahre Massenmorde unter der libanesischen Bevölkerung anrichtet (NZZ, 21. 3.). Wieweit die UN-Truppe die von den Israelis betriebene Verstärkung der phalangistischen Wehrdörfer unterbindet, ist fraglich. Den Auftrag dazu haben sie jedenfalls nicht.

Der PLO-Chef Arafat, sieht es als Aufgabe der UNO, alleine den Rückzug der Israelischen Be-

satzungstruppen aus dem Südlibanon zu bewirken. „Keinesfalls dürfe sie jedoch wichtige strategische Stellungen der Palästinenser besetzen". Dies allerdings scheint letztlich durch die Einnahme der Stadt Tyr, dem Zentrum des palästinensischen Widerstandes, das noch nicht in der Hand der Israelis war, durch französische Paras (Fallschirmjäger) geschehen zu sein. Dennoch, so die Stellungnahme der PLO, haben wir „genügend Guerilleros im okkupierten Südlibanon – und wir verstärken sie laufend – um die Israelis dort auf Jahre hinaus zu beschäftigen . . . wir werden nicht aufhören, unsere israelischen Feinde anzugreifen. Niemand soll versuchen, uns dies zu verwehren und die PLO zum Stillhalten und Stillsitzen zu zwingen. Wir haben gegen Araber und Israelis gekämpft, wir werden auch gegen UN-Soldaten kämpfen, die sich uns in den Weg stellen" (Aus einem Interview Abu Iyads (PLO) mit der Zeit, 14. 4. 78).

Anmerkungen:

1) Das Kommando wurde nach dem palästinensischen Dorf benannt, das während des arabisch-israelischen Krieges 1948 von der israelischen Terroristen-Gruppe „Irgun" überfallen wurde, die damals der heutige israelische Ministerpräsident Begin leitete. Bei dem Überfall wurden über 200 Dorfbewohner ermordet (FR, 13. 3. 78).

2) Nach Art. 49 der Vierten Genfer Konvention ist es Besatzungsmächten verboten, Teile der eigenen Bevölkerung in besetzten Gebieten anzusiedeln (Zeit, 31. 3. 78).

3) Zitat aus der algerischen Zeitung „El-Moudjahid" im „Spiegel" v. 27. 3. 78.

4) S. dazu den aufschlußreichen Bericht „Israels Macht in Amerika" im Stern v. 16.2.78.

Indonesien

Repressionen vor der Präsidentenwahl

Seit einiger Zeit mehren sich die Meldungen über repressive Maßnahmen der Militärs. Wie immer seit dem Putsch von 1965 wird vor Wahlen jede sich bildende Opposition brutal unterdrückt. Grund der Unterdrückung kann nicht die Angst der Militärs vor einem Wahlsieg der Opposition sein. Die Militärs hatten dafür gesorgt, daß von vornherein feststand, wer die Wahl gewinnt. Es wurde nur ein Kandidat aufgestellt, der ihn wählende Volkskongress besteht zum größten Teil aus vom Militär sorgsam ausgewählten und berufenen Mitgliedern. Die Befürchtungen des Militärs gehen in eine andere Richtung. Die kritischen Stimmen, die im Vorfeld der Wahl auftauchten, können dem Ausland andeuten, daß die Militärs die Lage doch nicht völlig im Griff haben. Die Militärs mußten eine dadurch bewirkte Verringerung der ausländischen Investitionen und Kredite befürchten. Die Militärs profitieren unmittelbar von diesen Investitionen und Krediten: ein Teil dieser Summen muß direkt an das Militär abgegeben werden, die dafür das Land zur Ausbeutung freigeben.
Die Kritik an der Regierung kam von verschiedener Seite, von der islamischen Vereinigten Aufbaupartei, aus den eigenen Reihen der Militärs und zum größten Teil von den Studenten und Schülern. Es hatte sich jedoch keine einheitliche Opposition aus diesen Gruppen gebildet, weil die politischen Ansichten und die Ursachen der Kritik zu verschieden sind.
Die Moslems kritisierten die Regierung, weil diese nach ihrer Meinung den Einfluß des Islams in Staat und Gesellschaft weiter zurückdrängen wolle. Die Kritik aus den Reihen der Militärs richtet sich an die geringe Effizienz der Regierung und nicht gegen das System an sich. Die Studenten zeigen die Fehler der Regierung auf und fordern nicht nur den Rücktritt derselben, sondern auch eine Änderung der bisherigen Entwicklungsstrategie.
Ihre früheren Proteste galten vorwiegend der mangelhaften Durchführung der wirtschaftlichen Programme, während jetzt auch diese Programme im Kreuzfeuer der Kritik liegen. Ihr Hauptvorwurf ist, daß die Regierung das soziale Element in der Entwicklungsstrategie sträflich vernachlässigt habe und durch die liberale Wirtschaftspolitik den Profitmachern zu viel Freiheit lasse. Den Ausländern in Indonesien wird vorgeworfen, das Land wirtschaftlich und dann auch politisch unter Kontrolle bringen zu wollen. Eines der Hauptprobleme des Landes, die Massenarbeitslosigkeit auf Java, sei von der Regierung nicht gelöst worden (NZZ, 16.3.1978).
General Suharto, seit 1966 Präsident und einziger Kandidat für die jetzige Wahl, ließ in einer Reihe von Aktionen die Kritik niederknüppeln.
Das Erscheinungsverbot der 7 Zeitungen wurde erst wieder aufgehoben, nachdem die Chefredakteure eine Loyalitätserklärung mit dem Versprechen der Selbstkritik und der Wahrung nationaler Interessen unterzeichnet hatten (NZZ 10.3.1978).
Der Generalsekretär der ASEAN, General Dharsono, wurde abgelöst, nachdem er am 13.1.1978 auf einer studentischen Protestkundgebung in Bandung eine kritische Rede gehalten hatte. Seine Ablösung brachte etliche Schwierigkeiten mit sich, da auch die anderen Mitglieder der ASEAN damit einverstanden sein mußten. Der indonesische Außenminister sah sich genötigt, eine Reise nach Singapur, Kuala Lumpur, Bangkok und Manila durchzuführen, um das Einverständnis der anderen Mitglieder einzuholen (NZZ, 4.3.1978). Suharto wollte mit dieser Ablösung eines führenden Mannes zeigen, daß er keine Kritik aus den eigenen Reihen dulde und er wollte den anderen Militärs zugleich ein warnendes Beispiel geben. Daß er damit Erfolg hatte, zeigte die allindonesische Offiziersversammlung am 22. und 23. 2.1978, wo bekräftigt wurde, daß das Militär fest entschlossen ist, den störungsfreien Verlauf der Tagung des Volkskongresses durchzusetzen und schon aus diesem Grunde die Einheit des Offizierskorps wahrt (NZZ 10.3.1978).
Nun wandte sich die Repression verstärkt gegen die Studenten.
Am 9.2.1978 besetzten zwei Bataillone des Militärs den Campus des Technologischen Instituts von Bandung (ITB). Die Kämpfe mit den Studenten forderten einige Verletzte. Nach offizieller Darstellung wurden über 100 Studenten festgenommen. Einige Tage später wurde der Rektor des Amtes enthoben. Er sei seiner Führungsaufgabe nicht gerecht geworden, weil er die Studentenunruhe nicht verhinderte.
Auf dem Gelände der Gajah Mada Universität von Jogjakarta kam es am 27.2.1978 zu Zusammenstößen zwischen Studenten und Soldaten. Seitens der Soldaten wurden auch gepanzerte Fahrzeuge eingesetzt. Es gab mindestens 5 Verletzte und 55 Festnahmen (NZZ, 4.3.1978).
Am 4.3.1978 griff das Militär erneut auf dem Campus der Universität von Indonesia in Jakarta ein (Guardian, 15.3.78) und am 11.3. 1978 wurde in Jakarta gegen demonstrierende Oberschüler mit Schlagstöcken vorgegangen. Die Festgenommenen wurden in zwei Lastwagen abtransportiert (NZZ 14.3.1978). Dann befahl das Militär die Schließung sämtlicher Oberschulen in Jakarta für 2 Wochen (FR, 13.3.1978). Alle Straßen, die nach Jakarta hineinführen, wurden für Studenten von außerhalb gesperrt. Seit Januar wurden mindestens 228 Studenten verhaftet, nach Studentenquellen sollen es jedoch über 500 sein. (The Japan Times, 14.3.1978).

Die Tagung des Volkskongresses

Der Volkskongreß war äußerlich durch ein bisher nicht erlebtes Aufgebot an Sicherheitskräften der Polizei und des Militärs gekennzeichnet. Hunderte von schwerbewaffneten Soldaten patroullierten durch die Stadt. Es kam trotzdem zu kleineren Zwischenfällen.



Von den 920 Mitgliedern waren 842 anwesend, die Suharto einstimmig wiederwählten (NZZ, 24.3.1978). Die Sitzung dauerte lediglich 7 Minuten (FR, 23.3.1978).
Aufsehen erregte der Verzicht des bisherigen Vizepräsidenten Sri Sultan Hamengku Buwono auf seine Wiederwahl. Er begründete seinen Verzicht mit dem Hinweis auf seine Gesundheit, jedoch wird der Verzicht als eine Geste des Mißfallens gegenüber der Politik Suhartos gewertet (The Japan Times, 23.3.1978).
Neuer Vizepräsident wurde einstimmig Adam Malik, der frühere Außenminister; auch hier gab es keinen Gegenkandidaten (NZZ, 27.3.78).
Die einzigen Diskussionen des Volkskongresses gingen nicht um die von den Studenten vorgetragenen Probleme, sondern um prinzipielle, religiös-ideologisch getönte Themen: um die Frage der offiziellen Anerkennung der spirituellen, mystischen Glaubensbewegungen und um die Aufnahme einer Art Leitlinie für das Staatsprinzip Pancasila (Nationalismus, In-

ternationalismus, Repräsentative Regierung, sozialer Wohlstand, Glaube an einen allmächtigen Gott) in das Programm für die nächsten fünf Jahre. Vor der Abstimmung des Regierungsentwurfes verließen die Abgeordneten der Islampartei (Vereinigte Aufbaupartei) die Sitzung, weil sie der Ansicht waren, der Staat wolle den Einfluß des Islams in Gesellschaft und Staat weiter zurückdrängen. Es wurde erstmalig in einer Sitzung des Volkskongresses keine Einstimmigkeit erreicht (NZZ, 1.4. 1978).
Die Islampartei hatte bei den letzten Parlamentswahlen überraschend 30 % der Stimmen erhalten, ist jedoch völlig unterrepräsentiert im Volkskongreß.
Bei der Vorstellung des neuen Kabinetts durch Präsident Suharto zeigte es sich, daß die Militärs mehr denn je die Macht im Lande innehaben. Die Demokratische Partei und die Vereinigte Aufbaupartei, die im letzten Kabinett noch je einen Sitz hatten, gehen jetzt leer aus, dafür hat sich die Zahl der Generäle von 5 im letzten Kabinett auf 11 in diesem gesteigert (International Herald Tribune, 3.4. 1978).

Pa

Philippinen

Am 7.4.1978 haben auf den Philippinen nach fünfjährigem Kriegsrecht die ersten öffentlichen Wahlen stattgefunden. Nachdem die Wahlen schon für den letzten Herbst angesagt wurden, endgültig dann auf den 2.4.78 festgelegt wurden, verschob Marcos den Termin noch einmal um eine knappe Woche, angeblich, um den Parteien mehr Zeit für die Wahlvorbereitungen zu geben.
Diese Wahlen sollten offiziell dazu dienen, ein vorläufiges Parlament aufzustellen, das die Vorarbeit für eine Demokratisierung und Abschaffung des Kriegsrechts innerhalb der nächsten fünf Jahre leisten sollte; allein die Tatsache, daß der Militärdiktator Marcos auch in der neuen Regierung den Vorsitz hätte und durch Verordnung über das Parlament hinweg regieren könnte, machten die Wahlen von vornherein zur Farce.
Doch Marcos hatte gute Gründe, die Wahlen zu diesem Zeitpunkt stattfinden zu lassen: Die Philippinen sind im Ausland mit 6,5 Mio Dollar verschuldet, haben eine Inflationsrate von zur Zeit 9,9 % und eine Arbeitslosenrate allein in Manila von 13 %, wobei die Zahl der Unterbeschäftigten nicht berücksichtigt ist. Für die Durchführung des neuen Fünfjahresplanes (1978 – 82) sind die Philippinen darauf angewiesen, in diesem Jahr neue Kredite in Höhe von 1,85 Milliarden Dollar aufzunehmen. Da deshalb Marcos stark auf Wirtschafts- und Rüstungshilfe von den USA angewiesen ist, ist er verpflichtet, zumindest scheinbar auf die Menschenrechtskampagne Carters zu reagieren und „demokratische Wahlen" durchzuführen. (Außerdem liegt der Verdacht nahe, daß Marcos die eigene Propaganda von der „lächelnden Diktatur" zu glauben begonnen hatte und die Volksstimmung testen wollte!)
Die wesentlichen Träger der Opposition sind die Laban-Partei (Kampf) und Kabaka-Partei (Volksliga für Freiheit). Das Programm der Kabaka-Partei beinhaltet den demokratischen Sozialismus bei Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und einen Nationalismus mit wachsenden antiamerikanischen Tendenzen.
Das große Dilemma stellt sich der Opposition in der Legitimierung der Wahlen durch ihre eigene Teilnahme. Andererseits könnte die Nichtteilnahme als Schwäche und Verantwortungsscheu bei den Wählern ausgelegt werden. Die Aussicht, auch nur ganz wenige Stimmen ins Parlament bringen zu können, veranlaßte die Opposition schließlich doch, an den Wahlen teilzunehmen, obwohl ihre Chancen durch die Einschränkung auf den Raum Manila und die Begrenzung der finanziellen Mittel nahezu aussichtslos waren.
Im Verlauf der Wahlvorbereitung der Opposition fand in Manila die bislang größte regierungsfeindliche Demonstration statt (15.000 Teilnehmer). In einer Kundgebung verurteilten Gewerkschaftsvertreter das Kriegsrecht, forderten höhere Löhne und die Wiedereinführung des Streikrechts.
Knapp eine Woche später demonstrierten erneut 20.000 philippinische Arbeiter, wobei zwei Bilder von Marcos öffentlich verbrannt wurden.
Am Abend vor der Wahl wurde in Manila eine Lärmoffensive gestartet, die Hunderttausende erfaßte: Um 21 Uhr wurden überall Autohupen betätigt, auf Töpfe geschlagen, gesungen und Feuerwerkskörper abgebrannt, um den Protest gegen die Regierung lautstark vorzubringen. An diesem Protest waren auch Soldaten beteiligt.
Zu Zusammenstößen mit der Polizei kam es zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht. Durch die wider Erwarten starke Opposition in der Bevölkerung aufgeschreckt, ergriff das Regime schnell Maßnahmen, um die Ergebnisse am Wahltag besser kontrollieren und manipulieren zu können.
Hunderte von oppositionellen Wahlhelfern wurden von den Wahllokalen weggebracht; „fliegende Wähler" wurden von einem Wahllokal zum anderen gefahren, um mehrmals wählen zu können; innerhalb der Regierungsbüros waren spezielle Wahlurnen aufgestellt, die niemand von der Opposition überwachen konnte.
Die Manipulationen wurden so offen durchgeführt, daß die Korrespondenten von „Washington Post" und „New York Times" sogar direkte Fälschungen miterleben und über sie berichten konnten, was Marcos dazu veranlaßte, am 10.4. „jede Einmischung von außen" per Verordnung zu verbieten. Noch vor dem endgültigen Auszählungsergebnis verkündete Marcos, den Wahlsieg seiner Partei. Gleichzeitig wurde im Großraum Manila die militärische Alarmbereitschaft ausgerufen. Über Radio wurden die Bürger gewarnt, an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen.
Am 9.4. nahm die Polizei 650 Demonstranten fest, die gegen die Wahlmanipulation und den Terror des Regimes protestiert hatten.
Da sich das Marcos-Regime durch Repression und Terror an der Macht halten konnte, stellt sich die Frage, ob die Opposition die starke Rolle, die sie in der Zeit kurz vor der Wahl gespielt hatte, auch noch weiterhin wird spielen können.
Quellen: NZZ 26.1.78, 10.2.78, 25.2.78, 3.4.78; FR 17.2.78; BZ 11.4.78; Guardian 12.4.78, 14.4.78.

hh, bko

Chile

Bericht über 1. Maikundgebung in Chile aus Santiago de Chile.

Während Juntachef Pinochet auf einer von der Regierung organisierten 1. Maifeier am Montag sein neues Arbeits- und Gewerkschaftsgesetz vor den Fernsehkameras unterzeichnete, wurde fast zur gleichen Zeit der mehr als 80-jährige Clotario Blest, vor 25 Jahren Mitbegründer des Zentralen Gewerkschaftsbundes Cut und Repräsentant der chilenischen Gewerkschaftsbewegung, auf offener Straße von der Polizei mit Holzknüppeln traktiert und in ein Polizeifahrzeug gesperrt.

Während die Junta und ihre Zivilminister das Gesetz über den neuen Nationalrat der Arbeit mit ihrer Idee der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit durch eine Präsenz von 15 Industrieverbands- und Gewerkschaftsvertretern demonstrierten, wurde am Montagvormittag der Christdemokrat und Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft, Ernesto Vogel, auf offener Straße verhaftet. Genauso wurden der Vorsitzende der Jugendorganisation der aufgelösten Christdemokratischen Partei, Guillermo Junge, und Ana Gonzales de Recabarren, die Ehefrau eines dort Verschwundenen, verhaftet.

Die Junta versucht die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit dadurch herzustellen, daß sie eine nichtgenehmigte 1. Maikundgebung, zu der die wichtigsten Gewerkschaftsverbände aufgerufen hatten, bereits im Ansatz auseinanderknüppelte und mit Massenverhaftungen zu verhindern versuchte. Daß die Polizei dabei ein Mitglied einer holländischen Gewerkschaftsdelegation, einen Fotografen des regierungsnahen Mercurio und einen weiteren Fotografen von UPI zeitweilig festnahm, dürfte die Versuche, das Ansehen des Regimes durch verschiedene in der letzten Zeit vorgenommenen kosmetische Maßnahmen aufzubessern, zunächst zunichte gemacht haben.

Was war geschehen?
Die wichtigsten vom Regime nicht anerkannten Gewerkschaftsverbände, darunter Metall, Textil, die Eisenbahnergewerkschaft, die Organisation der Staatsbediensteten und die Landarbeiter, hatten eine 1. Maikundgebung beantragt, die in der Nähe des Plaza de „Roto Chileno", am Platz des Chilenischen Arbeiters, mit einem Kulturprogramm und einer Rede abgehalten werden sollte. Die Veranstaltung wurde nicht genehmigt, obwohl bereits Delegationen mehrerer ausländischer Gewerkschaftsverbände, insgesamt 30 Personen aus Frankreich, Finnland, Schottland, Holland, Spanien und den USA, als Gäste und Beobachter im Land waren. Die Delegierten begaben sich mit den im Land anwesenden bedeutenden chilenischen Gewerkschaftsfunktionären in einer Gruppe von ca. 150 Personen in Richtung des Kundgebungsplatzes, um, wie sie später sagten, den sich dort mehr und mehr versammelnden Menschen mitzuteilen, daß die Kundgebung nicht genehmigt sei. Doch dazu kam es nicht mehr. Polizeieinheiten trieben bereits mit Stockschlägen die Menschenmenge auseinander und hetzten die Menschen durch die Straßen. Uniformierte Greifkommandos verhafteten bereits die ersten Personen. Wer fotografierte, wurde festgenommen. Filmmaterial wurde beschlagnahmt, genauso wie Tonmaterial, das einer Gruppe von Radiokooperativen, einer der Linken Christdemokratie nahestehdenden Radiostation, abgenommen wurde.

Aus der Gewerkschaftsgruppe griff sich die Polizei unter anderem den greisen, weißhaarigen Blest heraus, sowie Manuel Buster, den Vizepräsidenten der Textilgewerkschaft. Die Namen von anderen Verhafteten: L.M. Sgrulveda sowie Frau de Lorca.

Nach Polizeiangaben sollen 200 Personen zu den Polizeikommissariaten 6, 3 und 1 gebracht, dort erkennungsdienstlich behandelt und dann wieder freigelassen worden sein. Arbeiterpriester und Nonnen, die ebenfalls verhaftet wurden, berichteten nach ihrer Freilassung, daß sie ebenfalls auf den Kommissariaten 4 und 2 verhört wurden. Wer nicht bereit war, sich überprüfen zu lassen, soll durch Stockschläge dazu gezwungen worden sein. Insgesamt sollen etwa 800 Personen, laut kirchlichen und gewerkschaftlichen Kreisen, verhaftet worden sein. Davon ist die größte Zahl inzwischen wieder auf freiem Fuß. Von den Prominenten soll sich inzwischen nur noch Ernesto Vogel, ein bedeutendes Mitglied der Gruppe 11 (früher Gruppe der 10, ein Zusammenschluß von Gewerkschaftsfunktionären zur Wiederherstellung der freiheitlichen Rechte) im Gefängnis befinden. Da außer in Polizeikreisen niemandem genau bekannt ist, wieviel Personen eigentlich festgenommen wurden, herrscht in Santiago seit Montag wieder Angst, daß Personen verschwinden oder monatelang im Gefängnis sitzen, ohne daß die Angehörigen etwas von ihrem Schicksal erfahren.

Mitglieder der ausländischen Delegationen und chilenische Gewerkschafter retteten sich vor dem Zugriff der Polizei in die San Franzisco Kirche, wo gerade eine Messe stattfand. Eduardo Rios, Spitzenfunktionär der Hafenarbeiter, stieg, während sich die Kirche immer mehr mit Demonstranten füllte, auf die Kanzel und erinnerte in einer Ansprache an die Zeiten der Christenverfolgungen, als sich die Christen in Katakomben verstecken mußten. Die Arbeiter Chiles haben auch heute keine Möglichkeit, sich öffentlich zu artikulieren.

Während Rios sprach, strömten mehrere tausend Menschen, nach Schätzungen zwischen 5000 und 10 000, auf Santiagos Prachtstraße, die Avenida O'Higgins. Die verbotene Christdemokratische, Sozialistische und Kommunistische Partei hatten die Maikundgebungen mitorganisiert. In losen Gruppen pendelten die Menschen in einer Art Spaziergangsdemonstration durch die Allee auf beiden Seiten hinauf und hinunter. Ab und zu gab es Sprechchöre wie „Junta no – Chile si", „gemeinsam sind wir stark", „es lebe die Volkseinheit". Nach kurzer Zeit erschien auch hier die Polizei und versuchte, die Gruppen auseinanderzutreiben und verhaftete viele. Immer wieder gab es Menschenansammlungen, locker organisierte Protestzüge, die sich plötzlich gegen 1 Uhr auflösten. Viele Gesichter der Spaziergangsdemonstranten konnten ab fünf Uhr wieder in den Kirchen Santiagos gesehen werden, wie z.B. in der Kirche der Arbeiter. Ab und zu traf ein gerade von der Polizei entlassener Demonstrant in der Kirche ein, er wurde mit Libertad-Rufen und Händeklatschen begrüßt – das gleiche Klatschen, mit dem 1973 nach dem Putsch den im Stadion von Santiago Festgehaltenen von außen Mut gemacht wurde. Zuerst wurde langsam in die Hände geklatscht, um das Tempo dann immer mehr zu steigern.

Am 1. Mai 1978 wurde in Chile deutlich, daß es eine breite Opposition gegen das Regime gibt. Aus dem Wunschtraum der Junta, einer Harmonie zwischen Arbeit und Kapital, wird wohl nichts werden.

Santiago de Chile, 2. Mai 1978 hue

Nicaragua

Die Unruhen weiten sich aus
Die Ermordung des Oppositionellen Chamorro führte Ende Januar zu einem vierzehntägigen Generalstreik (siehe Chronik in Nr. 68, S. 4). Im Anschluß an diesen Streik kam es zu zahlreichen Protestmaßnahmen gegen die Diktatur der Somozas. Insbesondere Arbeiter, Studenten und die arme Bevölkerung der Städte beteiligten sich an diesen Protesten. Der Einsatz der Nationalgarde bei solchen Aktionen forderte schon zahlreiche Todesopfer: So kesselten Nationalgardisten am 27.2. etwa 1000 Studenten, die von einer gegen Somoza gerichteten Versammlung kamen, ein. Als die Studenten diesen Kessel verlassen wollten, eröffneten die Nationalgardisten das Feuer: Drei Studenten wurden erschossen; hunderte wurden festgenommen.
In der Stadt Masaya (etwa 40 km südlich von Managua) war Anfang des Jahres eine Gedenkmesse für den ermordeten Chamorro gewaltsam aufgelöst worden. Daraufhin wurde diese Stadt zu einem Mittelpunkt des Widerstandes gegen die Somozas. Die Regierung riegelte diese Stadt (wie auch andere) mittels massivem Einsatzes von Nationalgardisten von der Umwelt ab. Es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen den Truppen und den Demonstranten. Als sich die Stadt am 28.2. ergab, waren über 100 Personen bei den Kämpfen ums Leben gekommen (NZZ 2.3.78).
Trotzdem ist es der Regierung nicht gelungen, die Lage im Lande unter Kontrolle zu bringen: Am 10.3. wurde der Chef der Nationalgarde, Perez Vegas, von der Sandinistischen Befreiungsbewegung (FSLN) entführt und ermordet (NZZ, 13.3.78)



Somoza macht „Zugeständnisse"
Unter dem Eindruck der Unruhen kündigte Somoza am 26.2. eine Reihe von Reformen an: Er werde sich 1981 aus der Politik zurückziehen und dann Wahlen ausschreiben, bei denen alle Parteien teilnehmen könnten. Außerdem stellte er ein Arbeitsplatzsicherungssystem für Landarbeiter in Aussicht. Des weiteren kündigte Somoza einen Sonderfond an, der es Gutspächtern ermöglichen solle, das von ihnen bearbeitete Land zu kaufen (FR 1.3.78). Es hat jedoch den Anschein, als seien diese Versprechungen nur taktische Maßnahmen, um die mobilisierte Bevölkerung zu beschwichtigen; denn an den Herrschafts- und Besitzverhältnissen ändern die von Somoza angekündigten Maßnahmen praktisch nichts.

Die Haltung der USA
Jahrzehntelang hatten die USA das Somoza-Regime unterstützt (u.a. um in Nicaragua Truppen zur „Verteidigung" des Panama-Kanals stationieren zu können.) Bei Beginn des Generalstreiks standen die USA jedoch auf der Seite der Streikenden (Guardian 22.3.78). Sie sahen hier die Möglichkeit, das diktatorische Regime der Somozas durch ein gemäßigtes zu ersetzen, das aber die Abhängigkeit des Landes von den USA nicht in Frage stellt. Diese Möglichkeit ist jedoch nicht mehr gegeben: Zum einen haben der Streik und die sich anschließenden Aktionen die Bevölkerung sehr stark mobilisiert; zum anderen haben gezielte erfolgreiche Aktionen der Befreiungsbewegung FSLN deren Einfluß gestärkt. Beides deutet darauf hin, daß der Einfluß der Industriellen auf den Verlauf der Protestbewegung, der anfangs noch recht groß war, sich stark verringert hat, während die FSLN an Einfluß gewinnt. Damit wird aber ein Erfolg der Protestbewegung für die Interessen der USA gefährlich. Aus diesem Grund ist es zu erklären, daß die USA jetzt wieder Somoza unterstützen: So erklärte der US-Botschafter in Managua am 8.2., daß die nordamerikanische Militärhilfe an das Somoza-Regime nicht eingestellt worden sei (Monitor-Dienst, 10.2.1978). Die Carter-Administration erklärte, daß sie keinen Machtwechsel vor den allgemeinen Wahlen, die 1981 in Nicaragua stattfinden sollen, wünsche (Guardian,22.3.1978). Damit sich das Somoza-Regime bis dahin an der Macht hält, leiten derzeit Söldner aus den USA die Operationen der Luftwaffe Nicaraguas gegen die FSLN (Guardian, 5.4.1978).

wawi

Mexiko

Der Süden des Landes von der Armee „besetzt"
45 Professoren und Assistenten der Universität von Oaxaca in Haft
Felipe Soriano, der Rektor der Universität „Benito Juarez" in Oaxaca, der Hauptstadt des Bundesstaats desselben Namens im Süden Mexicos, ist am 7. Februar von der „Brigada Blanca" verhaftet worden. Die „Brigada Blanca" ist eine paramilitärische Gruppe, die sich aus Soldaten und Polizisten zusammensetzt und im Einvernehmen mit den Regierungstruppen vorgeht. Am selben Tag wurden 45 Professoren und Assistenten, die zu seinem Arbeitsteam gehörten, ebenso verhaftet. Die Festgenommenen wurden sofort ins Militärlager Nr. 1 in Mexico überführt und werden dort in völliger Isolierung gehalten.
Kein Rechtsanwalt hat sie bisher besuchen können. Die Armee wirft ihnen vor, der Guerillaorganisation „Einheit des Volks" („Unidad del Pueblo") anzugehören, die seit mehreren Jahren in den Bundesstaaten Oaxaca und Guerrero operiert. Wenn sie die Beschuldigung zurückweisen, werden sie gefoltert, bis sie Geständnisse machen und unterschreiben, die die offizielle These bestätigen. So ist es jedenfalls üblich. Ihre Rechtsanwälte haben sich vergebens an die Presse gewandt, um diese Verhaftungen und die Isolierung der Verhafteten vor der Öffentlichkeit anzuprangern. Keine Tageszeitung hat es gewagt, davon zu sprechen. Verzweifelt, haben sie schließlich versucht, die Information über Anzeigen in den Zeitun-

gen an die Öffentlichkeit zu bringen. Wieder vergeblich: Anweisungen kommen von oben: der Innenminister verhängt eine strikte Zensur über alle Informationen bezüglich der Ereignisse, die den Süden des Landes erschüttern. Seit den Kommunalwahlen vom 4. Dezember hat sich die Situation in der Tat im Staat Oaxaca beträchtlich verschlechtert. Oaxaca ist gleichzeitig eine sehr bevölkerungsstarke Provinz (mehr als 500 Gemeinden), in der die Indiobevölkerung bei weitem überwiegt, und einer der ärmsten Staaten Mexicos. Die Gewalttätigkeiten der Armee und der paramilitärischen Banden, die seit einem Jahr gegen die Bauernbewegung und gegen demonstrierende Studenten ausgeübt werden, haben die Positionen der PRI (Partido Revolucionario Institucional), der Einheitspartei, die an der Macht ist, beträchtlich geschwächt. Dies zeigte sich deutlich im Ergebnis der Wahlen, denn die PRI verlor dort 80 % der Rathäuser an unabhängige Kandidaten. Aber die etablierten Parteifunktionäre weigern sich, ihre Niederlage anzuerkennen. Da Wahlmanipulationen nicht genügen, versuchen sie, sich der Wahlurnen mit einem Handstreich zu bemächtigen. Die Wähler, die dies verhindern wollen, besetzen die Rathäuser von fast 10 Orten in Oaxaca und im benachbarten Staat Tamaulipas. Nach Scheinverhandlungen mit den Provinzbehörden und zahlreichen Demonstrationen, bei denen Tote und Verletzte gezählt werden, schreitet auf Befehl des Provinzgouverneurs die Armee ein.
Allein in der Stadt Juchitan führt das brutale Eingreifen der Soldaten zu etwa 10 Toten. Die Kontrolle über diese kleine Stadt wie über zahlreiche andere Orte in dieser Provinz bedeutet in Wirklichkeit nur die letzte Etappe einer militärischen Besetzung der 3 Staaten Oaxaca, Guerrero und Chiapas. Von Acapulco bis zur Grenze nach Guatemala steht so jetzt der ganze Süden Mexicos unter militärischer Besetzung.

Ein Jahr der Zusammenstöße

Das Eingreifen der Soldaten in diesem Staat begann genau vor einem Jahr, mit einem Massaker in der Stadt Oaxaka.
Es war am 17. Februar. Etwa 1000 Bauern hatten sich versammelt, um gegen die 'Großgrundbesitzer zu demonstrieren. Sie verlangen Recht auf Land, Übergabe der Latifundien, demokratische Gewerkschaften.
Die Zone von Juchitan, in der seit einigen Jahren Zementfabriken sowie Erdöl- und Zuckerraffinerien aus dem Boden geschossen sind, ist in Wirklichkeit ein äußerst armes Gebiet geblieben. Es ist das Reich der Latifundien, der staatlich gelenkten Gewerkschaften und der bewaffneten Banden im Dienst der Großgrundbesitzer. Das Elend der „tecos" erinnert an die schwärzesten Epochen der Kolonialisierung durch die Europäer. In einigen Dörfern in der Zone der Zementwerke leben die Arbeiter in Höhlen und nicht selten kann man sehen, wie Frauen auf dem Markt verkauft werden. Ein Bild, das einen schwindeln macht, und das auf einen Schlag das übliche Bild von Mexico als einer demokratischen Insel inmitten blutrünstiger und primitiver Bananenrepubliken auslöscht. So wird nun am 17. Februar die Versammlung der Bauern durch die Armee aufgelöst, indem sie das Feuer eröffnet: 37 Tote, viele Verletzte.

Das Wüten der Armee führt zu einer entgegengesetzten Reaktion, als die von den Bundesbehörden erhoffte. Die Bewegung unter den Bauern weitet sich aus. In San Juan Lalana bemächtigen sich landlose Bauern der großen Viehzuchtlatifundien, die bis zu 60 000 ha messen. die „weißen Garden" der Besitzer, die von der Armee unterstützt werden, töten 27 Personen. In Playa San Vicente finden weitere Landbesetzungen statt. Ebenso weitere Massaker: 19 Tote. Schließlich gehen in Oaxaca, der Hauptstadt des Staates, die Studenten auf die Straßen, um gegen diese Massaker zu protestieren: 17 Tote. Dennoch nimmt die Bewegung im Monat Februar umso weniger ab, als die Bauern, die Arbeiter und die Studenten der Provinz ihre Aktionen durch die Schaffung einer gemeinsamen Organisation, der COCEI, zu koordinieren suchen.

Mit Napalm

Die Reaktion der Bundesbehörden ist heftig. Aquino Perez, der zivile Gouverneur von Oaxaca, wird durch den General Eligeo Kimenez einen Spezialisten des Anti-Guerilla-Kampfs, ersetzt. Der neue Verantwortliche läßt es an Härte nicht fehlen. Er holt 20 000 Soldaten, d.h. praktisch 2 Divisionen, in die Provinz. Auf das Gebiet der Sierra Mixteca, wo die Guerrillakämpfer der Partei des Vereinigten Proletariats Lateinamerikas (PPUA) seit mehreren Jahren operieren, werden Napalmbomben abgeworfen. Am meisten davon betroffen sind Alte und Kinder, etwa 60, die nicht rechtzeitig vor den Flugzeugen flüchten konnten. In der Sierra de Juarez werden durch Chemikalien zur Entlaubung der Bäume mehrere Dörfer verwüstet. Ziel dieser Militäraktionen: „Die Guerillakämpfer der Organisation „Einheit des Volks" aus ihren Verstecken hervorholen", wie der General Jimenez es nennt ...

Zwischen dem Februar und dem Sommer, also seit dem Massaker an den Demonstranten von Juchitan, der Erschießung der antilatifundistischen Bauern und den Napalmbombardierungen, kommt ein halbes Tausend weiterer Opfer auf das Konto der Armee. Ganz zu schweigen von den „Verschwundenen" und denen, die in Lagern festgehalten werden.
Im September allerdings erschüttern etwa 20 Explosionen Oaxaca. Diese Attentate, für die die „Einheit des Volks" sich verantwortlich erklärt, zielen auf Banken, Gebäude ausländischer Unternehmen wie Coca Cola (Etwa 100 Mill. DM Schaden). Aber ein Jahr Militäraktionen und allgemeine Repression haben die Bevölkerung Süd-Mexicos so sehr erbittert, daß die Situation explosiv bleibt und daß die 2 Divisionen, die Oaxaca besetzt halten, nicht sicher sind, die Situation unter Kontrolle halten zu können. Im übrigen beschreiben die Militärexperten der Hauptstadt in ihren Berichten das Gebiet als „eine Zone des Volksaufstandes"

Bürgerkriegsmanöver ...

Daher kündigt der Gouverneur, Genral Kimenez, Am 2. Dezember, 2 Tage vor den Kommunalwahlen, an, daß „20 000 Soldaten zwischen dem 5. und 10 Dezember ein Manöver der „Besetzung" Oaxacas abhalten würden."
Die Wahlen vom 4. Dezember finden in einem aufs äußerste gespannten Klima statt. Die an der Macht befindliche Einheitspartei verliert in der Tat mehrere Rathäuser in bäuerlichen Gebieten, bei Zusammenstößen kommen mehrere Menschen ums Leben. Felipe Soriano, der Rektor der autonomen Universität, verlangt den Abzug der Soldaten und kündigt eine Demonstration an – vergeblich. Die „Operation Manöver" beginnt am 9. Dezember. Während die Straßen, die Bahnlinien und der Flughafen gesperrt sind, rücken Panzerkolonnen auf die Stadt vor. 20 000 Soldaten nehmen an dem Manöver teil. Der Staatspräsident Lopez Portillo leitet persönlich die Truppenbewegungen. Die mexicanische Verfassung sagt nämlich aus, daß nur der Staatschef die Mobilisierung der Armee anordnen darf. Seine Anwesenheit in Oaxaca rechtfertigt also die Einnahme der Stadt. Und die Stadt „fällt" symbolisch am Abend des 9. ohne weitere Zwischenfälle.
Aber die Universität „leistet Widerstand". Ihre Gebäude, die von den Studenten und Professoren besetzt gehalten werden, werden umzingelt. Die Belagerung dauert 5 Tage. Die COCEI, dieser Zusammenschluß der Organisationen der Studenten, Bauern und Arbeiter, versucht vergebens, durch Demonstrationen von Bauern, die sich auf die Stadt zu bewegen, die Umzingelung zu sprengen. Am 14. Dezember dringen 5000 Soldaten in die Gebäude ein und machen so die völlige Besetzung des Staats Oaxaca perfekt, an der schließlich 40 000 Soldaten beteiligt sind. Bilanz dieser letzten Aktion: 65 durch Kugeln Verletzte, 40 Professoren und Assistenten festgenommen, eine unbekannte Zahl von Studenten verhaftet.

... und Scheinhinrichtungen

Der Rektor Soriano und ein Teil seines Teams werden von dieser ersten Verhaftungswelle noch verschont. Erst 7 Wochen später, am 7. Februar, werden sie im Auftrag des Oberst Nassar verhaftet.
Ihre einzige Schuld besteht darin, sich der Intervention und den Ausschreitungen der Soldaten in der Stadt widersetzt zu haben. Professor Coronado, der Sekretär des verhafteten Rektors, gehört zu den 45 Professoren und Assistenten, die in Mexico-Stadt interniert sind. Am 14. Dezember war er schon einmal verhaftet, allerdings nach wenigen Tagen wieder freigelassen worden. Nach seiner Freilassung konnte er seine Erfahrungen in einer Lokalzeitung an die Öffentlichkeit bringen. „Sie haben uns wenig auf den Bauch und die Beine geschlagen. Aber die psychologische Folter hat uns in die Hosen machen lassen (...) Es ist schrecklich, mehrere Tage die Augen verbunden zu haben. Sie brennen dich wie Feuer". Dann folgte eine Periode „liebenswürdiger" Verhöre, erklärt der verhaftete Professor, und er fügt hinzu. „Nach einigen Fragen fragten sie: bereit? Man hörte den Knall von Schüssen und das Geräusch von Waffen. Dann eine Stille, die ewig schien. Dies mehrere Male. Jedesmal dachten wir, es wäre das letzte ..."

Pierre Benoit

Wir danken dem Komitee für die Solidarität mit dem mexicanischen Volk (Comite de soutien aux luttes du peuple mexicain) (14, rue de Nanteuil, Paris 15e), das uns die notwendigen Unterlagen für die Abfassung dieses Artikels geliefert hat.



Übersetzung eines Artikels aus LIBERATION vom 13.3.1978

Entwicklungspolitik der BRD

Schuldenberg wächst weiter

1. Anfang März endete wieder einmal eine Verhandlungsrunde zwischen Industrie- und Dritte-Welt-Ländern mit einem faulen Kompromiß: Die äußerst vage formulierte gemeinsame Entschließung der **Schuldentagung der** UNCTAD (Welthandels- und Entwicklungskonferenz der UNO) verwies die Regelung der Schuldenprobleme der Dritten Welt an eine Expertengruppe. Es wird nicht zu der von den 'Entwicklungsländern' geforderten generellen Umwandlung der Schulden der „am wenigsten entwickelten Länder (LIDC im UNO-Jargon)" in Schenkungen bzw. Zuschüsse kommen. Die westlichen Gläubigerländer erklärten lediglich ihre Bereitschaft, eine solche Lösung von Fall zu Fall in Erwägung zu ziehen. Damit ist es der EG gelungen, ihre Verhandlungsposition weitgehend durchzusetzen. Das Thema Schuldenerlaß ist erst einmal vom Tisch. (HB 13.3.78)

2. Dabei bildete die Forderung nach Schuldenerlaß einen Eckpfeiler in der Diskussion um eine Neue Weltwirtschaftsordnung. Der Schuldenberg der Dritten Welt bildet nämlich eines der Haupthemmnisse auf dem Weg zu einer eigenständigen Entwicklung und zugleich den Garant der fortgesetzten Abhängigkeit von den westlichen Industrieländern und den kapitalistischen Weltmärkten. 1976 stand die Dritte Welt global mit 220 Mrd. Dol. in der Kreide. Dieser Betrag wächst jährlich etwa um 30 Mrd. Dol.. Allein die BRD hat 76 Mrd. DM verliehen. Die eigentliche Belastung der Dritten Welt ergibt sich jedoch aus dem sog. Schuldendienst, das sind die fälligen Rückzahlungen plus Zinsen. Einige Länder, etwa Ägypten, Pakistan oder Peru, müssen 20 - 25 % ihrer Exporterlöse für den Schuldendienst aufbringen, d.h. der Erlös jedes vierten oder fünften Sacks Kaffee oder Baumwolle, der an die Industrieländer verkauft wird, fließt gleich wieder als Schuldenzahlung in deren Taschen zurück. Das Problem verschlimmert sich immer mehr: Die Wachstumsrate des Schuldendienstes für die 20 größten Schuldner betrug 1972 - 76 mit 26,3 % mehr als das Vierfache des realen Wirtschaftswachstums! (Zahlen: OECD, BMZ, Weltbank)
Andererseits bedeutet Kreditvergabe auch immer Abhängigkeit. Wer sich Geld leiht, muß seine „Kreditwürdigkeit" beweisen und nötigenfalls herstellen. Was das ist, bestimmt der Gläubiger. Insbesondere der Internationale Währungsfonds (IWF) ist bekannt dafür, Schuldnerländer mit Zahlungsschwierigkeiten rigoros eine reaktionäre „Stabilitätspolitik" vorzuschreiben, die regelmäßig auf Reallohnsenkungen und Streichung staatlicher Wohlfahrtsmaßnahmen (z.B. Lebensmittel- und Mietsubventionen) und damit Massenelend hinausläuft und den einzelnen Regierungen faktisch die wirtschaftspolitische Autonomie nimmt. Jüngste Beispiele für eine solche Stabilitätskur sind Peru, Ägypten und Zaire, aber auch Italien und Portugal. Wer vom IWF einen Kredit bekommt, ist auch für private Geldgeber „kreditwürdig", der IWF spielt also den Vorreiter für das gesamte kapitalistische Bankensystem.

3. Betrachtet man die Struktur der internationalen Verschuldung genauer, so ergibt sich eine Zweiteilung des Problems: Auf der einen Seite stehen die ärmsten Länder der Welt, die kaum industrialisiert und außer als Rohstofflieferanten für die westlichen Länder relativ uninteressant sind. Sie bekommen fast nur öffent-

ZIMBABWE

Der Wortlaut des Smith-Abkommens

In Anbetracht dessen, daß die gegenwärtige Verfassungssituation in Rhodesien zu ökonomischen und anderen Sanktionen durch die internationale Gemeinschaft gegen Rhodesien sowie zu bewaffneten Auseinandersetzungen in Rhodesien und von benachbarten Territorien aus geführt hat; und in Anbetracht dessen, daß es im Interesse unseres Landes notwendig ist, ein Übereinkommen zu erzielen, das zur Beendigung und Einstellung des bewaffneten Konflikts dient; und in Anbetracht dessen, daß sich während der vergangenen zwei Monate Delegierte der Rhodesischen Regierung, des African National Council (Sithole), des United African Council und der Zimbabwe United Peoples's Organization mit dem Bestreben, eine Übereinkunft zu erreichen, in Salisbury getroffen haben, und nach der Diskussion der von den verschiedenen Delegationen vorgelegten Vorschläge Einigkeit über gewisse grundlegende Prinzipien erzielten, die in einer neuen Verfassung, welche zu einer Beendigung der oben erwähnten Sanktionen und zur Beilegung der bewaffneten Auseinandersetzungen beitragen wird, enthalten sein sollen.
Aufgrund dessen

A. ist hiermit Übereinkunft getroffen, daß eine Verfassung entworfen und in Kraft gesetzt wird, die die Mehrheitsherrschaft auf der Basis des allgemeinen Erwachsenenwahlrechts mit folgenden Bedingungen gewährleisten soll:

1. Es wird eine Legislative geben, die sich aus hundert Abgeordneten zusammensetzt, für die folgende Bestimmungen gelten:

   a) es gibt eine allgemeine Wahlliste für alle Bürger über 18 Jahren, die als Wähler registrierbar sind, vorbehaltlich bestimmter anerkannter Ausschlüsse.

   b) 72 Sitze in der Legislative sollen für Schwarze reserviert sein, die von auf der allgemeinen Wahlliste eingetragenen Wählern gewählt werden.

   c) 28 Sitze in der Legislative werden für Weiße reserviert (i.e. Europäer gemäß der Definition der Verfassung von 1969), die wie folgt gewählt werden:
   (1) 20 werden nach einem Vorzugswahlsystem durch in der Wahlliste eingeschriebene weiße Wähler gewählt.
   (ii) 8 werden gewählt von in der allgemeinen Wahlliste eingetragenen Wählern, wobei diese 8 aus 16 aufgestellten Kandidaten zu wählen sind. Die Benennung dieser 16 erfolgt im Falle des ersten Parlaments durch einen Wahlausschuß, der sich aus weißen Mitgliedern des derzeitigen Parlaments zusammensetzt; im Falle eines späteren Parlaments werden sie durch einen Wahlausschuß bestimmt, der sich aus den 28 weißen Mitgliedern des direkt vor den allgemeinen Wahlen aufgelösten Parlaments zusammensetzt.

   d) die unter c) angeführten reservierten Sitze sollen für eine Periode von mindestens 10 Jahren oder aber von 2 Parlamenten beobehalten werden, je nachdem, welche Periode die längere ist. Nach Ablauf dieser Periode soll zur Überprüfung dieser Regelung eine Kommission ernannt werden, deren Vorsitz ein Richter des Obersten Gerichts führen soll. Wenn die Kommission empfiehlt, daß die Abmachungen bezüglich der besagten reservierten Sitze geändert werden sollen, dann gilt:
   (1) Eine diesbezügliche Verfassungsänderung kann durch eine Gesetzesvorlage, der mindestens 51 Mitglieder zustimmen, durchgeführt werden.
   (ii) Dieses Gesetz soll auch festlegen, daß die unter b) angeführten 72 Sitze nicht für Schwarze reserviert werden sollen.

   e) Den unter c) angeführten Mitgliedern ist die Koalition mit einer Minderheitspartei zum Zwecke der Regierungsbildung untersagt.

2. Es wird eine Erklärung der Rechte geben, die die Rechte und Freiheiten der Individuen schützt und die unter anderem den Schutz vor Enteignung ohne direkte angemessene Entschädigung und den Schutz der Rentenrechte von Personen, die Mitglieder einer Rentenversicherung (pension funds) festlegen.

3. Die Unabhängigkeit und Qualifikation der Rechtsprechung ist unantastbar; das Amtsrecht der Richter ist gewährleistet.

4. Ein unabhängiger Ausschuß für den öffentlichen Dienst wird gebildet; das Amtsrecht seiner Mitglieder ist während deren Amtszeit gewährleistet. Dieser Ausschuß wird verantwortlich sein für Ernennungen, Beförderungen und Entlassungen im öffentlichen Dienst.

5. Der öffentliche Dienst, die Polizei, die Verteidigungskräfte und das Gefängniswesen werden auf einem hohen Stand der Leistungsfähigkeit und frei von politischen Einflußnahme belassen.

6. Vom Staat zu zahlende Renten werden garantiert und gehen auf dessen Kosten; sie werden auch ins Ausland ausgezahlt.

7. Bürgern, die gegenwärtig Anrecht auf eine doppelte Staatsbürgerschaft haben, wird ihr derzeitiges Anrecht nicht entzogen.

8. Die oben aufgeführten Bestimmungen werden in die Verfassung mit aufgenommen und als festgesetzte Bestimmungen ver- ►

liche Kredite von Regierungen und internationalen Organisationen zu sehr günstigen, sog. 'weichen', Bedingungen, d.h. mit sehr langen Laufzeiten (bis 50 Jahre) und geringen Zinsen. Bei diesen Anleihen beträgt der Schenkungsanteil bis zu 80 %, verglichen mit kommerziellen Krediten muß also nur ein Fünftel zurückgezahlt werden. Mit diesen Krediten läßt sich nichts verdienen, sie dienen lediglich dazu, die ärmsten Länder vor dem totalen Bankrott zu bewahren, um ihnen weiterhin Industriegüter verkaufen zu können. Sie machen nur etwa 5 % der Gesamtverschuldung der Dritten Welt aus. Ausschließlich um diese Schulden ging es auf der Genfer Konferenz. So wird verständlich, warum die Industrieländer überhaupt mit sich reden lassen wollten. Der neue Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Rainer Offergeld, war sogar zu einem generellen Erlaß dieser Schulden bereit, das hätte die BRD nämlich für 1978 gerade 73 Mill. Mark gekostet, 1980 nur noch 64 Mill. Mark. In der EG, wo eine gemeinsame Verhandlungsstrategie ausgearbeitet wurde, einigte man sich jedoch darauf, die Schuldscheine nur von Fall zu Fall und unter Prüfung der Einzelvoraussetzungen zu zerreißen, und dies weniger aus wirtschaftlichen Überlegungen, sondern um kein allgemeines Anrecht auf Schuldenerlaß zu schaffen und um im Einzelfall Druckmöglichkeiten in der Hand zu behalten.

Es gelang der EG, diese Position bei der Schuldenkonferenz durchzusetzen. (HB 2.3. 1978, FAZ 10.3.1978).

4. Ein ganz anderes Problem bilden die hauptsächlich privaten und kommerziellen Kredite an die sog. „Schwellenländer", also bereits stärker industrialisierte Länder wie Brasilien, Indonesien oder Iran. Sie werden von internationalen Banken ausschließlich mit dem Motiv der Gewinnerzielung vergeben, tragen also keinerlei Hilfscharakter. Über den Erlaß dieser Schulen ist niemals geredet worden.

Wenn es also in der Zeitung heißt: „Bonn ist für Schuldenerlaß", so ist diese Meldung mit größter Vorsicht aufzunehmen: Es geht nur um den allerkleinsten Teil des Schuldenberges, und auch nur um den Teil, der sowieso fast ganz als Geschenk gegeben wird.

Und selbst da können sich unsere 'großzügigen' westlichen Regierungen nicht zu einem generellen Schlußstrich unter die Schuldenkonten entschließen, sondern beharren auf kleinmütigen Einzelentscheidungen.

Die drückende Schuldenlast der Dritten Welt bleibt bei alledem bestehen und wird in Zukunft weiter wachsen, wenn nicht bald etwas anderes geschieht als ein harmloses Palaver in Genf.

sth

Öffentliche Auslandsschulden der Entwicklungsländer 1967 bis 1974 in Millionen US-Dollar

Jahr	Afrika	Asien	Europa	Amerika	Gesamt
1967	9 223,6	20 784,4	5 677,8	15 061.6	**50 747,4**
1970	12 905,0	32 145,0	7 832,3	20 856,2	**73 738,6**
1971	14 811,7	37 471,6	9 290,6	24 557,7	**86 131,5**
1972	16 660,3	43 489,8	10 311,4	29 532,5	**99 993,9**
1973	21 774,7	50 539,5	11 174,5	35 404,1	**118 892,7**
1974	28 462,2	63 326,9	14 224,9	45 385,3	**151 399,3**

standen, die nur durch eine Gesetzesvorlage mit Zustimmung von mindestens 78 Mitgliedern abgeändert werden können.

B. Es besteht hiermit also Übereinstimmung, daß entsprechend der oben angeführten Übereinkunft der nächste Schritt die Bildung einer Übergangsregierung ist, deren erste Funktion es sein wird:
a) einen Waffenstillstand herbeizuführen, und
b) damit verbundene Fragen zu behandeln wie über
(i) die Zusammensetzung der zukünftigen Streitkräfte einschließlich jener Mitglieder der nationalistischen Kräfte, die eine militärische Laufbahn einschlagen wollen, und die Rehabilitierung der anderen;
(ii) die Rehabilitierung jener, die durch Kriegsauswirkungen betroffen waren.

C. Ebenso besteht hiermit Übereinkunft, daß es die Pflicht der Übergangsregierung sein wird, sich mit folgenden Fragen auseinanderzusetzen:
a) Freilassung der Gefangenen;
b) der Überprüfung von Verurteilungen mit politischem Charakter;
c) der weiteren Beseitigung der Diskriminierung;
d) der Schaffung eines politischen Klimas, das zu freien und demokratischen Wahlen führt;
e) dem Entwurf der neuen Verfassung gemäß dieses Übereinkommens;
f) dem Verfahren zur Registrierung der Wähler hinsichtlich der Abhaltung allgemeiner Wahlen zum frühestmöglichen Zeitpunkt.

D. Es besteht hiermit ebenfalls Übereinkunft, daß zur Übergangsregierung ein Exekutivrat und ein Ministerrat gehören, für die die folgenden Bestimmungen gelten:

1. EXEKUTIVRAT:
a) Zusammensetzung:
der Exekutivrat setzt sich zusammen aus dem Premierminister und drei schwarzen Ministern, den Leitern der an den Verhandlungen teilnehmenden Delegationen. Die Mitglieder werden abwechselnd den Vorsitz des Exekutivrats in einer von diesem bestimmten Folge und Dauer innehaben. Die Beschlüsse des Rates müssen einstimmig sein.

b) Funktionen:
(i) Der Exekutivrat ist dafür verantwortlich, daß die der Übergangsregierung durch die verfassungsmäßige Übereinkunft übertragenen Funktionen und Pflichten so schnell wie möglich ausgeführt werden. Er wird politische Entscheidungen in Zusammenhang mit der Vorbereitung und Abfassung der neuen Verfassung und der anderen in Abschnitt B und C dieses Abkommens bezeichneten sowie anderer sich ergebender Angelegenheiten treffen.
(ii) Der Exekutivrat kann unter Abschnitt b) und c) dieses Abkommens angeführte oder andere Angelegenheiten an den Ministerrat zur Überprüfung und Empfehlung weiterleiten.
(iii) Der Exekutivrat wird die Beschlüsse ode Empfehlungen des Ministerrats überprüfen und kann diesen Entscheidungen oder Empfehlungen zustimmen oder diese zur weiteren Erwägung an den Ministerrat zurückverweisen.

2. DER MINISTERRAT
a) Zusammensetzung:
Der Ministerrat setzt sich aus einer gleichen Anzahl von schwarzen und weißen Ministern zusammen. Die schwarzen Minister sollen zu gleichen Teilen von den Leitern der an der Verhandlung beteiligten Delegationen bestimmt werden. Die weißen Minister werden vom Premierminister benannt. Der Vorsitz des Ministerrats wird zwischen schwarzen und weißen Ministern wechseln. Der Premier wird bestimmen, welcher weiße Minister den Vorsitz einnimmt, und die Leiter der an den Verhandlungen beteiligten Delegationen bestimmen, welche schwarzen Miniser den Vorsitz übernehmen. Die Zeitdauer und Reihenfolge werden vom Ministerrat bestimmt.

b) Funktionen:
(i) Der Ministerrat wird nach dem Kabinettsystem arbeiten. Für jeden Geschäftsbereich oder eine Gruppe von Geschäftsbereichen werden je ein schwarzer und ein weißer Minister zuständig sein, die die Verantwortlichkeit teilen.
(ii) Der Ministerrat ist verantwortlich für Gesetzesinitiativen und die Beaufsichtigung der Vorbereitung von Gesetzen, die vom Exekutivrat angeordnet werden können.
(iii) Der Ministerrat wird dem Exekutivrat Empfehlungen zu allen Angelegenheiten, die dieser ihm überweist, und über alle ihm gemäß erscheinenden Angelegenheiten machen.
(iv) Beschlüsse des Ministerrats müssen mehrheitlich verabschiedet werden und unterstehen der Kontrolle des Exekutivrates.

3. DAS PARLAMENT
a) Das Parlament wird seine Funktion während der Dauer der Übergangsregierung weiterführen und aus folgenden Gründen und, wenn der Exekutivrat es für notwendig hält, zusammenzutreffen:
(i) Zur Erlassung eines Beschlusses zur Verfassungsänderung, der nicht in das Parlament gewählte Minister befähigen soll, für die Dauer von höchstens 4 Monaten zu amtieren.
(ii) Zur Erlassung von Gesetzen bezüglich der Registrierung von Wählern.
(iii) Zur Verabschiedung des Haushalts für 1978/79.
(iv) Zur Verabschiedung von Gesetzen oder der Behandlung anderer Angelegenheiten, die von der Übergangsregierung eingebracht werden (z.B. hinsichtlich der weiteren Beseitigung von Diskriminierung).
(v) Zum Beschluß der neuen Verfassung.
(vi) Zur Ernennung von 16 Weißen für die Wahl über die allgemeine Liste für die 8 für Weiße reservierten Sitze.

b) Die Arbeit der verschiedenen Sonderausschüsse und des Rechtskomitees des Senats verbleibt wie bisher.

E. Es besteht ebenfalls Übereinkunft, daß der 31.12.1978 der Tag der Unabhängigkeit sein wird.

Unterzeichnet in Salisbury am 3. März 1978.

BRD – SÜDAFRIKA

Die Dementierpolitik der Bundesregierung und die Aktionen gegen die nukleare Zusammenarbeit

Im September 1975 veröffentlichte die südafrikanische Befreiungsbewegung ANC eine Dokumentation über die nukleare und militärische Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika. Dank der Nicht-Berichterstattung der bürgerlichen Presse blieb die, mit vertraulichen Schreiben und Dokumenten aus der südafrikanischen Botschaft reich versehene Dokumentation des ANC, der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbekannt.
Auf eine detaillierte Presseerklärung über die umfangreiche militärische Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Südafrika im November 1976 reagierte das Auswärtige Amt mit einem Memorandum, welches am 28. Januar 1977 vom Leiter des Afrika-Referats der Politischen Abteilung des AA, Müller, an neun ausgewählte Journalisten und später an die Botschaften der OAU-Staaten verteilt wurde (siehe blätter des iz3w, Nr. 63/77). Eine erweiterte und fortgeschriebene Dokumentation über die nukleare und militärische Zusammenarbeit wurde Mitte '77 vom ANC in Bonn der Presse übergeben.

Aktionen der AAB

Die „Anti-Apartheid-Bewegung" und Mitglieder verschiedener Dritte-Welt-Solidaritätsgruppen kämpfen gegen die Lieferfirmen und die Politik der Bundesregierung mit Strafanzeigen, Demonstrationen und Handzettelaktionen. Motiviert durch zahlreiche Informationsveranstaltungen und andere Aktionen der AAB entschlossen sich vielerorts interessierte Gruppen und Einzelpersonen zu persönlichen Protestbriefen und entsprechenden Anfragen an die verantwortlichen Minister und an ihre jeweiligen Bundestagsabgeordneten.
Da man in Bonn von Gesetzes wegen auf Anfragen wahrheitsgemäß antworten muß (was die Bundesregierung noch nie gehindert hat, zu lügen, Red.) jedoch andererseits gerade die wahren Fakten über die fortgesetzte Zusammenarbeit zu verbergen trachtet, ist diese Korrespondenz ein interessantes Beispiel für die Bonner Dementier-Politik, die sie auch auf anderen Gebieten betreibt.

Eppler packte aus

Der frühere Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Erhard Eppler, antwortete in einem persönlichen Schreiben auf die Frage,ob er einem Antrag der Essener Firma STEAG zur nuklearen Zusammenarbeit mit Südafrika zugestimmt habe, daß eine entsprechende Kabinettsvorlage auf seine Intervention hin zurückgezogen wurde, daß diese Sache „dann trotzdem von den Staatssekretären Rohwedder und Haunschild weiter betrieben" wurde. (1) (siehe Kasten)
Offenbar wurde selbst Eppler ein Opfer der regierungsamtlichen Verschleierung.

Auf dem Ev. Kirchentag 1977 hatten Mitglieder der Anti-Apartheid-Bewegung in Berlin, Handzettel verteilt, auf denen der MAN-Tochter Gutehoffnungshütte (GHH)

> „Erhard Eppler 4.7.77
> es stimmt: am 10.10.1973 habe ich im Kabinett, schließlich mit Erfolg, gegen eine Zusammenarbeit von STEAG mit der SAR (d.h. Südafrikanische Republik) gekämpft.
> Am 17.10.73 wurde die Vorlage zurückgezogen. Ich meinte, damit sei die Sache erledigt.
> Sie wurde dann trotzdem von den Staatssekretären Rohwedder und Haunschild weiter betrieben, wie ich erst 1975 zufällig erfuhr.[1]
> Mit freundlichen Grüßen Ihr Eppler"
>
> 1) 1975 erschien die Dokumentation des ANC über die nukleare Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika

vorgeworfen wurde, für die Urananreicherungsanlage in Pelindaba Teile zu produzieren (Titel: MAN – Atombomben für Südafrika"). Da auf einer Seite des Flugblattes eine Notiz der STEAG (siehe Kasten) als Dokument veröffentlicht war, zog diese Aktion eine wahre Flut von Protestbriefen an die zuständigen Stellen und die Firma MAN nach sich. Der Bundeswirtschaftsminister ließ auf fast alle Anfragen seinen Mitarbeitern Hein antworten und teilweise unhaltbare Behauptungen verbreiten. Obwohl MAN bereits am 2.2.1977 in einer Presserklärung u.a. mitteilte: „. . . Die GHH Sterkrade AG, eine 100%ige Tochtergesellschaft der MAN, liefert seit Jahrzehnten weltweit Verdichter für die verschiedensten Anwendungsgebiete. So liefert sie auch seit Jahrzehnten Verdichter für den Bergbau, die chemische und die Eisenhüttenindustrie nach Südafrika. Um die Auslastung der Fertigungsbetriebe zu sichern, bemüht sie sich auch in Zukunft um Aufträge aus aller Welt für alle Einsatzgebiete..."
So hieß es in einer Antwort von Hein an ein Mitglied des iz3w u.a.: „Die Firma MAN sowie ihre Tochterfirma GHH bestreiten entschieden, Verdichter für eine Urananreicherungsanlage nach Südafrika geliefert zu haben oder liefern zu wollen. Entsprechende Nachforschungen haben keine Anhaltspunkte für gegenteilige Vermutungen erbracht ..." (2)
In einer Antwort auf Fragen des MdB Heinz Schreiber, ließ der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, Grüner, wissen, daß „die Ausfuhr von Verdichtern mit bestimmten technischen Merkmalen genehmigungsbedürftig ist." (3) Eine Strafanzeige des AAB-Mitglieds Wolff Geisler wegen eben dieser Ausfuhr wurde von der Bonner Staatsanwaltschaft an die (nicht zuständige) Justiz in Nürnberg-Fürth übergeben – und endete mit der Einstellung des Verfahrens. Statt bei GHH Sterkrade in Oberhausen, dem Produzenten der Verdichter,der Sache nachzugehen, war man nach Nürnberg in die MAN-Werke gereist – und konnte dort nichts feststellen, was ja auch ausge-

schlossen war. Gegenüber einem Frager aus Neuwied verstieg sich Hein in der wahrheitswidrigen Behauptung, die Bundesregierung habe „die wiederholten Vorwürfe einer militärischen und nuklearen Zusammenarbeit schon mehrmals öffentlich entkräftet..." Auf diese und auf ebenso im Brief enthaltene Behauptung: „... Es istnicht bekannt, ob und in welchem Umfang deutsche Techniker an der Entwicklung des Anreicherungsverfahrens in Südafrika mitgearbeitet haben ..." (4) reagierte der solchermaßen Beschiedene mit einer Strafanzeige bei der Bonner Staatsanwaltschaft gegen Herrn Hein wegen Verdachts der Mittäterschaft beim ungenehmigten, genehmigungspflichtigen Export von Teilen zur Produktion von Atomwaffenmaterial. Auch diese Anzeige wurde wenig später eingestellt mit der Begründung, es gebe keinen Hinweis auf eine Beteiligung von Bediensteten des Bundeswirtschaftsministeriums an nach Außenwirtschaftsrecht genehmigungsbedürftigen Exporten. (5)
Dies stimmte bekanntlich ebenso wenig wie die Antwort eben dieses Ministeriums (Ausführlich zu den Beweisen: vgl. „blätter des iz3w" Nr. 49 und Nr. 63, sowie die Broschüre der Antiapartheidbewegung „Die atomare Zusammenarbeit BRD – SAR", zu bestellen bei der Anti-Apartheid-Bewegung, Buschstr. 20, 5300 Bonn).

STEAG
Kerntechnische Anlagen

Essen, 25. Nov. 1975
Wen/Bl

Notiz

Betr.: Ausfuhrgenehmigung für Nuclear-Komponenten

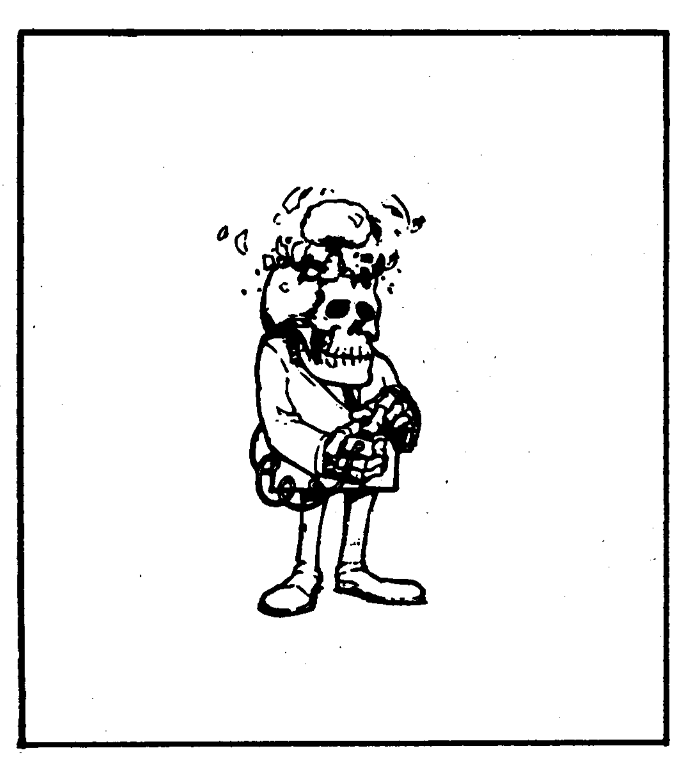
H. Prof. Fiedler teilte mir telefonisch mit, daß er am 24.11.75 an einer Besprechung im Wirtschaftsministerium in Bonn teilnahm mit dem Ziel, die Verdichter für Urananreicherungsanlagen von den Exportauflagen freizubekommen. H. Fiedler ist der Meinung, daß die Maschinen dieser Kontrolle in Zukunft nicht mehr unterliegen werden, da man seitens GHH so argumentierte, daß es sich hierbei im Grunde um völlig normale Verdichter handelt.
Was jedoch für alle an der Verbreitung des Trenndüsenverfahrens Interessierte wichtig ist, war die Ankündigung des ebenfalls anwesenden H. Heil (BMFT), daß dieser alle Hebel in Bewegung setzen werde, um das gesamte Trenndüsenverfahren unter Ausfuhrgenehmigung zu stellen. Es empfiehlt sich deshalb, H. Prof. Becke schnellstmöglich von diesem Trend zu informieren, so daß die geringe militärische Bedeutung des Verfahrens schnellstmöglich glaubhaft dargestellt wird.

gez. Wenzel

D: Herrn Dr. Völcker
Herrn Geppert

Auch Genscher läßt lügen

„Nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen haben deutsche Firmen weder Anlagen noch irgendwelche anderen Leistungen für die Anreicherungsanlage in Südafrika zur Verfügung gestellt. (die südafrikanische Anlage arbeitet nicht nach dem Trenndüsenverfahren)" (6)
Durch die Tatsachen wird diese Aussage zur Lüge. Verwunderlich ist auch, daß der Bundestagsabgeordnete Dr. Reinhold Staudt (SPD) einen Interessenten aus seinem Wahlkreis wissen ließ, daß „gelegentlich auch die Ausfuhrbestimmungen umgangen" (wurden) und aus diesem Grund die Ausfuhrliste der Außenwirtschaftsverordnung so verän-



dert worden sei, daß technische Weiterentwicklungen zur Trennung von Uran- oder Lithiumisotopen der Ausfuhrgenehmigungsforderung unterliegen. „... Das bedeutet, daß beispielsweise Verdichter in Trennanlagen nach Südafrikanischer Technologie (Trenndüsentechnologie) nicht ohne Genehmigung ausgeführt werden dürfen". (7) Ob der Abgeordnete mehr weiß, als der Außenminister und sein Mitarbeiter Pabsch? Einen Volltreffer im widersprüchlichen Dementi erzielte wohl vorläufig ein Dr. Ohlraun, der ebenfalls im Auftrag des Außenministers antwortete: „...
Nach Kenntnis der Bundesregierung handelt es sich bei dem südafrikanischen Urananreicherungsverfahren um ein spezifisches, von südafrikanischen Wissenschaftlern entwickeltes Verfahren, über das die letzten Einzelheiten im Gegensatz zum deutschen Trenndüsenverfahren noch nicht veröffentlicht sind. Das südafrikanische unterscheidet sich in spezifischen Kenndaten jedoch ganz erheblich vom deutschen. Es besteht keine staatliche Zusammenarbeit ..." (8)
Wie kam Dr. Ohlraum an die „spezifischen Kenndaten" heran, obwohl das südafrikanische Verfahren teilweise noch nicht veröffentlicht ist?

Das Rhodesien-„Embargo"

Angesprochen auf Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik nach Süd-Rhodesien (Red.: Zimbabwe) erklärte ein witerer Mitarbeiter des Außenministers: „... Zu Ihrer Unterrichtung sei mitgeteilt, daß der gesamte Waren- und Zahlungsverkehr mit Südrhodesien genehmigungspflichtig ist, Genehmigungen aber grundsätzlich **n i c h t** erteilt werden. Die Beschränkungen des Wirtschaftsverkehrs mit Südrhodesien kommen daher einem vollständigen Embargo gleich." (9) Vom Bundeswirtschaftsministerium war durch Herrn Haase jedoch zu erfahren: „... Was die behauptete Benutzung angeblicher Militärfahrzeuge durch südrhodesische Truppen betrifft, darf ich darauf hinweisen, daß es sich bei den von der Firma Daimler-Benz hergestellten Unimog-Fahrzeugen um gewöhnliche (Last-)Kraftwagen handelt, die weder von den UN-Sicherheitsresolutionen noch von dem Genehmigungserfordernis des Außenwirtschaftsrechts erfaßt werden. Die Ausfuhr dieser Fahrzeuge ist daher weltweit liberalisiert." (10) Ein Kommentar ist hier wohl überflüssig.

Fazit: Zuerst bestreiten die Bundesregierung und die beteiligten Firmen jeglichen Kontakt mit den rassistischen Regimen. Tauchen Dokumente auf, die die Zusammenarbeit b e w e i s e n, dann wird dementiert, verleumdet und vernebelt.
Der breiten Öffentlichkeit wird so die Integrität der westlichen Politik vorgespielt, die sie faktisch nicht hat.
Die Mitglieder der AAB und anderer Gruppen werden auch zukünftig diese Brief-Aktionen fortsetzen.
Wir fordern interessierte Leser auf, sich daran zu beteiligen.
Hier die Adresse der AAB: Buschstraße 20, 5300 Bonn 1, Telefon: 02221/ 211355

Anmerkungen:

1) Pers. Schreiben von Eppler vom 4.7.77
2) Schreiben vom 24.8.1977 (Gesch.-Z. VA 4 - 932-592)
3) Fragestunde des DB Monat Juli Fr. 51 und 52
4) Schr. BMWI v. 8.6.77 (VA 4 - 932 592)
5) St. Anwaltsch. Bonn (50 Js 321/77)
6) Schr. des AA v. 21.10.77 (403-411.10 SUA)
7) Dr. Staudt, Schr. anTDW Darmstadt o. Datum
8) AA-Schr. v. 21.10.77 (403-411.10 SUA)
9) Schr. des AA v. 21.11.1977 (320(312) - 321.00 SUA)
10) Schr. des BMWI v. 9.2.77 (VA 4 - 932 592)

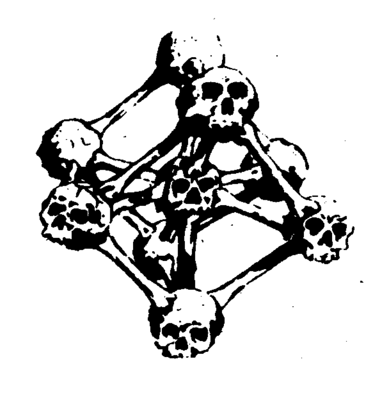
Heinrich Stüber



Zeitung der ZANU

Seit einiger Zeit gibt die ZANU (Zimbabwe African National Union) –Vertretung für Skandinavien in Stockholm die Zeitschrift „ZIMBABWE CHIMURENGA" heraus. Sie besteht aus Editorials von ZANU insidern, Berichten von der Solidaritätsbewegung in Europa sowie Nachrichten und offiziellen Verlautbarungen der ZANU und des ANC über den Befreiungskampf in Zimbabwe.
erscheint in englischer Sprache.
Umfang: 18 - 20 Seiten, erscheint monatlich.
Halbjahresabonnement: DM 10,–; Jahresabonnement: DM 19,–. Auslieferung erfolgt nur gegen Vorauszahlung. Vertrieb durch:
Komitee Südliches Afrika, Projektgruppe Zimbabwe
Postfach 103368, 6900 Heidelberg

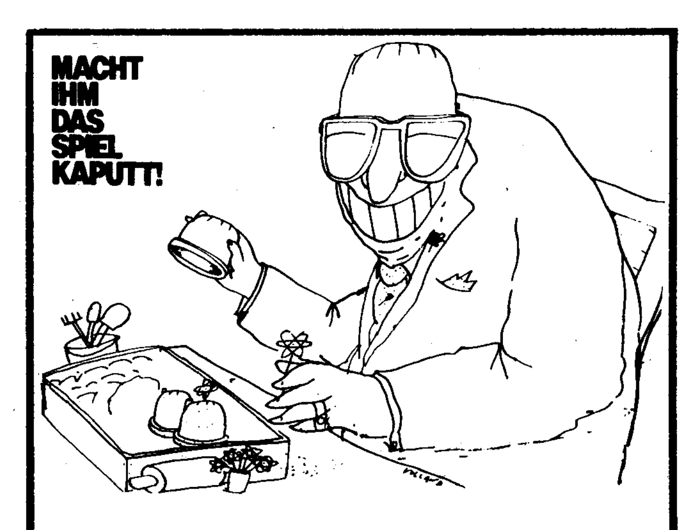




Die atomare Zusammenarbeit: Bundesrepublik – Südafrika

Diese verständlich geschriebene Broschüre stellt wichtige Aspekte der Zusammenarbeit zwischen der BRD und der Republik Südafrika auf dem Gebiet der Nukleartechnik dar. Sie zeigt dabei insbesondere auf, welche Gefährdung eine Atomwaffe in den Händen der südafrikanischen (weißen) Regierung bedeutet. Positiv hervorzuheben ist, daß die Broschüre nicht nur die Gefahren aufzeigt, sondern auch Vorschläge für Aktionen detailliert aufzeigt. (S. 20-25).
Eine Dokumentation von Zeitungsartikeln rundet die Broschüre ab.
Umfang: 40 S., DIN A 5

Bezugsquelle: Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD
Buschstraße 20, 5300 Bonn
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz
Schliffkopfweg 31 a, 7500 Karlsruhe 21



Studentenparlament Bonn: Gelächter über Steve Biko

Ein Studentenparlamentsmitglied der Institutsgruppen: Szene aus dem SP vom 27.10.77

„Kommilitonen, am 12.9. starb in einem südafrikanischen Gefängnis der Widerstandskämpfer Steve Biko ... (bravorufe aus der RCDS- und LA-Fraktion) ... Er kämpfte gegen das unmenschliche und undemokratische rassistische Regime in ... (Gelächter aus der RCDS- und LA-Fraktion) ... Südafrika. Dieses Regime wird heute noch z.B. von der CDU und vielen deutschen Wirtschaftsunternehmen gestützt: Steve Biko starb an den Folgen der Folter ... (Gelächter aus der RCDS- und LA-Fraktion) ... Ich bitte um eine Gedenkminute für Steve Biko."
Diese Gedenkminute fand dann statt.

aus einer Informationsbroschüre der Fachschaften Pädagogik, Philosophie, Kommunikationsforschung, Soziologie, Bonn

ARGENTINIEN

Unterdrückung und Widerstand – der politische Hintergrund der Fußballweltmeisterschaft

„Zwar hat der Terror der Diktatur seine Auswirkungen gehabt, aber heute herrscht das Bewußtsein vor, daß man trotz der Angst kämpfen muß, weil es kaum noch möglich ist, zu leben."
(Armando Croatta, Gewerkschaftsführer)

Im kommenden Juni findet bekanntlich die Fußballweltmeisterschaft in Argentinien statt. Bekannt ist auch, daß die argentinische Regierung aus Militärs besteht. Die Militärs kamen am 24. März 1976 durch einen Putsch an die Macht, mit dem die Regierung Isabel Peron gestürzt wurde.

Bürgerliche Zeitungen in Europa sehen Militärputschs in Lateinamerika gerne als Operettenschauspiel und als Ausdruck typisch lateinamerikanischer Mentalität an. Tatsache ist jedoch, daß hinter jedem dieser Putschs politische und wirtschaftliche Interessen stehen und nicht der Laune eines zu heiß gebadeten Offiziers entspringen. Ebenso verhält es sich mit der Fußballweltmeisterschaft. Trotz der Nebelwerfer in den Sportredaktionen und im Deutschen Fußballbund, die die Fußballweltmeisterschaft als Sportereignis ersten Ranges herausputzen wollen, werden die politischen und wirtschaftlichen Interessen, die hinter dem „Fußballfest" stehen, immer deutlicher.

Vorgeschichte und Hintergründe des Putschs vom 24. März 1976

Die Militärjunta unter General Videla, die am 24. März 1976 die Macht übernahm, trat unter der Devise der „nationalen Reorganisation" an. Sie nannte als Ziel, das „politische, ökonomische und institutionelle Chaos" zu beseitigen und die Gesellschaft „neu zu ordnen".

Richtig ist daran nur so viel, daß die Wirtschaft Argentiniens in den Jahren vor dem Putsch in eine tiefgreifende Dauerkrise geraten war.
Die Produktivität hatte nachgelassen. Die Industrie wies ein Minuswachstum von 3,2%, die Landwirtschaft eines von 2,5% auf. Der Staatshaushalt hatte ein Defizit von 60%. Die Inflationsrate betrug allein 1975 335%; Argentinien war damit nach Chile das Land mit der zweithöchsten Inflationsrate in der Welt. Das bestehende Zahlenbilanzdefizit verschlechterte sich ständig. Die Devisenreserven lagen um 42,8% niedriger als im Vorjahr. Argentinien war mit 8,95 Mrd. US-Dollar gegenüber anderen Ländern und Kreditorganisationen verschuldet. Mit einem Rest von 23 Mill. US-Dollar frei verfügbarer Devisen war das Land praktisch zahlungsunfähig. Der Bankrott stand ins Haus. Die herrschenden Klassen suchten ihr Heil in Spekualtionsgeschäften, Schmuggel, Kapitalflucht, Warenhortung und Massenentlassungen.
Die Situation des argentinischen Volkes wurde immer verheerender. Z.B. stiegen im letzten Monat vor dem Militärputsch die Großhandelspreise um 53,8%. Die erkämpften Lohnsteigerungen konnten nicht im entferntesten mit der Inflation und den Preissteigerungen mithalten. Infolge der Warenhortung, des dadurch geförderten Schwarzmarktes und dessen überhöhten Preisen waren viele wichtige Konsumgüter für die werktätige Bevölkerung praktisch nicht mehr zu erlangen. Durch Stillegung von Produktionsstätten verloren Arbeiter ihren Arbeitsplatz. Die Zahl der Arbeitslosen kletterte nach offiziellen Angaben auf über 10% der erwerbstätigen Bevölkerung. Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen war allerdings wesentlich höher.

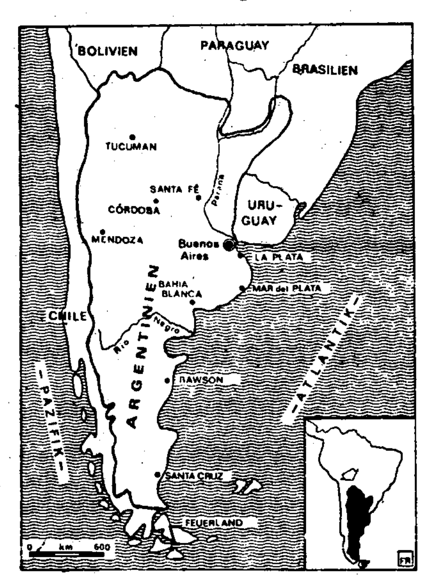
Der Widerstand gegen die zunehmende Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen wuchs daher und drückte sich in ständigen Streiks, Fabrikbesetzungen und anderen Formen des Arbeitskampfes aus.

Die verstärkte soziale Unruhe versuchte die Regierung Isabel Peron durch Außerkraftsetzung demokratischer Rechte in den Griff zu bekommen. Seit dem 4. 11. 1974 befand sich Argentinien schließlich im Ausnahmezustand.

Ein Generalstreik im Juli 1975 zeigte in aller Deutlichkeit die Entschlossenheit des argentinischen Volkes, nicht länger eine Verschlechterung seiner Arbeits- und Lebensbedingungen hinzunehmen. Für mehrere Wochen wurde die Produktion des Landes zum Stillstand gebracht. Die ökonomische Krise begann, sich zur politischen Krise der Regierung Isabel Peron auszuwachsen. Infolge der Massenstreiks und Massendemonstrationen mußten der Wirtschaftsminister Rodrigo und der „starke Mann" der Regierung, der Wohlfahrtsminister Lopez Rega, zurücktreten. Der Kampf ging danach in allen Bereichen weiter. Weitere Höhepunkte des Widerstands waren die Streikwellen im Oktober und Dezember 1975.

Den letzten Anstoß zum Putsch gab das Scheitern des sog. „Plan Mondelli".
Insbesondere um die katastrophale Auslandsverschuldung abzumildern und wieder zahlungsfähig zu werden, versuchte die Regierung Isabel Peron, Kredite bei ausländischen Banken und beim Internationalen Währungsfonds (IWF), einer von den westlichen imperialistischen Ländern (vor allem den USA) beherrschten Kreditorganisation, zu erhalten. Der IWF stellte Bedingungen für die künftige Wirtschaftspolitik der Regierung Isabel Peron. Der Wirtschaftsplan des Wirtschaftsministers Mondelli Anfang 1976 spiegelte diese Bedingungen im wesentlichen wider. Er war ein zentraler Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung.
Neben einer Geldabwertung von 52,1% sah der „Plan Mondelli" Tariferhöhungen bei Strom um 80%, bei den öffentlichen Verkehrsmitteln um 50 bis 150% und eine Erhöhung der Benzinpreise um 78% vor. Die Löhne sollten einmalig um 12% angehoben werden, danach war ein Lohn- und Preisstopp für 180 Tage vorgesehen. Gegen den „Plan Mondelli" wurde sofort der Kampf organisiert, der schnell an Tiefe und Umfang gewann. Die Regierung Isabel Peron er-

wies sich als unfähig, die Kämpfe einzudämmen. Zonale und regionale Koordinationsgremien der Betriebskommissionen und Vertrauensleutekörper riefen am 6. März 1976 zum Generalstreik gegen den „Plan Mondelli" auf. Um dem Widerstand die Spitze zu brechen, verkündete die Regierung Lohnerhöhungen um 20%. Die Arbeiter forderten jedoch weiterhin 50% mehr Lohn zusätzlich zu den 20%. Die Streiks weiteten sich über das ganze Land aus.



Die peronistische Gewerkschaftsbürokratie, die mit der Regierung Isabel Peron zusammenarbeitete und die es in der Vergangenheit noch meistens geschafft hatte, die Arbeiterkämpfe mit den Mitteln der Täuschung, des Betrugs und der offenen Unterdrückung durch Schlägertrupps und Mordkommandos zu spalten, zu desorientieren und niederzuhalten, hatte – was sich bereits in den Kämpfen im Frühjahr und Sommer 1975 entwickelt hatte – ihren Einfluß auf die Arbeiterbewegung vollständig verloren. Der totale Verlust der Kontrolle über die Arbeitermassen wird aus der Antwort des Generalsekretärs der CGT La Plata deutlich, die dieser auf die Frage gab, welche Maßnahmen die Gewerkschaftsführung gegen den „Plan Mondelli" ergreifen werde: „Die Basis hat schon das ausgerufen, was sie für richtig hält: den Generalstreik. Uns sind die Verbindungen zu denen abgebrochen, die in Wirklichkeit die Kampfmaßnahmen bestimmen . . . Für uns ist es unmöglich, die Basis zu kontrollieren".

Das begrenzte Vertrauen, das die herrschenden Klassen der Regierung Isabel Peron und der mit ihr verbundenen Gewerkschaftsbürokratie entgegengebracht hatten, war damit endgültig gebrochen. Die Regierung Isabel Peron und die Gewerkschaftsbürokratie waren für die Interessen des Auslandskapitals und der einheimischen Großgrundbesitzer und Großindustriellen verschlissen. Das ausländische Kapital, vor allem das US-Kapital, das in Argentinien die wichtigsten Industriezweige, große Teile der Landwirtschaft, des Bank- und Versicherungswesens sowie die entscheidenden Bereiche der Infrastruktur beherrscht, sah seine Profitinteressen aufgrund des starken Widerstands der werktätigen Bevölkerung und der Unfähigkeit der Regierung, diesen zu brechen, gefährdet.

Das imperialistische Kapital hat an Argentinien ein besonderes Interesse. Aufgrund des – im Verhältnis zu anderen Ländern der 3. Welt gesehen – hohen Industrailisierungsgrads und des mit der Industrialisierung beschleunigten Wachstums kaufkräftiger Mittelschichten stellt Argentinien einen guten Absatzmarkt für Investitions- und Konsumgüter dar. Die Arbeiter haben einen – für lateinamerikanische Verhältnisse – hohen Qualifikationsgrad erreicht, der es ausländischen Unternehmen erlaubt, auch Produktionszweige mit komplizierter Fertigung nach Argentinien zu verlagern. Gleichzeitig können die – im Vergleich zu den imperialistischen Ländern – niedrigen Löhne ausgenutzt werden. Die entwickelte Infrastruktur (Strassen- und Fernmeldenetz, Energieversorgung usw.) ermöglicht eine schnelle Verteilung importierter Waren und eine schnelle Verschubung inländischer Bodenschätze und Landwirtschaftsprodukte ins Ausland. Schließlich bietet Argentinien eine Fülle noch nicht entdeckter, aber vermuteter, sowie bereits entdeckter, aber noch nicht geförderter Rohstoffe, in deren Nähe die imperialistischen Unternehmen produzieren lassen wollen, weil sie dann billiger sind („Standortvorteil").

Wichtigste Bedingung, diese Möglichkeiten auszunutzen, das Kapital zu verwerten und zu realisieren und die Ausbeutungs- und Ausplünderungsinteressen durchzusetzen, ist allerdings, daß „politische Ruhe" herrscht, daß die Ausgebeuteten und Ausgeplünderten keinen nennenswerten Widerstand leisten. Gerade diese so ersehnte „politische Ruhe" vermochte die Regierung Isabel Peron dem imperialistischen Kapital nicht zu garantieren. Trotz zunehmender Unterdrückung der Arbeiterkämpfe, trotz Entführungen, Folter und Mord durch rechtsextreme - paramilitärisch organisierte Terrororganisationen in einem in der Geschichte Argentiniens bis dahin nicht gekannten Ausmaß waren die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Arbeiter, Angestellten, Bauern, Studenten und Schüler nicht einzudämmen.

Das ausländische Finanzkapital betrieb daher mit seinen Mitteln den Sturz der Regierung Isabel Peron. Der IWF lehnte ein abermaliges Kreditersuchen über 126 Mill. US-Dollar ab. Durch Klassifizierung des Landes als „finanzielles Risiko" wurde eine Kreditsperre verhängt. Gleichzeitig setzten die in Argentinien tätigen ausländischen Unternehmen die Regierung von innen unter Druck und halfen, die wirtschaftliche Krise zu verschärfen und endgültig zur politischen Krise der Regierung zu befördern. Die Öl-Konzerne zogen eine große Zahl der für ihre Anlagen ausgebildeten Fachleute ab und legten damit die Produktion lahm. Eine Reihe ausländischer Automobil-Konzerne drosselte die Produktion, führte z.T. Kurzarbeit ein und entließ massenweise Beschäftigte, die das Heer der Arbeitslosen noch vergrößerte.

In dieser Situation putschten die Streitkräfte. Die Oberkommandierenden der drei Teilstreitkräfte unter Führung von General Videla übernahmen die Macht.

Das Programm der Militärjunta zeigt, daß sie politischer Interessenvertreter des Bündnisses zwischen argentinischer Oligarchie und ausländischem Finanzkapital ist

Die Militärjunta verkündete ihr Programm der „nationalen Reorganisation" und „Neuordnung der Gesellschaft".

Eckpfeiler der Wirtschaftspolitik der Junta sind die Förderung der Landwirtschaft und des Exports der Erzeugnisse aus diesem Bereich, der traditionell bis zu 90% der Devisenerlöse einbringt. Auf dem industriellen Sektor sollten nur „effiziente, auf den Auslandsmärkten konkurrenzfähige Industrien" gefördert werden. Argentinien sollte verstärkt „in den Weltmarkt integriert werden. Die Junta versprach, „Leben, Besitz und Interessen der im Lande niedergelassenen Ausländer" zu garantieren und weitere Auslandsinvesti-



Argentinische Polizeitruppe mit US-Ausrüstung



Streikende Arbeiter - Juli 1974

tionen ins Land zu holen. Um den Staatshaushalt zu „sanieren", wurde beabsichtigt, die Zahl der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes drastisch zu senken und die Tarife der öffentlichen Dienstleistungen ebenso drastisch zu erhöhen. Die Entscheidungsbefugnis über Erhöhungen von Löhnen und Preisen ging in die Hände der Junta über (Vgl. „Le Quoditien du Peuple", Paris 10./11. 7. 76, El Cronista v. 5. 5. 76).

Das Programm bedeutete nichts anderes, als daß die Junta beabsichtigte, das Land dem imperialistischen Finanzkapital vollends auszuliefern. Durchsetzbar war es offensichtlich nur über die Senkung der Löhne und Gehälter, über verschärfte Ausplünderung im Reproduktionsbereich und Massenentlassungen. Grundlage des Programms war damit die weitere Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der werktätigen Bevölkerung. Daß dies das argentinische Volk sicherlich nicht widerspruchslos hinnehmen würde, hatte die Vergangenheit gezeigt.

Dementsprechend waren die Reaktionen der herrschenden Klassen auf den Putsch der Militärs sehr gemischt. Bei der argentinischen Oligarchie bewirkte der Machtwechsel zunächst „eine regelrechte Euphorie und außergewöhnlichen Optimismus". Die in Argentinien ansässigen ausländischen Unternehmen waren schon nur noch „erleichtert". Die nordamerikanische Finanzwelt reagierte bei den ersten Kontakten mit Vertretern der Junta zwar „äußerst positiv", jedoch „bei stark abwartender Haltung und leichter Skepsis" (siehe BfA/NfA vom 5. 5. 76 u. NZZ vom 18. 6. 76).

Die Junta trat gehörig in Vorleistung. Die Zugeständnisse, die die Militärs in den nunmehr über 2 Jahren ihrer Herrschaft gegenüber dem ausländischen Finanzkapital gemacht haben, sind enorm.

Unternehmen, die unter der Regierung Isabel Peron verstaatlicht worden waren, wurden ihren ehemaligen Eigentümern zurückgegeben. Unternehmen, die verstaatlicht werden sollten, erhielten die Zusage, daß dies nicht geschehen werde. So wurde das 1974 nationalisierte Tankstellennetz von Exxon und Shell den beiden Öl-Konzernen im Mai 1977 wieder zurückgegeben. Für die Jahre der Enteignung versprach die Junta eine Abfindung. Exxon und Shell hatten vor ihrer Nationalisierung zusammen einen Marktanteil von ca. 20%. Da die anderen nationalisierten Unternehmen im Bereich des Mineralöl-Vertriebs nicht reprivatisiert wurden und diese sich daraufhin zur Aufgabe entschlossen, bedeutet die Reprivatisierung von Exxon und Shell gleichzeitig eine Stärkung ihrer Position in Argentinien (neben der staatlichen Öl–Gesellschaft YPF). Der Haß des argentinischen Volkes gegen die Ausplünderung durch ausländisches Kapital zeigt aber auch in diesem Zusammenhang seine Auswirkungen. „Angeblich" besteht zwischen Exxon/Shell und der Militärjunta ein Übereinkommen, nach dem die beiden Unternehmen 18 Monate lang ihre Markenzeichen und Firmennamen nicht zeigen, „um die Regierung nicht eventuellen nationalistischen Reaktionen auszusetzen und terroristischen Akten vorzubeugen" (NZZ 7. 6. 77). Siemens und ITT wurde zugesagt, daß die gegen sie unter der Regierung Isabel Peron eingeleiteten Verfahren wegen Betrugs des argentinischen Staates (vgl. iz3w Nr. 50) eingestellt würden, daß die beabsichtigte Verstaatlichung nicht vorgenommen werde und daß die beiden Unternehmen zudem noch einen gewaltigen Entschädigungsbetrag erhalten würden.
Im November 1977 wurden die 19 Zweigstellen der Banco Argentina de Comercio, die 1974 von der Regierung Isabel Peron übernommen worden war, den Eigentümern zurückgegeben. Dazu gehören neben der Chase Manhattan Bank (70% Beteiligung) u.a. die Deutsch-Südamerikanische Bank mit 22% Anteil. Zusätzlich erhielt die Banco Argentina de Comercio noch die Genehmigung, zehn weitere Filialen in Argentinien zu eröffnen und somit ihren Einflußbereich zu vergrößern (FR 23. 11. 77).
Im August 1977 begann die Regierung, ca. 20 verstaatlichte Betriebe an Privatkapitalisten zurückzugeben oder zu verkaufen. Dazu gehören u.a. so wichtige Unternehmen wie Swift La Plata (Fleischverarbeitung), Papelera del Norte de Santa Fe (Papierindustrie) und die Compania Azucarera Tucuman (Zuckerindustrie).

Um ausländisches Investitionskapital ins Land zu holen, erließ die Junta eine Reihe von Gesetzen, die die Grundlage dafür bieten, daß Argentinien noch stärker zum Tummelplatz des ausländischen Finanzkapitals wird.
Das „Gesetz über Investitionen aus dem Ausland" vom August 1976 erlaubt ausländischen Unternehmen unbeschränkte Kapital- und Gewinnrückführungen nach einer geringfügigen Steuerabgabe. Auf diese Weise kann in verstärktem Umfang dem Land Kapital entzogen werden, das es dringend für den Aufbau einer an den nationalen Bedürfnissen orientierten Wirtschaft benötigt.



Ende Juli 1977 wurde das „Industrieförderungsgesetz" verabschiedet. Die Neue Züricher Zeitung frohlockte: „Sein bedeutendster Unterschied zu den vorherigen Bestimmungen ist die Ausdehnung der Vergünstigungen und Anreize auf die in Argentinien domizilierten ausländischen Unternehmen und Investoren" und weiter: „Das neue Industrieförderungsgesetz liefert eine der grundlegenden Entscheidungshilfen für kommende Investitionen, insbesondere aus dem Ausland" (NZZ 19. 8. 77). Die „hauptsächlichen Maßnahmen" bestehen in der „Bereitstellung von Steuersenkungen und -befreiungen, in Zollaussetzungen und -senkungen, die Einfuhrauflagen und -beschränkungen" (NZZ 19. 8. 77), Die Ruinierung nationaler Unternehmen, die gleichartige Produkte wie die so begünstigten ausländischen Unternehmen herstellen, ist schon eingeplant. Das argentinische Staatssekretariat für industrielle Entwicklung hat keinerlei Kontroll- und Steuerungsbefugnisse mehr, es hat lediglich dafür Sorge zu tragen, daß schon bestehende Industrien „nicht über Gebühr" (NZZ 19. 8. 77) geschädigt werden.
Schließlich trat am 16. 8. 77 das „Gesetz zur Übertragung von Technologie aus dem Ausland" in Kraft. Die Bereitstellung von Technologie wird von den Imperialisten allemal dazu genutzt, die eigenen Profite zu mehren, eigene Waren abzusetzen und sich die Produktionsergebnisse des Landes, in das die Technologie geliefert wird, anzueignen. In diesem Sinne heißt es auch in Art. 8 des Gesetzes u.a.: „Für den Fall, daß der Empfänger von Technologie oder

BODENSCHÄTZE UND INDUSTRIESTANDORTE

STAT. BUNDESAMT 8045

LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI

STAT. BUNDESAMT 8044

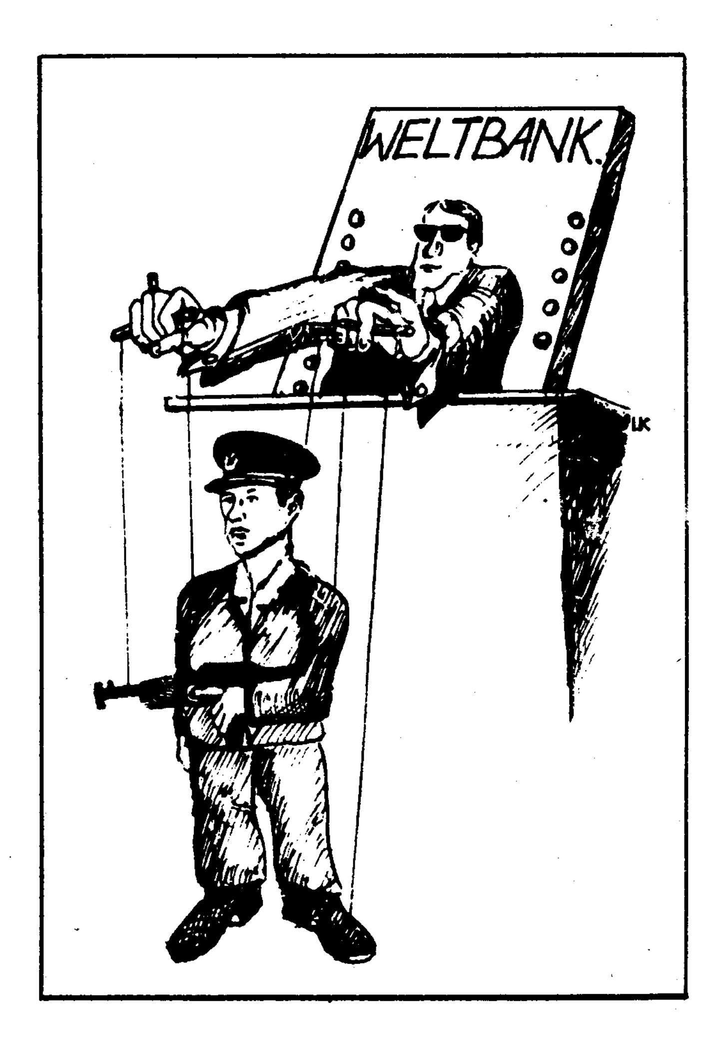
Warenzeichen gezwungen (!) ist, Kapitalgüter, Bestandteile, Rohstoffe oder Ersatzteile von den Technologie- oder Warenzeichengebern zu erwerben oder diesen seine Produktion zu veräußern (!) . . . ".
Durch das „Gesetz über Investitionen aus dem Ausland", das „Industrieförderungsgesetz" und das „Gesetz zur Übertragung von Technologie aus dem Ausland" ist die Gesetzgebung über Auslandsinvestitionen „abgerundet" (NZZ 19. 8. 77). Auslandsinvestitionen sind nun „von der legislativen Seite her optimal gesichert", freute sich der „Unternehmensberater" von der NZZ; jetzt sollten „wirtschaftliche Interessen wieder mehr in den Vordergrund treten" (NZZ 19. 8. 77). Im Klartext: Die Militärjunta hat eine wichtige Vorbedingung erfüllt, die ausländischen Kapitalisten mögen nun zur fröhlichen Profitjagd aufbrechen.

Auch im Bereich der Erforschung, Förderung und Verarbeitung der Naturreichtümer Argentiniens wird dem Auslandskapital Tür und Tor geöffnet..
Argentinien verfügt über riesige Erdöl- und Erdgasvorkommen, vor allem unter dem Meeresboden vor der Küste. Energie-Rohstoffen wie Erdöl und Erdgas kommt in der Entwicklung eines jeden Landes immer größere Bedeutung zu. Der ehemalige Energieminister Zubaran meinte im Mai, ohne Unterstützung des nationalen und ausländischen Privatkapitals werde Argentinien in seiner Energie-Entwicklung in Rückstand geraten. Daher sei es notwendig, die Verträge mit privaten Energie-Unternehmen zu reaktivieren und die Beziehungen zu internationalen Kreditorganisationen wiederaufzunehmen (Monitor-Dienst 16. 5. 77). Dies hören die Imperialisten gern, erlaubt es ihnen doch den direkten Zugriff auf diese wichtigen Rohstoffe, die Verbilligung ihrer Produktion in Argentinien und die Schaffung weiterer Abhängigkeitsstrukturen. Im Oktober 1977 war der Nachfolger von Zubaran, Brunella, mit einer Delegation unter Führung des Wirtschaftsministers Martinez de Hoz auf Europa-Reise, um die Vertrauenswürdigkeit der Militärjunta darzustellen. Nach seiner Rückkehr nach Argentinien berichtete Brunella, eines der Ziele der Reise sei gewesen, das Interesse von Bankiers und Geschäftsleuten zu wecken, Angebote für Ölschürfungen und eventuelle Ausbeutungen in dem Gebiet bei Feuerland vorzulegen. Die Antwort sei „lebhaft" gewesen und es seien viele Fragen gestellt worden (Monitor-Dienst 2. 11. 77). Man kann sich vorstellen, daß die Fragen vor allem dahingingen, in welchem Maße die Militärjunta bereit sei, die Rohstoffe Argentiniens an das

ausländische Finanzkapital auszuliefern. Das Ergebnis der Gespräche war für die Beteiligten offenbar zufriedenstellend. Am 16. 1. 78 wurde eine internationale Ausschreibung für Erforschung und Versuchsböhrungen vor der argentinischen Feuerland-Küste eröffnet. Sechs namentlich noch nicht bekannte Erdölgesellschaften zeigten bisher „großes Interesse" an dem Vorhaben (HB 5. 1. 78). Die Kupferminen sollen unter Beteiligung von US-Konzernen ausgebeutet werden (HB 11. 6. 77).
Ausländischen Firmen soll südlich des 40. Breitengrades das Fischfangrecht zugestanden werden (FAZ 16. 1. 78) und westdeutschen Unternehmen wurde die Zusage gemacht, die Kontrolle über den Aufbau einer Fischverarbeitungsindustrie zu erhalten.

Am Infrastruktur-Sektor tut sich ebenfalls einiges. Das Fernmelde-System soll bis 1981 in großem Umfang erneuert und erweitert werden. 865.000 neue Telefon-Apparate und fast 10.000 Telex-Geräte wird das staatliche Nachrichten-Monopolunternehmen ENTEL installieren. Das Fernschreibnetz soll in diesem und dem nächsten Jahr durch ein elektronisches System ersetzt werden. „Zu den mit Aufträgen bedachten Firmen gehören die Siemens Argentina und die Standard Electric Argentina", eine Tochtergesellschaft der berüchtigten ITT (NZZ 8. 3. 78).

Das großzügige Entgegenkommen der Militärjunta honorierte das ausländische Finanzkapital ebenso großzügig. Argentinien erhielt wieder Kredite. Kredite, die die Militärjunta zur Aufrechterhaltung seiner eigenen Herrschaft dringend benötigte und die andererseits dem ausländischen Finanzkapital eine weitere Möglichkeit bietet, Argentinien über die vergrößerte Schuldenbelastung in zunehmende Abhängigkeit zu bringen.
Bereits einen Tag nach der Machtübernahme durch die Militärs bot der IWF der Junta den der Regierung Isabel Peron vorenthaltenen Kredit von 126 Mill. US-Dollar an und stellte einen Stand-By-Kredit von weiteren 300 Mill. US-Dollar in Aussicht.
Die Weltbank gewährte der argentinischen Entwicklungsbank allein 1976/77 3 Kredite über insgesamt 520 Mill. US-Dollar, nachdem in den davor liegenden 20 Jahren lediglich 532 Mill. US-Dollar bereitgestellt worden waren.
Diese Kreditzusagen zogen andere Kredite einzelner Banken oder Bankkonsortien nach. Ein wahrer Kreditstrom ergoß sich über Argentinien.
Ein Londoner Bankenkonsortium unter Führung der Multinational Bank gab einen Kredit im Wert von 100 Mill. US-Dollar mit einem Zinssatz, der 1,75% über der Londoner Interbankrate liegt. Zusätzlich wurde eine einmalige Kommissionsgebühr von 1,25% des Gesamtwerts erhoben.
Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank sagte 2 Kredite von insgesamt 47,5 Mill. DM für die Fertigung von nuklearen Brennelementen für das Atomkraftwerk Atucha zu,
Ein internationales Bankenkonsortium unter Leitung der Bank of Tokyo und der Interamerikanischen Entwicklungsbank unterstützte den Ausbau der argentinischen Papierindustrie durch einen Kredit von 83 Mill. US-Dollar.
Die Bank of America und Lloyds of London gaben 100 Mill. US-Dollar, ein nordamerikanisches Bankenkonsortium unter Beteiligung von 7 US-Banken und einer kanadischen Bank 50 Mill. US-Dollar, ebenso viel die Londoner Euro-Latinamerican Bank, ein anderes Bankenkonsortium in New York gab 250 Mill. US-Dollar.
Die International Finance Corporation, eine Tochtergesellschaft der Weltbank, stellte 2 Privatunternehmen in Argentinien (Soyex und Alpargatas) Kredite in Millionen-Höhe zur Verfügung.
Zwei Kredite im Wert von 290 Mill. US-Dollar kamen von der Banco de Espana.



„Zur Stärkung der Zahlungsbilanz und Sicherung der Inflationsbekämpfung" (NZZ 5. 10. 77) griff nochmals der IWF den Militärs mit einem Stand-By-Kredit über 185 Mill. US-Dollar unter die Arme.

Im Zusammenhang mit der Geldbeschaffung sind noch zwei Anleihen zu erwähnen, die Argentinien im Oktober 1977 und Februar 1978 in der BRD auflegte und mit denen Argentinien jeweils 100 Mill. DM aufnahm.

Das über Kredite und Anleihen beschaffte Kapital wird hauptsächlich zur Verbesserung und Ausweitung der argentinischen Infrastruktur (Energieversorgung, Fernmeldewesen, Verkehrslinien, Transportwesen) verwendet. Neben der vergrößerten Schuldknechtschaft Argentiniens über die Pflicht zur Zahlung von Zinsen, Zinseszinsen und einmaligen Gebühren bringt die Verwendung der Kredite und Anleihen einen weiteren Nutzen für das imperialistische Kapital. Durch Verbesserung und Ausweitung der Infrastruktur wird eine zusätzliche Bedingung erfüllt, die für das einzelne ausländische Unternehmen Investitionen in Argentinien interessant macht.

Die Konkurrenz unter den imperialistischen Ländern um die Einflußphäre Argentinien hat sich in den letzten Jahren verschärft

Lateinamerika steht seit Jahrzehnten unter der ökonomischen und politischen Vorherrschaft der USA. Die USA sind der größte Kreditgläubiger des Landes. Das in Argentinien investierte Auslandskapital kommt mit Abstand zum größten Teil aus den USA. Die Nordamerikaner stehen darüber hinaus an 1. Stelle der Warenlieferanten.

Auch das westdeutsche Kapital hat es in Argentinien zu etwas gebracht.
Bis 30. 6. 77 erreichten die westdeutschen Nettokapitalleistungen für Investitionen in Argentinien einen Wert von 590,0 Mill. DM. Dieser Betrag hält zwar einen Vergleich mit dem Wert der westdeutschen Kapitalanlagen in Brasilien (3.746,9 Mill. DM am 30. 6. 77) nicht stand; Argentinien ist jedoch in Lateinamerika das Land mit dem zweithöchsten Wert an westdeutschem Investitionskapital. Besondere Bedeutung erhalten die westdeutschen Investitionen in Argentinien dadurch, daß die westdeutschen Unternehmen oft in ihrer Branche marktbeherrschend sind. Z.B. liefert Mercedes-Benz 95% aller im öffentlichen Nahverkehr eingesetzten Busse. Siemens beherrscht zusammen mit Standard Electric (ITT) das Telefon- und Nachrichtenwesen. Außerdem baute der Großkonzern in Atucha das 1973 eingeweihte erste Atomkraftwerk auf lateinamerikanischem Boden. Hoesch liefert 70% aller in Argentinien benötigten Spann- und Springfedem und stellt die Hälfte aller Blattfederstoßdämpfer her. 60% aller Motorkolben kommen von der Fa. Buxton, an der westdeutsches Kapital beteiligt ist. Osram und die Brauerei Bieckert nehmen in ihren Branchen jeweils die 2. Stelle ein.

Bateco, ein Tochter-Unternehmen von Varta, gehört zu den bedeutendsten Akkumulatorenfabriken. (Die eben genannten Daten beziehen sich, soweit eine Zeitangabe fehlt, auf das Jahr 1966, dürften aber in etwa auch heute zutreffend sein).
Die Stärke des BRD-Imperialismus drückt sich in den Handelsbeziehungen aus. Die BRD war 1976 achtgrößter Abnehmer argentinischer Waren und stand bei den argentinischen Importen 1975 an dritter Stelle hinter den USA und Japan.
In der Liste der Kreditgläubiger nahm die BRD 1976 den 2. Platz hinter den USA und Japan ein. Argentinien schuldete der BRD zu dieser Zeit 1,2 Mrd. US-Dollar (LN Nr. 57 v. 2. 3. 78).

Eine wichtige Stütze des westdeutschen Finanzkapitals ist die deutsche Kolonie in Argentinien, die u.a. zwei deutschsprachige Tageszeitungen herausgibt und über 25 deutsche Schulen verfügt. Nach dem 2. Weltkrieg, als viele deutsche Faschisten in Lateinamerika und besonders gerne in Argentinien untertauchten, war die deutsche Kolonie eine wichtige Schaltstation für die Schaffung der durch den Krieg gekappten Verhinderungen.

Mit der Militärjunta ist das westdeutsche Kapital schon gut ins Geschäft gekommen, wie wir gesehen haben.
„Lateinamerika ist uns näher gerückt – auch aus ganz handfesten Interessen. Lateinamerika ist uns näher gerückt auch, weil Lateinamerika und Europa ein Interesse daran haben, daß nicht die pure Macht oder gar die Supermächte zum Maßstab der Entscheidungen schlechthin werden", sagte Egon Bahr am 9. 7. 76 in einer Rede anläßlich der Eröffnungsveranstaltung einer Lateinamerika-Woche in Bonn. „Wir stellen fest, daß die weltweiten Auseinandersetzungen der Ideologien, der Machtinteressen Lateinamerika voll ergriffen haben".

Außenminister Genscher bekräftigte diese Richtung am 12. 4. 78 anläßlich eines Abendessens zu Ehren der Missionschefs der lateinamerikanischen Länder in Bonn. „In unseren außenpolitischen Prioritäten nimmt Lateinamerika einen wichtigen Platz ein. In der Regierungserklärung vom 17. 12. 76 haben wir dies programmatisch niedergelegt: ‚Die Zusammenarbeit mit den Staaten Lateinamerikas, die meist auf traditionell freundschaftlichen Beziehungen beruht, werden wir in Zukunft weiter ausbauen' " (Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung v. 14. 4. 78). Nichts anderes wollen Bahr und Genscher sagen, als daß das westdeutsche Kapital nun verstärkt in die Konkurrenz um die Absatzmärkte, Kapitalanlagesphären und Rohstoffquellen Lateinamerikas eingreifen werde und daß es dabei dem US-Kapital seinen „Hinterhof" streitig machen wolle.

Gleichzeitig drückte Bahr aus, daß andere Länder, vor allem Japan und die Sowjetunion, ebenfalls angestrengte Versuche unternehmen, in Lateinamerika Fuß zu fassen.

So meldete bereits 1971 die FR: „In Lateinamerika dringt der Ostblock vor" (1. 12. 71).
Die Sowjetunion hat ihren Einfluß in Lateinamerika und auch in Argentinien inzwischen systematisch und kontinuierlich vergrößert.
Haupteinfallstor zur Erweiterung ihrer Einflußsphäre ist für



„Die Art und Weise, wie Argentinien mit dem Terrorismus fertig wird, ist bewundernswert. Wir wissen nicht, was uns noch erwartet, doch glaube ich, daß die deutsche und argentinische Situation Parallelen aufweist."

(IPS, 10.9.77)

Hermann Abs (Deutsche Bank) bei der Vertragsunterzeichnung des 100 Mill. DM - Kredites in Buenos Aires.

die Sowjetunion der Handel. 1971 hatte der Export von argentinischen Waren in die Sowjetunion nur einen Wert von 30,3 Mill. US-Dollar. Mit der Regierung Isabel Peron wurden dann die Handelsbeziehungen dermaßen intensiviert, daß sich der Wert der argentinischen Ausfuhren 1975, also innerhalb von nur 4 Jahren, bereits fast verzehnfacht hatte; in diesem Jahr nahm die Sowjetunion Waren für 288,3 Mill. US-Dollar ab und war damit zweitgrößter Empfänger argentinischer Waren. Seit 1976 ist die Sowjetunion größter Abnehmer. Argentinien exportiert vor allem Landwirtschaftsprodukte und importiert vor allem Industrieerzeugnisse (in allerdings noch geringfügigem Umfang). Über das Versprechen, noch mehr in Argentinien zu kaufen, versucht die Sowjetunion, auch beim Absatz eigener Waren in Argentinien besser ins Bild zu kommen. Im Sommer 1977 bot die Sowjetunion an, ihre Agrareinkäufe in Argentinien auf 600 Mill. US-Dollar jährlich zu erhöhen, wenn Argentinien seine Maschineneinkäufe in der Sowjetunion von 12,5 auf 37,5 Mill. US-Dollar anhebe (SZ 9. 8. 77).

Die Militärjunta billigte schließlich im August 1977 ein bereits unter der Regierung Peron 1974 paraphiertes Abkommen über die Entwicklung der Handelsbeziehungen sowie der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit. Ausgetauscht werden sollen vor allem argentinisches Fleisch, Wolle, Getreide, Saatgut, Zitrusfrüchte, Leder, Schuhe gegen Einrichtungen für die Schwerindustrie und Ausstattungen von Betriebsanlagen. Die Sowjetunion wird an der Errichtung, Erweiterung und Modernisierung von Industrieanlagen beteiligt. Schließlich sollen Patente, Lizenzen und technische Informationen ausgetauscht werden (Monitor-Dienst 16. 6. 77; NZZ 16. 8. 77). Insbesondere will sich die Sowjetunion mit der Lieferung von Maschinen und Technologie am Aufbau der petrochemischen, pharmazeutischen, Papier- und Fernmeldeindustrie beteiligen (SZ 16. 8. 77). Das Abkommen ist für 10 Jahre mit Verlängerungsmöglichkeit abgeschlossen.

Ende August 1977 wurde die Entsendung einer offiziellen argentinischen Delegation in die Länder des COMECON angekündigt (NZZ 23. 8. 77).
Daß Argentinien für die Sowjetunion von besonderem Interesse ist, erhellt sich aus der Tatsache, daß Argentinien 1974 neben Pakistan zu den Hauptkreditempfängern sowjetischer „Entwicklungshilfe" gehörte (Spiegel 21/75).

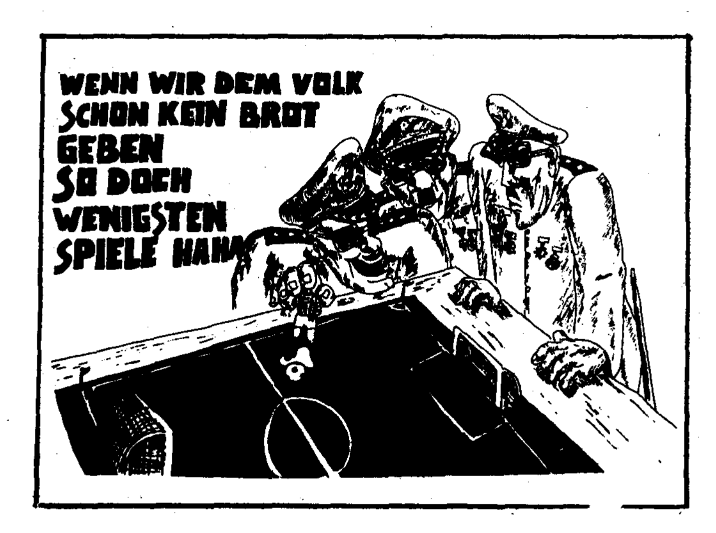
Aber die Sowjetunion scheut auch nicht davor zurück, mit dem Mittel der direkten Aggression die Naturreichtümer der Länder der Dritten Welt auszubeuten.
Im September 1977 wurden 4 sowjetische Fischfangboote innerhalb der von Argentinien wie von den meisten anderen Ländern der 3. Welt beanspruchten 200-Meilen-Zone vor der Küste aufgebracht, als sie die Fischbestände Argentiniens ausbeuteten und damit die Souveränität des Landes verletzten (Monitor-Dienst 23. 9. 77). Anfang Oktober wurden 2 bulgarische und 2 weitere sowjetische Trawler beim Fischen ertappt. Erst nach einer gewaltsamen Auseinandersetzung, bei der ein Kreuzer der argentinischen Marine von seinen Bordkanonen Gebrauch machen mußte, weil die eingedrungenen Schiffe Warnungen nicht Folge leisteten, konnten die Trawler dazu gezwungen werden, in den Hafen Puerto Madryn einzulaufen. Die Kapitäne wurden vor Gericht gestellt und zeitweise festgesetzt (FR 3. 10., NZZ 4. 10. 77).

Dem Vorgehen anderer imperialistischer Länder sehen die USA selbstverständlich nicht tatenlos zu. Vielmehr setzen sie alles daran, Lateinamerika als sichere Einflußsphäre aufrechtzuerhalten. Dies ist für den US-Imperialismus umso wichtiger, als er in Vietnam, Laos und Kambodscha und auch in anderen Teilen der Welt Niederlagen durch die Völker dieser Länder oder durch seine imperialistischen Konkurrenten hat einstecken müssen. Dementsprechend ist in der letzten Zeit eine hektische Reisetätigkeit US-amerikanischer Politiker und Wirtschaftsvertreter zu beobachten. Carter, Vance & Co. geben sich die Klinke in die Hand. Nicht zuletzt das Atom-Geschäft der BRD mit Brasilien hat sie äußerst verschreckt.

Auswirkungen der Wirtschaftspolitik der Junta auf das Land und das Volk – Bilanz nach 2 Jahren Militärdiktatur

Die Berichte, die die Vertreter der Militärjunta regelmäßig über die wirtschaftliche Lage Argentiniens abgeben, zeichnen sich durch Schönfärberei aus. Ohne Zweifel hat die Handelsbilanz 1977 mit einem Aktivposten von 1,76 Mrd. US-Dollar (Wert der Exporte: 5,68 Mrd. US-Dollar, Wert der Importe: 3,92 Mrd. US-Dollar) abgeschlossen. Die Währungsreserven, die bei der Machtübernahme der Militärs „kaum mehr den Zahlungsbedarf für das Importvolumen eines einzigen Tages deckten" (NZZ 7. 2. 78), wuchsen bis Ende 1977 auf über 3 Mrd. US-Dollar. Hinzu kamen noch Devisenguthaben der Zentralbank von über 4 Mrd. US-Dollar. Der Handelsbilanzüberschuß und das Ansteigen der freien Währungsreserven ist auf die großzügige Förderung der Landwirtschaft und den dadurch erreichten größeren Export von Landwirtschaftserzeugnissen zurückzuführen, die 66% des Exportvolumens ausmachten.

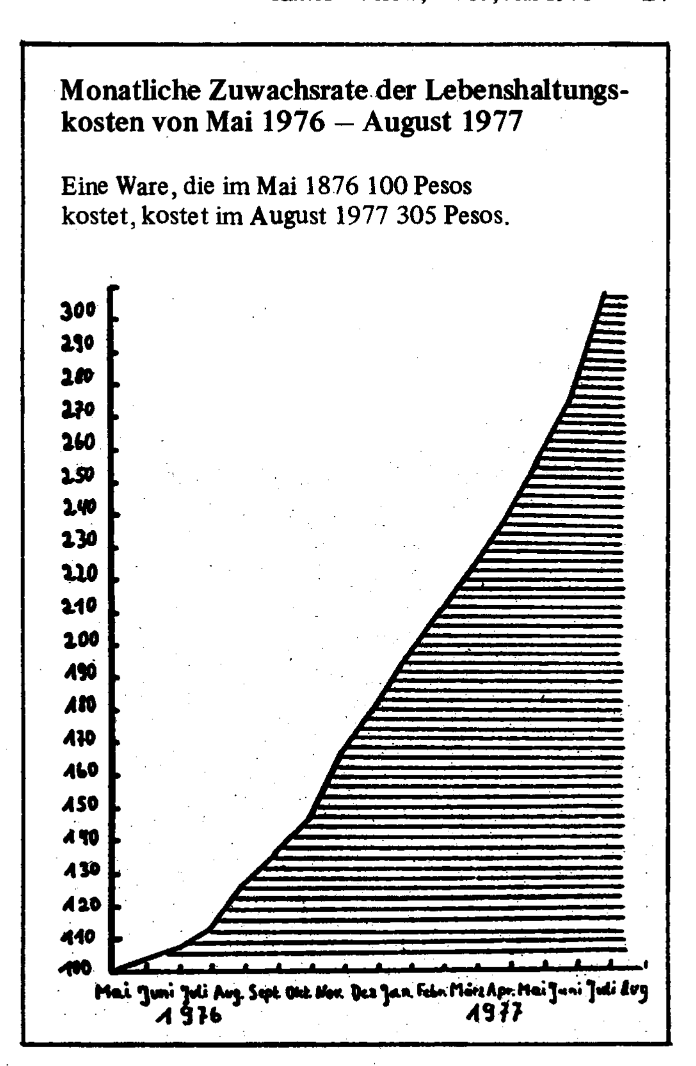
All dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Land dem Imperialismus ausgeliefert wird, daß der Aufbau einer an den nationalen Bedürfnissen orientierten Wirtschaft verhindert wird und daß die Lage der werktätigen Bevölkerung und der kleinen und mittleren Industrie verheerend ist und sich zunehmend verschlechtert.
Die Auslandsverschuldung ist auf 13 Mrd. US-Dollar Ende 1977 gestiegen (Le Monde Diplomatique, April 1978). Die Wirtschaft wird auf die Erzeugung einiger weniger Landwirtschaftsprodukte ausgerichtet. Dadurch wird die teure Einfuhr anderer lebensnotwendiger Nahrungsmittel und von Industriewaren in verstärktem Maße erforderlich. Die Selbstversorgung Argentiniens, die infolge des überaus fruchtbaren Bodens und der hochqualifizierten argentinischen Arbeiterklasse möglich ist, wird damit verhindert. Die nationalen Reichtümer Argentiniens werden dem ausländischen Finanzkapital ausgeliefert.



Ein pensionierter hoher Offizier, General Gugliamelli, sagte darüber: „Ein Land ohne Schwerindustrie ist ein kastriertes Land. Unsere Anstrengungen werden durch einige multinationale und einflußreiche Kreise in den USA blockiert, die Argentinien mit Hilfe einiger inländischer Technokraten im Namen der sog. ‚Internationalen Arbeitsteilung' zum Vorteil der Industrienationen auf Landwirtschaft beschränken wollen". (SZ 11. 8. 77).

Die Inflationsrate sank zwar im Vergleich zu 1975, betrug aber Ende 1977 immer noch 160,4%. Argentinien war damit 1977 das Land mit der höchsten Inflationsrate. Ein zentraler Punkt im Programm der Junta ist die Senkung der Löhne und Gehälter. Die von der Regierung lediglich geringfügig erhöhten Löhne und Gehälter führten angesichts der gewaltigen Inflation und angesichts immens steigender Lebenshaltungskosten dazu, daß der Reallohn seit der Machtübernahme der Militärs um durchschnittlich 60% gesunken ist, bei den Arbeitern, die nur den gesetzlichen Mindestlohn erhalten, sogar um 100%.
Bereits am 6. 11. 76 meldete die FR: „Argentiniens Arbeiter und Angestellte verdienen gegenwärtig an der realen Kaufkraft ihrer Löhne gemessen, weniger als jemals in den letzten drei Jahrzehnten". 1977 verdiente ein Industriearbeiter monatlich umgerechnet weniger als 200,– DM, ein Lehrer 168,– DM (SZ 11. 8. 77). Die billigste Monatsmiete einer Ein-Zimmer-Wohnung beträgt in Buenos Aires aber schon mehr als 100,– DM, eine Jeans-Hose kostet 40,– DM. Für einen Liter Milch mußten im selben Zeitraum –,50 DM bezahlt werden (SZ 11. 8. 77, LN Nr. 51). Zynisch forderte die FAZ auch jetzt noch die Junta auf, so weiterzumachen: „Um die jahrelang vernachlässigten Investitionen zu ermöglichen, muß die neue Regierung jetzt erst einmal dafür sorgen, daß der Konsum abnimmt und die Gewinne zunehmen. Erst in der zweiten Phase können dann auch die Arbeitnehmer am Aufschwung partizipieren" (FAZ 16. 1. 78). Verschärft wird die Lebenslage vieler Arbeiterfamilien durch die Arbeitslosigkeit ihrer Hauptverdiener. Für Angehörige anderer Schichten sieht die Lage nicht wesentlich besser aus.
Gerade unter der technischen Intelligenz (Ingenieure usw.) ist deshalb eine „Massenflucht ins Ausland" (SZ 11. 8. 77) festzustellen.

Die Förderung vor allem der Landwirtschaft und die umfassende Begünstigung der großen ausländischen Konzerne sowie das Einfrieren der Löhne und Gehälter hat ebenfalls Folgen für die Mittelschichten und die kleinen und mittleren nationalen Unternehmen. Die wegen des katastrophalen Sinkens des Reallohns abnehmende Massenkaufkraft hat zu einer Verengung des Binnenmarkts geführt. Die kleinen und mittleren Unternehmen, die vor allem Konsumgüter für den täglichen Bedarf herstellen, können ihre Produkte nicht mehr absetzen, da die Nachfrage nachgelassen hat. Hinzu kommen die Konkurrenz ausländischer Unternehmer, die gleichartige Erzeugnisse herstellen und ihre meist billiger hergestellten Waren nach Niederreißen der unter der Regierung Isabel Peron weitgehend errichteten Zollmauern ohne Behinderung auf dem argentinischen Markt anbieten können. Die Folge von alledem ist, daß kleine und mittlere argentinische Unternehmen reihenweise Konkurs anmelden. Als diese aufbegehrten wurden ihre Interessenorganisationen von der Militärjunta kurzerhand aufgelöst.
Die Lage der kleinen und mittleren Bauern ist ähnlich. Wenn die Junta „die Landwirtschaft fördert", dann heißt das, daß z.B. Kreditgelder vor allem den Großgrundbesitzern und großen Viehzuchtfarmen zufließen. Durch Vorenthaltung von Krediten und Subventionen werden die kleinen



Monatliche Zuwachsrate der Lebenshaltungskosten von Mai 1976 – August 1977

Eine Ware, die im Mai 1876 100 Pesos kostet, kostet im August 1977 305 Pesos.

und mittleren Bauern noch mehr benachteiligt.

„Kleine Landwirte müssen mangels Kasse zum Tagespreis an Leute verkaufen, die Geld zum Spekulieren haben. Acker um Acker geht an den ohnehin schon großen Nachbarn verloren: Konzentration des Besitzers auch in der Pampa" (SZ 11. 8. 77). D.h. der Zwangsverkauf des Landbesitzes bei kleinen und mittleren Bauern führt zur weiteren Stärkung der wenigen Großgrundbesitzer- und Viehzüchter-Familien.

Aus alledem wird deutlich, daß die Militärjunta der politischen Interessenvertreter der großen Viehzüchter und Großgrundbesitzer, einiger weniger einheimischer Großbourgeoisie und des ausländischen Finanzkapitals ist. Die Person des Wirtschaftsministers spiegelt dies in hervorragender Weise wider: Martinez de Hoz ist Sohn einer alten Großgrundbesitzerfamilie und Mitglied mehrerer Direktorien ausländischer Konzerne in Argentinien. Der Putsch der Militärs von 1976 diente der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in Argentinien und der Auslieferung des Landes an das ausländische Finanzkapital.

Um den erwarteten Widerstand des Volkes niederzuhalten, schränkte die Junta die politischen und gewerkschaftlichen Rechte ein und errichtete ein blutiges Terrorregime.

Die Militärjunta hat ohne Zweifel vorhergesehen, welche Folgen ihre Wirtschaftspolitik auf das Land und das Volk haben würde. Aufgrund der langen Kampftradition des argentinischen Volkes, dessen Kampfentschlossenheit und dessen Organisationskraft war der Junta aber ebenso klar,



daß ihre Politik nicht widerstandslos hingenommen werden würde. Sie ergriff daher gleich nach der Machtübernahme eine Vielzahl von Maßnahmen, die die politischen, gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte des Volkes auf Null reduzierten.

Das Streikrecht, das wichtigste Recht der werktätigen Bevölkerung zur Durchsetzung ihrer Interessen, wurde aufgehoben, ebenso das Demonstrationsrecht. Der Gewerkschafts-Dachverband CGT und 13 andere Einzelgewerkschaften wurden unter staatliche Kontrolle gestellt. Die Gewerkschaften sollten von nun an nur noch sog. „soziale" Aufgaben wahrnehmen. Die 62 peronistischen Gewerkschaften und eine Reihe von kommunistischen und trotzkistischen Organisationen wurden ganz verboten, die Parlamente aufgelöst, die bürgerlichen Parteien durften sich nicht mehr politisch betätigen. Die Junta richtete Militärgerichte für zivile Bereiche ein, entließ eine große Zahl von mißliebigen Richtern und unterstellte den öffentlichen Dienst direkt der Militärgerichtsbarkeit. Die Todesstrafe für „subversive" Aktionen wurde nun auch formell eingeführt, nachdem sie in der Praxis seit Jahren an der Tagesordnung war. Die Zeitungen erhielten, wenn ihr Erscheinen nicht ganz untersagt wurde, eine strenge Zensurbehörde vor die Nase gesetzt.

Die Junta war nach dem Putsch sichtlich bemüht, eine internationale Isolierung zu vermeiden, den Putsch als unblutig hinzustellen und ihren Willen zu betonen, zu demokratischen Verhältnissen zurückzukehren (womit sie übrigens selber zugibt, daß es solche gegenwärtig in Argentinien nicht gibt). Die Wahrheit ist eine blutige Terrorherrschaft, die den Verbrechen der Militärs in Chile keinen Deut nachsteht.

Videla hat sein Programm bereits auf der 11. Konferenz der amerikanischen Armeen im Oktober 1975 in Montevideo dargelegt: „Wenn es notwendig ist, um den Frieden im Land zu erreichen, dann müssen alle im Wege stehenden Personen sterben.".

General Iberico Saint-Jean ergänzte ihn später: „Erst werden wir die Subversiven töten, dann ihre Sympathisanten, danach die Indifferenten und zuletzt die Laschen" (Spiegel, Nr. 46/1977).

Jeden Tag werden Dutzende von Menschen entführt, auf brutalste Weise gefoltert und ermordet. Es gibt regelrechte Konzentrationslager wie das Lager Famailla bei Tucuman im Nordwesten Argentiniens. Die Zahl der politischen Gefangenen und „Verschwundenen" geht in die Zehntausende.

Die Militärjunta hat ihr Ziel nicht erreicht – Der Widerstand organisiert sich immer besser und nimmt an Stärke zu

Das Ziel der totalen Entrechtung und brutalen Unterdrükkung, die Zerschlagung oder zumindest Niederhaltung des Widerstands vor allem der Arbeiter, Angestellten, Bauern und Studenten, um den herrschenden Klassen optimale Ausbeutungs- und Ausplünderungsbedingungen zu schaffen, hat die Junta nicht erreicht. Auch durch die Machtübernahme der Militärs ist der Widerstand nicht gebrochen worden. Im Gegenteil: Der Widerstand insbesondere der Arbeiterklasse gewinnt an Kraft. Das Kampfbewußtsein und die Fähigkeit, gemeinsam Kämpfe zu führen, steigen.

Fortsetzung des Argentinien-Artikels auf S. 33

LESERUMFRAGE

bitte herausreißen und ausfüllen und abschicken!

Liebe Leser!
Bitte werfen Sie diesen Fragebogen nicht weg, sondern füllen Sie ihn „gründlich" aus und schicken Sie ihn uns dann zurück!
Wir wollen mit dieser Leserumfrage nämlich herausbekommen,
- wie die Berufs- und Altersstruktur unserer Leser aussieht,
- was die politischen Richtungen und Interessen unserer Leser sind,
- wozu sie die „blätter" verwenden und ob die „blätter" für ihre Zwecke brauchbar sind.

Damit soll der auf unseren Redaktionssitzungen öfers auftauchende Mythos „unsere Leser" (und was die alles brauchen und denken und so) entschleiert werden und die Auswahl und Beurteilung der Artikel auch auf die (hoffentlich) zahlreichen Leserantworten dieser Umfrage gestützt werden.

Leserumfrage der „blätter des iz3w"

I. Zur Person des Lesers:

a) Beruf: ☐ Schüler ☐ Lehrling ☐ Student
☐ Lehrer (Schultyp: ....) ☐ Pfarrer
☐ Journalist ☐ sonst. Akademiker: ....
☐ Arbeiter: .... ☐ Hausfrau
☐ Angestellter: ....
☐ sonstiger Beruf, und zwar: ....

b) Alter: ☐ 15 - 20 Jahre ☐ 20 - 25 Jahre ☐ 25 - 30 Jahre
☐ 30 - 40 Jahre ☐ 40 - 60 Jahre ☐ 60 und älter

c) Geschlecht: ☐ männlich ☐ weiblich

d) Ich bin ☐ Sympathisant ☐ Mitglied folgender Partei/Gruppe:

CDU/CSU	FDP	SPD	JUSO	DKP	Soz.Büro	KBW	KPD	KB	GIM	Spontis
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

sonstige: .... ☐ keiner

e) Arbeiten Sie in einer Gruppe mit, die sich mit einem der folgenden Themen (bzw. Bereiche) beschäftigt? (Mehrfachankreuzungen möglich)

☐ ja, und zwar: ☐ Dritte Welt

☐ Schule ☐ Hochschule
☐ Gewerkschaft ☐ Betrieb
☐ Wohnungsfrage ☐ Umweltverschmutzung/Kernenergie
☐ Kirche ☐ Sozialarbeit
☐ Frauenemanzipation ☐ sonstiges Thema: ....

☐ nein

f) Lesen Sie eine der folgenden Zeitschriften? ☐ ja ☐ nein Wenn ja, welche?

☐ „Der Überblick" ☐ „Entwicklungspolitische Korrespondenz"
☐ „Dritte Welt-Magazin" ☐ „Information Dritte Welt"
☐ „epd – Entwicklungspolitik" ☐ „Misereor aktuell"
☐ „Lateinamerika-Nachrichten" ☐ „ILA-Informationen"
☐ „Entwicklung und Zusammenarbeit" ☐ „Informationsdienst Südliches Afrika" (issa)

☐ folgende andere Dritte-Welt-Zeitschrift: ....

II. Zur Benutzung der „blätter"

a) Seit wann lesen Sie die „blätter"? ab Nr.: ....

b) Wozu benutzen Sie die „blätter" schwerpunktmäßig (Doppelnennungen möglich)

☐ als Material für den Schulunterricht
☐ als Material für außerschulische Gruppenarbeit in ☐ Gewerkschaftsjugend in ☐ Kirchlicher Jugend
anderer Jugendorganisation: ....

☐ in der Erwachsenenbildung
☐ für politische Agitation, Flugblätter und Vorbereitung von Veranstaltungen
☐ wissenschaftliche Arbeit
☐ persönliche Information

c) Werden die „blätter" von ☐ einer oder ☐ mehreren Personen mitgelesen?

III. Zur Beurteilung der „blätter":

a) Nennen Sie einen oder mehrere Artikel aus den letzten 5 Nummern der „blätter", die Ihnen gut gefallen haben:
(evtl. Begründung)

schlecht gefallen haben:
(evtl. Begründung)

b) Die „blätter" hatten bislang eine relativ breit gefächerte Themenauswahl. Wie stellen Sie sich dazu?
☐ Mir sagt das zu.
☐ Die „blätter" sollen sich auf spezielle Bereiche konzentrieren.
☐ Keine Meinung.

c) An welchen Themen sind Sie besonders interessiert (Mehrfachnennungen möglich):
☐ Länderanalysen: ☐ Lateinamerika (welche Länder? ....)
☐ Afrika (welche Länder? ....)
☐ Asien (welche Länder? ....)

dabei ☐ Darstellung von Unterstützungsprojekten und Widerstands-/Befreiungsbewegungen

☐ Analyse von Sachthemen: ☐ länderübergreifende Probleme (zB. Landwirtschaft, Medizin, befreite Länder):
(welche?) ....
....

☐ Analyse der Beziehungen Industrieländer – Entwicklungsländer, darunter
☐ Entwicklungspolitik der Bundesrepublik
☐ Entwicklungspolitik anderer Länder (welcher?) ....
☐ Entwicklungspolitik der bundesrepublikanischen Kirchen

☐ Privatinvestitionen/Konzerne in der Dritten Welt
☐ Analyse der Berichterstattung in den Massenmedien über Dritte Welt

☐ Nachrichten und Kurzberichte
☐ Berichte und Vorschläge zur Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik

☐ sonstige Themenvorschläge: ....

d) Gibt es in den „blättern" Artikel, die ihnen schwer oder gar nicht verständlich waren? Wenn ja, welche?

☐ ja ☐ nein

	Grund für die Schwierigkeiten (Bitte Kennbuchstaben ankreuzen!)						
1)	A	B	C	D	E	F	G
2)	A	B	C	D	E	F	G
3)	A	B	C	D	E	F	G
4)	A	B	C	D	E	F	G

Erläuterung der Kennbuchstaben:

A = Setzen zu großes Grundwissen voraus
B = zu hoher Abstraktionsgrad
C = zu viele Fremdwörter
D = zu komplizierter Satzbau
E = unklare Argumentation
F = schlechte Gliederung
G = sonstiges: ....

e) Gibt es etwas, was Ihnen rein äußerlich an den „blättern" mißfällt (Drucktechnik, Qualität, Layout, Grafiken, Karrikaturen, Einband, Titelblatt usw.)?

☐ ja ☐ nein

Wenn ja, was? ....

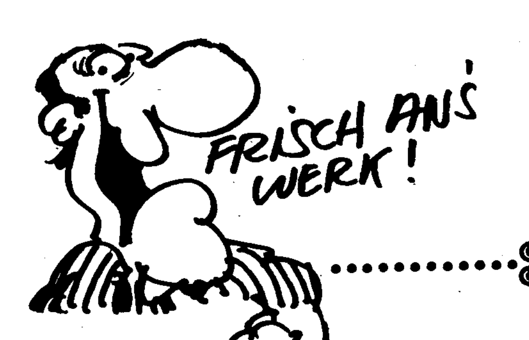
....

Bitte haben Sie keine Hemmungen, auch unvollständig ausgefüllte Fragebögen einzuschicken!

informationszentrum dritte welt/
aktion dritte welt
Kronenstr. 16
Postfach 5328
Tel.: 0761/74 003

Los, bring ihn in Bewegung; flitsch ihm ne' Leserumfrage an den Latz!

Bestellschein



ich/wir bestellen hiermit:

Stück	Nr.	Autor, Titel	Einzelpreis DM	Gesamtpreis DM
....	1	iz3w und OK Südliches Afrika, „Für ein freies Azania" (Südafrika) Dez. 1977	1,50	....
....	2	Hg.: iz3w und OK Südl.Afr., „Das Volk von Zimbabwe befreit sich selbst" Dokumente und Materialien der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) Juli 1976	1,50	....
....	3	Eduardo Fereirra, Amilcar Cabrals Theorie der Befreiung und die Hintergründe seiner Ermordung	0,60	....
....	4	E. Fereirra, Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa 1972	4,00	....
....	5	E. Fereirra, wie oben, englische Ausgabe	4,00	....
....	6	Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika (UNO-Bericht) 1972	1,00	....
....	7	Ökonomischer Völkermord in Chile. Offene Briefe an den Nobelpreisträger Milton Friedman von Andre Gunder Frank. Hg.: iz3w Sept. 1977	2,00	....
....	8	Schütt-Mogro, Geschichte der Ausbeutung Lateinamerikas	0,60	....
....	9	Phil Schönbäck, Ursachen sozio-ökonomischer Stagnation unterentwickelter Länder am Beispiel Indiens. 4. unveränderte Auflage 1975	2,50	....
....	10	Blickpunkt, Schwerpunktausgabe China, Okt. 1974	1,50	....
....	11	basis 1/72 (Freiburger Studentenzeitung) Dritte Welt Ausgabe in Zusammenarbeit mit dem iz3w	kostenlos	
....	12	J. Wilhelm / H. Futterlieb, Erziehung zur Solidarität. Materialien zu Paulo Freire's politischer Alphabetisierung	2,50	....
....	13	iz3w, Einführung in die Dritte Welt Problematik für Schüler der Sekundarstufe I, Mai 1978	kostenlos	
....	14	iz3w, Abhängigkeit der Dritten Welt: Privatinvestitionen, Handelsbeziehungen, Rohstoffe, Entwicklungshilfe, 3. Auflage, Dez. 1977	2,00	....
....	15	Plakat „Ordnung muß sein"	1,00	....
		Plakate zur wirtschaftlichen und sozialen Situation der „Entwicklungsländer", z.B. „Investititonen schaffen Arbeitsplätze" ab März 1978 erhältlich		
		Summe (ohne Versandkosten) inkl. 6 % MWSt.		

Proto- und Versandkosten (mind. DM 1,–) werden gesondert in Rechnung gestellt. Rabatt für Gruppenbestellungen auf Anfrage.

BEZAHLUNG

Bestellungen unter 10,– DM; zum errechneten Betrag DM 1,– (unter 5,– DM Bestellwert) bzw. DM 1,50 (ab 5,– DM Bestellwert) addieren und das Geld in Briefmarken beilegen.
Bestellungen ab 10,– DM: Überweisung binnen 14 Tagen nach Rechnungseingang; bitte keine Vorauszahlung, die Rechnung kommt bestimmt!

Absender (bitte in Druckschrift)

____

____

______________________________ ....

(Unterschrift)

In den ersten Monaten nach der Machtübernahme durch die Militärs mußte sich der Widerstand des argentinischen Volkes auf die dadurch veränderten Bedingungen umstellen, um vor allem seine Infrastruktur über die ersten harten Schläge hinwegzuretten. In dieser Zeit war der Widerstand in den Betrieben durch individuelle Rebellion, Sabotage und einzelne kleinere, isolierte Streikaktionen gekennzeichnet.

Seit August 1976 ist der Widerstand des argentinischen Volkes in eine neue Phase getreten. Die Formen des Widerstands sind vielfältiger und einfallsreicher geworden. Die Zahl der Arbeitskämpfe und die Zahl der daran beteiligten Arbeiter und Angestellten ist gewaltig gestiegen. Die organisatorische Kraft ist gewachsen.

Ende 1976 meldete die staatliche Telefongesellschaft ENTel, seit dem Putsch seien 602.826 Meter Telefonkabel „weg-organisiert" worden. In Reconquista (Provinz Santa Fe) zerschnitten Arbeiter der Fleischverarbeitungsindustrie die Rinder in andere Stücke, als es die internationalen Exportnormen verlangen, so daß dieses Fleisch nur im Inland verkauft werden konnte. Fertiggestellte Autos werden zugeschlossen und die Schlüssel weggeworfen. Schraubenmuttern werden in Vergasern „vergessen", Benzin wird mit Zucker gemischt, die Karosserie verbeult. Arbeiter der Elektrizitätsgewerkschaft „Luz y Fuerza" erdeten die Kabel nicht, so daß es schon bei geringstem Regen Stromausfall gab. „Im Januar 1977 erreichten wir, daß von den 9 Generatoren des Kraftwerks Puerto Nuevo, das die Hauptstadt und Groß Buenos Aires mit Strom versorgt, nur noch eineinhalb funktionierten. Dies wurde in einem Kommunique von der Regierung zugegeben. In der Telefongesellschaft erreichten es die Genossen, dem Ministerium für Verteidigung die Telefonverbindung zu kappen. Auch das wurde von der Regierung zugegeben." (Armando Croatta, Gewerkschaftsführer, LN Nr. 56 v. 2. 2. 78).

Bei allen diesen Formen der Sabotage wird darauf geachtet, daß sie nicht in die falsche Richtung geht. Die Beschädigungen im Betriebebereich richten sich nicht gegen die Produktionsmittel (Maschinen, Geräte usw.), die die Arbeiterklasse braucht, wenn sie eine an ihren Bedürfnissen und Interessen orientierte Gesellschaft organisieren will, sondern gegen die Produkte, die sie ohnehin nicht kaufen kann. Wird der Strom unterbrochen, dann in der Weise, daß das Licht nur in den Stadtteilen der Reichen ausgeht. Die Produktion wird nicht in den Sektoren vermindert, in denen für die Bevölkerung lebenswichtige Produkte hergestellt werden, z.B. in der Lebensmittel- und der pharmazeutischen Industrie.

Die kollektive Rebellion der Arbeiter und Angestellten richtet sich vor allem gegen das ständige Sinken des Reallohns, den verlängerten Arbeitstag, gegen Entlassungen, gegen die Verfolgung, Entführung, Folterung und Ermordung insbesondere von Arbeiterführern. Außerdem wird für die Anerkennung der Delegiertenkörper und der Betriebskommissionen durch die Kapitalisten und ihre Vertreter gekämpft.

Im August und September 1976 gab es Arbeitsniederlegungen und Bummelstreiks in der Automobilindustrie, an denen sich Zehntausende von Arbeitern beteiligten. Höhepunkt der Arbeitskonflikte 1976 war der große Kampf der Elektrizitätsarbeiter der 3 Elektrizitätsunternehmen der Provinz Buenos Aires (SEGBA, CIADE und AAE). Durch den Streik der dort beschäftigten 30.000 Arbeiter und Angestellten herrschte im Bereich der Stromversorgung von Groß Buenos Aires praktisch Generalstreik. Die Auseinandersetzungen zogen sich über Wochen hin und waren bis dahin der „schwerste Arbeitskonflikt seit dem Sturz des peronistischen Regimes . . . Die Hartnäckigkeit des Konflikts hat die Regierung zweifellos überrascht" mußte die NZZ am 19. 10. 76 melden.

„Man kann sagen, daß seit August 1976 die Streiks nicht mehr aufgehört haben" (Armando Croatta, LN Nr. 56 v. 2. 2. 78). Es folgten Streiks der Hafenarbeiter im Dezember 1976, erneute Streiks der Elektrizitätsarbeiter im Februar 1977, dann der Telefonarbeiter. Ab März 1977 gab es Konflikte im Metall-, Automobil- und Textilbereich. Ende 1977 und Anfang dieses Jahres mündeten die einzelnen Streiks in eine riesige Streikwelle. In praktisch allen Industriebereichen und vor allem im öffentlichen Dienst fanden Streikkämpfe statt. Zunächst begannen Mitte Oktober 1977 die 10.000 Arbeiter von IKA Renault in Cordoba mit Streikaktionen, die sich gegen zu niedrige Lohnerhöhungen richteten. Am 26. Oktober folgten dann gut koordinierte Kampfmaßnahmen im staatlichen Transportsektor. Die Bahnwärter der Eisenbahnlinie General Roca waren die ersten, das U-Bahn-Personal von Buenos Aires zog nach. In der einen oder anderen Form leiteten in der Folgezeit Kampfmaßnahmen ein: die Piloten der staatlichen Fluggesellschaft Aerolineas Argentinas, das Bodenpersonal der Flughäfen von Buenos Aires, die Beschäftigten der Gas- und Wasserwerke sowie der Elektrizitätsgewerkschaft „Luz y Fuerza" in Rosario, die Elektrizitätsarbeiter von Villa Constitucion, die Gewerkschaft der Seeleute, die Hafenarbeiter von Buenos Aires, das Personal der Post- und Telefongesellschaft. In anderen Wirtschaftsbereichen wurde der Kampf für höhere Löhne und Gehälter ebenfalls aufgenommen: bei den Bankangestellten von Buenos Aires, den Erdölarbeitern von YPF und dem Tankstellenpersonal.

Die Streiks endeten meistens mit einem – wenn auch z.T. nur begrenzten – Erfolg.
Gemessen an der hohen Inflationsrate und den immens steigenden Lebenshaltungskosten ist es der Militärjunta und den Kapitalisten allerdings gelungen, die Ausbeutungsbedingungen zu verbessern. Durch das „Verschwinden" einer großen Zahl von Delegierten und Gewerkschaftsführern sind der Arbeiterbewegung Schläge versetzt worden.
Der Erfolg der Streiks liegt aber darin, daß in der Regel erreicht werden konnte, das Lohndiktat der Junta und des IWF zu durchbrechen und die Entlassung von streikenden Kollegen zu verhindern. Gerade in den Industriebereichen, in denen die Arbeiter am stärksten konzentriert sind und schon von daher eine große Kraft entfalten können, gelang es, das Sinken des Reallohns abzuschwächen. In diesen Bereichen mußten die Einzelkapitalisten die Löhne unter Umgehung der Richtlinien des Wirtschaftsministeriums erhöhen. „Das sind sog. schwarze Lohnzahlungen, die nicht in den Büchern erscheinen" (Armando Croatta, LN Nr. 56 v. 2. 2. 78).

Auch haben die Arbeiter in diesen Kämpfen gelernt, ihre Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln zu erhöhen. „Der Kommunikationsfluß ist sehr schwierig. Aber der Erfindungsreichtum hat in dieser Hinsicht große Fortschritte gemacht. Z.B. fordern wir die Basis auf, uns ihre Forderungen und Aktionsvorschläge, die sie für notwendig halten, mitzuteilen. Sodann schreiben diese ihre Antworten auf kleine Papierfetzen auf und heften sie zu einer abgemachten Zeit an die Toiletten. Einer unserer Genossen sammelt



Arbeitskampf im Betrieb „Terrabusi"

das dann ein. Ein andermal läßt man Fragebögen von Hand zu Hand weiterreichen. Die Arbeiter kreuzen an oder schreiben eine Prozentzahl drauf. Auch das ist vorgekommen: die Alarmsirene eines Betriebes ertönte, und als die Techniker kamen, fanden sie an die Sirene angeheftet den Forderungskatalog der Arbeiter" (Armando Croatta, LN 56 v. 2. 2. 78).

Der Widerstandswille des argentinischen Volkes wird auch außerhalb des Arbeitsbereichs sichtbar.
Bereits im Juli 1976 tauchte eine große Anzahl von Geldscheinen mit Parolen wie „Nieder mit der Diktatur" und „Freiheit für alle politischen Gefangenen" auf. Die Militärdiktatur mußte schließlich die Einziehung der Geldscheine und die Prägung von Metallstücken verfügen. Auf der Rückseite von Bus- und Zugsitzen stehen politische Parolen, oft mit Lippenstift gemalt. „Auf den Fußballplätzen kann man bereits antigouvernamentale Schlagwörter skandieren hören, und an den Häuserwänden tauchen die ersten Inschriften auf, die zu einem Generalstreik aufrufen" fürchtete sich die NZZ am 26. 10. 76.

Die Wucht und die Breite der Kämpfe des argentinischen Volkes ist Ausdruck des gewachsenen politischen Bewußtseins und der vergrößerten Organisationskraft. Im Gegensatz zu der Arbeiterbewegung in Chile, die nach dem Putsch der Pinochet-Junta zusammengebrochen war, hat die argentinische Arbeiterbewegung ihre Organisationsstruktur nach dem Putsch von 1976 erhalten und wieder stärken können. Dies ist wiederum das Ergebnis einer langen Tradition organisierter Interessenvertretung des argentinischen Volkes und mehrjähriger Erfahrungen in der Organisierung von Kämpfen unter den Bedingungen der Illegalität, die die Arbeiterklasse in der Zeit der Militärregierungen der 60er Jahre und unter der Regierung Isabel Peron gemacht hat. „Dies ist die Fortsetzung der Kampferfahrung vieler Jahre. Das ist der Ertrag an Erfahrungen, die die vorherigen Diktaturen besiegen half. Wir sprechen von einem qualitativen Sprung, weil es diese Art von Repression vorher nicht gab, und auch weil diesmal die Rückzugsphase der Arbeiter sehr kurz war. Zwar hat der Terror der Diktatur seine Auswirkungen gehabt, aber heute herrscht das Bewußtsein vor, daß man trotz der Angst kämpfen muß, weil es kaum noch möglich ist zu leben . . . Man muß wissen, daß das argentinische Volk mit dem Terror zu leben lernt. Es hat immer weniger Furcht" (Armando Croatta, LN Nr. 56 v. 2. 2. 78). Furcht befällt hingegen zunehmend andere. Der Spiegel (56/77) jammerte angesichts des ständigen Anwachsens der Kämpfe: „Der Widerstand ist schon jetzt groß genug".

Immer mehr setzt sich auch im argentinischen Volk die Einsicht durch, daß es nicht ausreicht, lediglich wirtschaftliche Forderungen aufzustellen, sondern daß es notwendig ist, ein für allemal mit der Herrschaft des Imperialismus und seiner argentinischen Handlanger Schluß zu machen. Immer öfter werden daher die Kämpfe mit politischen Forderungen verbunden, die auf den Sturz der Junta gerichtet sind. Die Verbindung von ökonomischem und politischem Kampf festigt sich. Um den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für nationale Unabhängigkeit und Demokratie erfolgreich führen zu können, werden die Gewerkschaften gegen die alten korrupten Gewerkschaftsführer aufgebaut und wird der ideologische Kampf um den richtigen Weg zur Erreichung dieses politischen Ziels zwischen den politischen Organisationen des argentinischen Volkes in aller Schärfe geführt.

Derweilen streiten sich die Militärs zunehmend öfter um die richtige Taktik gegenüber den Massenkämpfen. Soll man die Gewerkschaften wieder offiziell als Verhandlungspartner zulassen, um dann erneut eine korrupte Gewerkschaftsführung heranzuziehen, oder soll man die Unterdrückung noch verstärken?

Die Junta braucht die Fußballweltmeisterschaft, um ihr „Ansehen" aufzupolieren

Eine Folge des hartnäckigen und wachsenden Widerstands war, daß sich die Investitionsfreudigkeit ausländischer Un-

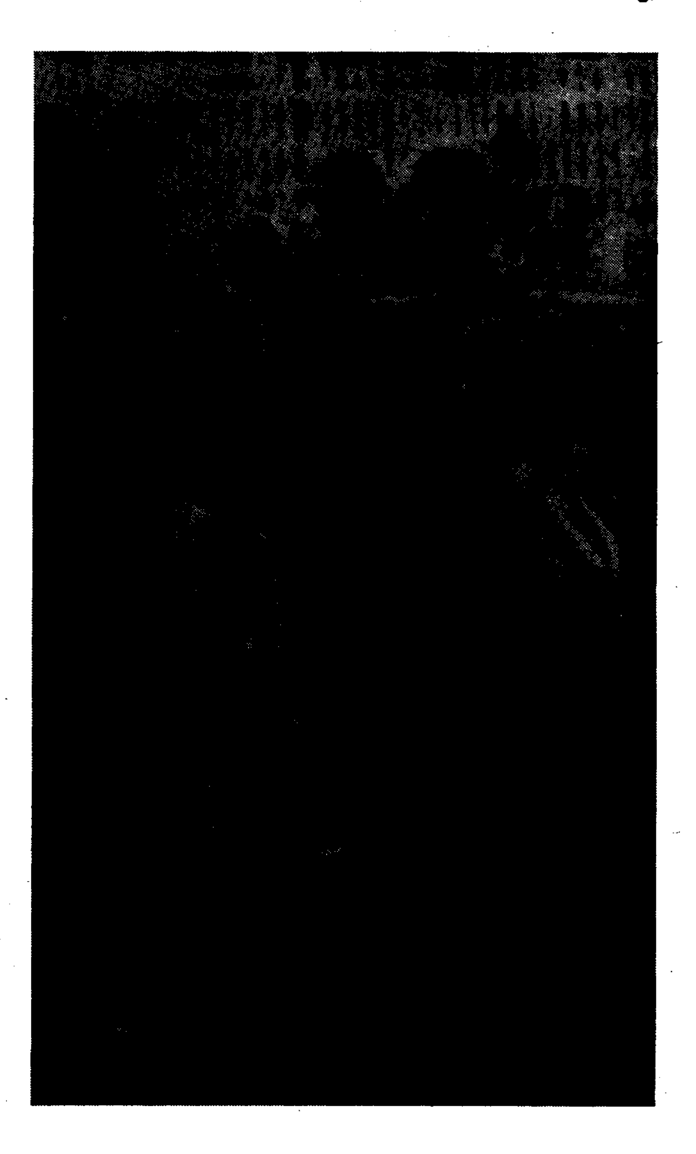
ternehmen nach dem Putsch noch nicht so recht eingestellt hat. Ende 1977 waren überhaupt erst 250 Mill. US-Dollar von ausländischen Unternehmen investiert. Die Hälfte dieser Summe entfiel auf Reinvestitionen von Profiten, der Rest betraf zwar Neuinvestitionen, aber der überwiegende Teil davon wurde von in Argentinien bereits ansässigen Unternehmen getätigt. Lediglich 2 oder 3 US-Firmen, die bisher noch nicht argentinische Arbeiter ausgebeutet haben, investierten zwischen 10 und 15 Mill. US-Dollar (Financial Times 4. 1. 78).
Die ausländischen Kreditgeber (internationale Organisationen wie der IWF, Bank-Konsortien, Regierungen usw.) haben der Junta zwar Kredite in Hülle und Fülle gewährt, um die Militärs zu stützen und selbst größeren Einfluß zu gewinnen, aber der einzelne Kapitalist, für den der Widerstand der Arbeiter in seinem Betrieb direkter wirtschaftlich und physisch spürbar ist, zögert nach wie vor, sein Kapital in Argentinien „arbeiten" zu lassen. Am 15. 5. 77 klagte die NZZ, daß „der Zufluß größerer Beträge von Auslandskapital immer noch auf sich warten läßt". „Argentinien sorgt sich um neue Investoren", ergänzte das Handelsblatt am 11. 6. 77. Wirtschaftsminister Martinez de Hoz hatte richtig gesehen, daß die Investitionsbereitschaft „hauptsächlich abhängig sein wird von politischer Stabilität, juristischer und persönlicher Sicherheit und ökonomischer Stabilität" (Financial Times 4. 1. 78). Außer der juristischen Absicherung – den verschiedenen Auslandsinvestitionsgesetzen – ist keine der Bedingungen gegeben. Ebenfalls richtig mutmaßte de Hoz am 7. 6. 77, als er bemerkte, ausländisches Kapital werde offensichtlich dadurch gehindert, nach Argentinien zu kommen, weil dieses glaube, es könnte zum Ziel „terroristischer Aktivitäten" werden (Monitor-Dienst 10. 6. 77), wobei er mit „terroristischen Aktivitäten" selbstverständlich den Kampf des argentinischen Volkes gegen ausländische Beherrschung und gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen meinte. Die FAZ v. 5. 12. 77 erklärte das Zögern der Imperialisten auf ihre Art: „Obwohl mit der Verkündung der recht liberalen Gesetze über die Auslandsinvestitionen und den Technologietransfer die schlechte Behandlung des Auslandskapitals aufgehört hat, haben sich die internationalen Konzerne bislang noch nicht zu neuen Argentinien-Projekten entschließen können. Auch am La Plata muß man sich damit abfinden, daß man die ‚Kapitalisten' nicht wie stets parierende Köter erst treten und dann herbeipfeifen kann. Das wird sich wohl erst ändern, wenn Martinez de Hoz mit seiner Stabilitätspolitik auch an der Binnenfront einen überzeugenden Erfolg vorweisen könnte".

Auch hat die Junta nicht verhindern können, daß die terroristischen Mittel zur Aufrechterhaltung der Ausbeutungsverhältnisse immer breitere Kreise der Weltöffentlichkeit bekannt wurden. „Wir wissen und bedauern, daß wir in der Welt keinen guten Ruf haben" stellt General Videla denn auch zerknirscht fest (HB 7. 12. 77).

Die Junta hat es daher bitter nötig, ihr international „stark angekratztes Image" (HB 7. 12. 77) aufzupolieren und das Vertrauen insbesondere des ausländischen Finanzkapitals zu gewinnen bzw. zu stärken. Sie muß „der internationalen Öffentlichkeit beweisen, daß sie in der Regierungskunst Fortschritte gemacht" hat (HB 7. 12. 77). In diesem Zusammenhang gewinnt die Fußballweltmeisterschaft ihre politische Bedeutung. Gleichzeitig soll der Rummel um die WM – wie auch die Auseinandersetzung um den Beagle-Kanal mit Chile (vgl. iz3w Nr. 68) – das argentinische Volk von seiner katastrophalen wirtschaftlichen Lage ablenken. Beide Ziele sind zum Scheitern verurteilt, weil die Junta den Widerstand auch mit den schärfsten Repressionen nicht brechen können wird, was auch den mißtrauischen Kapitalisten nicht verborgen bleiben wird.

Zunächst erklärten die Militärs die Weltmeisterschaft per Gesetz zur Sache von „nationalem Interesse", bezichtigten die bisher mit den Vorbereitungen betrauten Funktionäre des argentinischen Fußballverbands der Korruption und Unfähigkeit und setzten als Leitung drei Militärs ein, von jeder Waffengattung einen. Nach einem Flüsterwitz ist dabei der Vertreter der Luftwaffe für Kopfbälle zuständig, der vom Heer für Bodenkämpfe und der von der Marine für Spiele im Regen. Für die WM-Vorbereitung wurde eine spezielle Organisation gegründet, die direkt der Junta unterstellt ist und von Brigadegeneral Merlo und dem Vizepräsident zur See Lacoste geleitet wird.

General Merlo, nach den Zielen der WM gefragt, sagt es denn auch ganz offen: „Die WM mit ihren 35.000 erwarteten Touristen und den mehr als 1.500 Millionen Fernsehzuschauern hilft dem Ansehen Argentiniens mehr als Hunderte von politischen und diplomatischen Erklärungen". Und weiter: „Das Spitzentreffen des Weltfußballs soll ein Fenster Argentiniens nach dem Ausland hin und ein Katapult in die Zukunft sein. Wir müssen und werden der Welt zeigen, was Argentinien kann und wie es bei uns wirklich aussieht".
Die Image-Aufbesserung wurde langfristig und umfassend vorbereitet. Bereits Ende 1976 erhielt die New Yorker Public-Relations-Firma Burson & Marsteller den Auftrag,

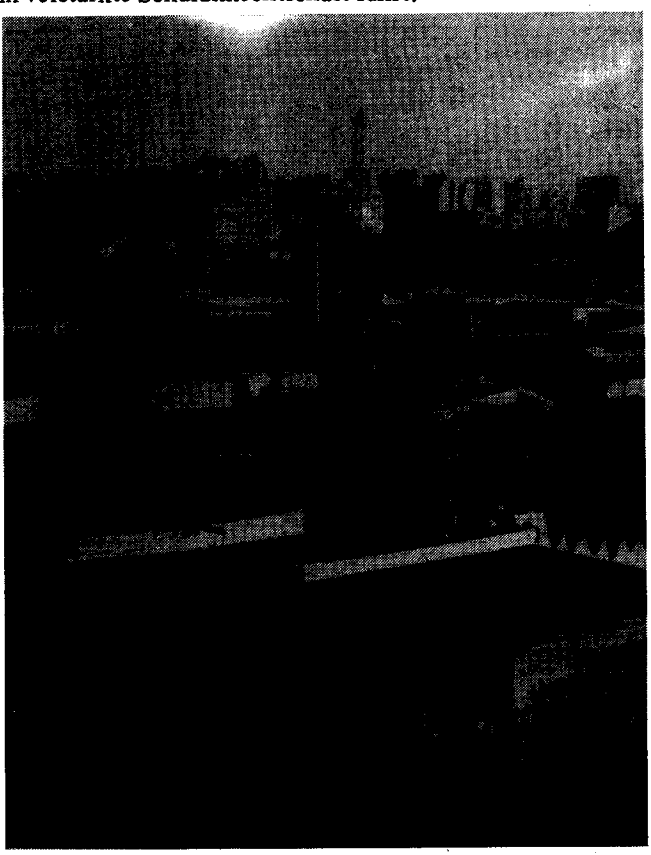


das Ansehen der Junta zu heben. Burson & Marsteller kamen zu der Auffassung, die Endphase der Vorbereitung der Fußballweltmeisterschaft und die WM selbst seien der „ideale Zeitpunkt" für Public-Relations-Arbeit. Die WM erscheint der Firma „wichtiger als die Olympischen Spiele, weil der Wettbewerb dabei nicht zwischen Individuen, sondern zwischen nationalen Mannschaften ausgetragen wird". Die Fußballfans „neigen dazu, die WM durch eine ultranationalistische Brille zu betrachten". Von daher wird die „Leistung ihrer Mannschaft und die Art, wie diese vom Gastgeberland behandelt wird, nicht nur unter sportlichen, sondern auch unter politischen Gesichtspunkten" gesehen. Dies sei für Argentinien „eine einmalige Chance", sein Image im Ausland zu verändern. „Die Form, wie Argentinien seine WM bewältigt, kann bestimmen, was die Welt in den nächsten Jahren von diesem Land denkt". Die WM ermöglicht es so der argentinischen Regierung, „sich der Welt in einem höchst günstigen positiven Licht darzustellen". Darüber hinaus kann die WM „als Demonstration für die Vormachtstellung Argentiniens in Südamerika dienen".
Burson & Marsteller empfehlen neben Maßnahmen wie harmloser Touristenförderung vor allem die Bestechung angesehener internationaler Massenmedien und Sportreporter. Sie stellten eine Liste von Journalisten zusammen, denen „eine Vorzugsbehandlung mit großzügigen Einladungen einschließlich Geschenken und nächtlichen Vergnügungen" zukommen soll. Einladung zu Festen, Grill-Partys, „Bekanntmachung" mit „den jungen Mädchen, die stellvertretend für die attracktive und gesunde Jugend des Landes während des WM-Ereignisses als Hostessen und Reiseführerinnen dienen werden". Daneben wird den Sportreportern eine Fülle „im voraus fertiggestellter Informationen" zur Verfügung gestellt.
Es bedarf wohl keiner Worte, was uns aus der Berichterstattung in solcher Weise korrumpierter und bewußt falsch informierter Journalisten an Informationen über die tatsächliche Lage in Argentinien erwartet.
Zusätzlich hat die argentinische Regierung für 120.000 US-Dollar einen Pressedienst erstanden und ihrer Botschaft in Paris ein Informationszentrum angegliedert, um so schwerpunktmäßig Frankreich, Spanien, die BRD und Italien zu „versorgen".
Ziel dieser Imagepflege ist offenbar auch, in Ländern wie BRD oder USA, aus denen die Investitionen kommen sollen, Kritik an der Politik der Imperialisten zu unterbinden und die internationale Solidaritätsbewegung mit dem argentinischen Volk zu schwächen.

Die WM als Geschäft für die Konzerne – für das Land bringt sie größere Verschuldung, für das Volk verstärkte Schikane und Unterdrückung

Aber nicht nur die Junta verspricht sich Nutzen von der WM. Andere versprechen sich ebenfalls welchen davon und haben ihn zum Teil schon gehabt. Z.B. Siemens und AEG-Telefunken, die sich einen Riesenauftrag im Zusammenhang mit der Errichtung von Farbfernseh-Produktionsstätten und dem Ausbau des Fernmeldewesens gesichert haben. Auch die Reiseveranstalter, die die deutschen Touristen nach Argentinien einfliegen, werden ihre Kassen gehörig füllen können.

Dem Land bringt die WM nichts außer größerer Verschuldung, dem Volk bringt sie größere Schikane und verstärkte Unterdrückung.
Nach Aussagen des Finanzsekretärs Juan Aleman kostet Argentinien die WM 700 Millionen US-Dollar, nach anderen Angaben sind es 940 Mill. DM. An Einnahmen werden jedoch lediglich 42 Millionen DM erwartet. Um die Differenz und die Zinsen früherer Kredite zahlen zu können, muß Argentinien weitere Kredite aufnehmen, was das Land in verstärkte Schuldknechtschaft führt.



Silhouette von Buenos Aires, Slums

Das ist der Junta egal. „Die Fußball-WM als sportliches Ereignis ist für uns nur ein Vorwand, um 25 Tage lang der Welt ein Fenster in unser Land zu öffnen. Die WM durchzuführen ist eine politische Entscheidung, die das Ziel hat, das Bild Argentiniens in der Welt zu verändern. Diese Überlegung hat den Vorrang vor denen finanzieller Natur" (General Merlo am 18. 10. 77, zitiert nach LN Nr. 58 v. 6. 4. 78).

Auf die Fußballzuschauer warten spezielle Maßnahmen. Die Karten werden nur im Block verkauft, d.h. man muß mindestens 6 Karten kaufen, wobei die billigsten Plätze z.B. zum Eröffnungsspiel 6 US-Dollar, die teuersten 35 US-Dollar kosten. Das billigste Kartenkontingent muß der argentinische Zuschauer mit 30 US-Dollar bezahlen. Hat sich jemand trotz seiner schlechten wirtschaftlichen Lage für den Kauf von Eintrittskarten entschlossen, muß er beim Kauf seine persönlichen Daten mit Namen und Anschrift unter Vorlage seines Personalausweises angeben. Die Stadien selbst werden so gesichert, daß Protestaktionen (Sprechchöre gegen die Junta usw.) schnellstens unterbunden werden können. Die neu gebauten Stadien werden so angelegt, daß es – wie sich ein Militär rühmte – innerhalb von 10 Minuten möglich ist, das gesamte Stadion zu räumen. Daß es nur mit brutalster Gewaltanwendung möglich sein wird, dieses Unternehmen gegen Zehntausende von Besuchern durchzuführen, ist offensichtlich.

Die WM muß Bumerang für die Junta werden

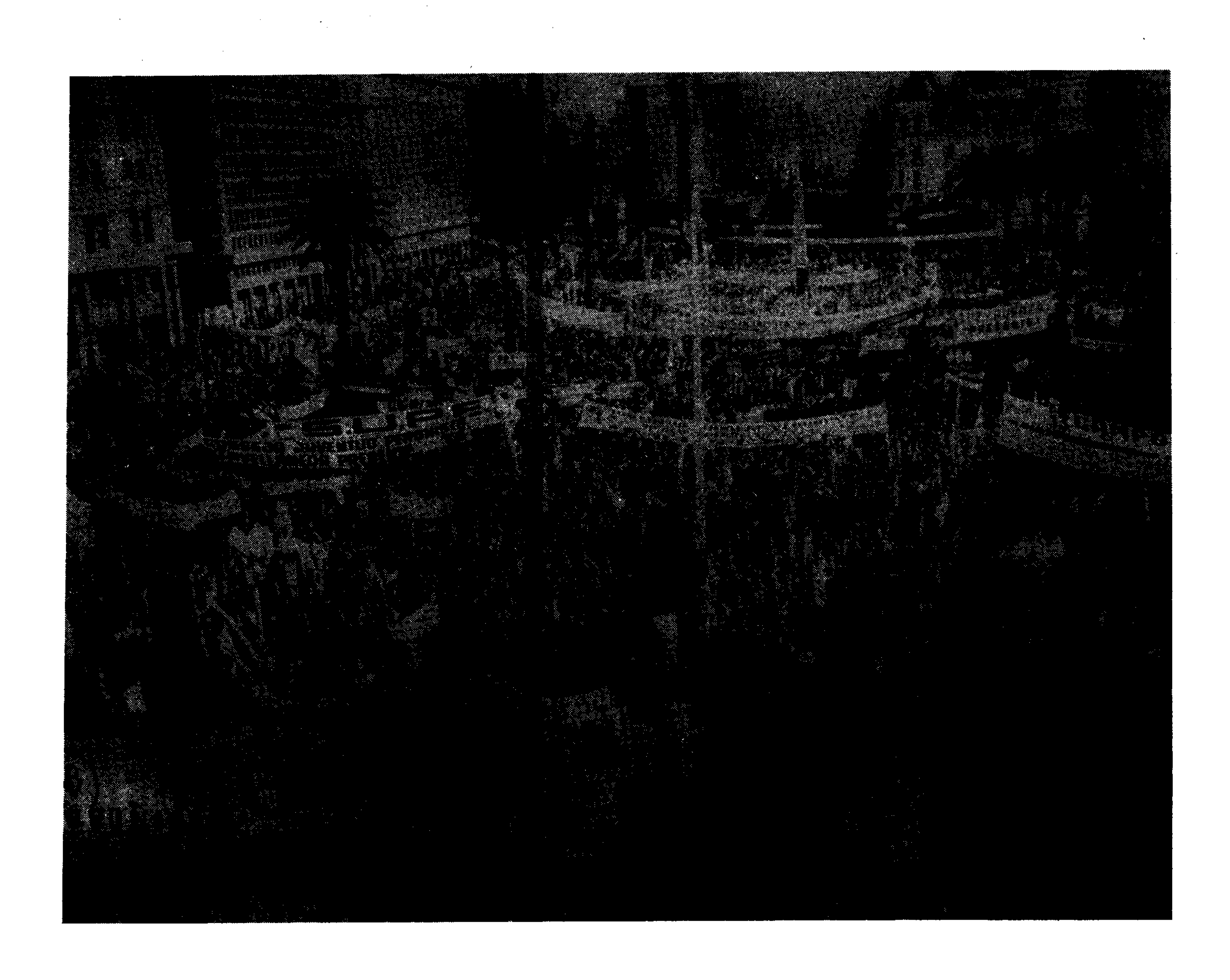
Recht hat die Junta, wenn sie vor den Zuschauermassen in den Stadien Angst hat. Die WM bringt dem argentinischen Volk keine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingun-

gen. Die Junta muß daher auch während der WM mit Widerstandsaktionen außerhalb und innerhalb der Stadien rechnen. Der Widerstand wird sich jedoch nicht – wie es uns die bürgerliche Presse weiszumachen versucht – gegen ausländische Touristen richten. Vielmehr geht es darum, „jedem Ausländer, der in unser notleidendes Vaterland kommt, das wahre Schaufenster zu zeigen. Diese Ausländer werden die wahren Propagandisten dessen sein, was in Argentinien passiert, das den Verbrechen der Generäle unterworfen ist ... Nichts wird nützlicher sein, als jeder Taxifahrer, jeder Lohnabhängige im Gastronomiegewerbe, jeder Hotelangestellte, jeder Handelsangestellte usw., der die Wahrheit über das erzählt, was in Argentinien unter dem Faschismus passiert" (Stellungnahme der PC/ML v. 9. 11. 77). Es geht darum, „die WM als Form des massenhaften Volksprotestes gegen die Militärjunta zu gestalten. D.h. wir glauben, daß sich die Fußballweltmeisterschaft gegen die Junta selbst richten wird" (Erklärung der MPM v. Febr. 1978).

Um die große Öffentlichkeit der WM zu nutzen, haben z.B. die Montoneros rollende Störsender entwickelt, mit denen man den Fernsehton mit Durchsagen von „Radio Libertad" überlagern kann (SZ 11. 8. 77).

Unsere Aufgabe in Westdeutschland wird es sein, die Zeit, in der Millionen von Menschen anläßlich der WM auf Argentinien schauen, zu nutzen, um die Terrorherrschaft der Militärjunta und den Widerstand des argentinischen Volkes dagegen darzustellen und zu zeigen, daß das Kapital, mit dem die westdeutschen Konzerne in die Länder der 3. Welt gehen, aus den Knochen der westdeutschen Arbeiter stammt, daß der imperialistische Gegner derselbe ist und welche Absichten die westdeutschen Imperialisten verfolgen.

W. F.



Interview mit Schön

vom 10.2.78 in Frankfurt a. M.
(aus: „Evangelische Kommentare",
11. Jahrgang, März 1978)

Kommentare: Sport und Politik, ein altes Problem, das freilich bei der Fußballweltmeisterschaft in Argentinien erneut und in verschärfter Form akut wird. Welche Positionen beziehen Sie hier?

Schön: Zunächst konnte ich mich dem Eindruck nicht entziehen, daß Argentinien vor der militärischen Machtübernahme diese Weltmeisterschaft möglicherweise nicht zustande gebracht hätte. Das muß man ganz neutral als Beobachter sagen. Die Militärs haben natürlich alles daran gesetzt, den Auftrag, die Weltmeisterschaft

„Wir haben in Argentinien nichts von einer ausgesprochenen Diktatur gesehen."

durchzuführen, optimal zu erfüllen und betrachten das gewiß auch als eine wichtige Prestigeangelegenheit.

Kommentare: Und von den Auswirkungen einer militärischen oder polizeistaatlichen Diktatur haben Sie nichts bemerkt?

Schön: Da sind einige hochgespielte Sachen bei uns in die Presse gekommen, insbesondere über die Situation, in die wir gerieten, als wir mit den Militärs im River Plates Stadion in Buenos Aires waren ...
Ansonsten haben wir, ich war ja acht oder zehnt Tage dort, nichts gesehen, von dem man sagen könnte, es handele sich um eine ausgesprochene Diktatur. Natürlich sah man an verschiedenen Stellen in den Städten Posten, Militärs auch am Flughafen. Die sind natürlich äußerst ängstlich, um nicht das Geringste vorkommen zu lassen. Es kann schon sein, daß man dort Vorsichtsmaßnahmen trifft. ...





Der Präsident und der General: Neuberger in Argentinien.

Interview mit Hermann Neuberger

SPORT: „Kann man denn einen sportlichen Wettbewerb völlig losgelöst von dem politischen Hintergrund sehen, vor dem er stattfindet?"

NEUBERGER: „Man müßte dann ja auch sagen, wir dürfen es nicht bei uns in Deutschland, weil bei uns ja auch der Terror nicht auszuschließen ist."

SPORT: „Ich meine jetzt nicht die Frage der Sicherheit. Ganz sicher leben wir hier in einem demokratischen Land, aber ganz sicher ist Argentinien keines."

NEUBERGER: „Aus der Kenntnis Südamerikas möchte ich uns Europäer doch vor einem Fehler bewahren. Nämlich, daß wir das Demokratieverständnis der Südamerikaner mit unserem Demokratieverständnis vergleichen. Da machen wir nämlich den ersten großen Fehler. Ich kenne nicht nur Argentinien, ich kenne Brasilien, ich kenne die übrigen Länder ziemlich dort oben. Und hier ist einfach von der Mentalität des Volkes her und von der ganzen Einstellung gegenüber dem Staat, gegenüber der Arbeit, gegenüber anderen – ja das muß man ganz einfach sagen – ist es nicht vergleichbar mit uns."

SPORT: „Sie meinen, die Leute wollen es nicht anders?"

NEUBERGER: „Nein, die werden ab und zu mal nur wieder wachgerüttelt in Richtung gesundem Demokratie-Empfinden, wenn sie vorher vom Weg abgekommen sind. Man kann auch nicht sagen, daß vorher dort eine Art europäischer Demokratie am Ruder gewesen ist. Das habe ich selbst noch erlebt, da war ich viel mehr rechts und links und vorn und hinten abgeschirmt als später. Ich meine, wir brauchen nur die Wirtschaftslage und alle diese anderen Dinge zu sehen. Nur noch 35 Prozent haben gearbeitet in Argentinien, und keiner hat Steuern bezahlt. Das war ja doch der völlige Zerfall, und so muß man es sehen. Dann kommt also jemand, der sagt, wenn in einem halben Jahr nicht Ruhe eintritt, das wurde ja in der Weihnachtsbotschaft von Staatspräsident Videla gesagt, dann müssen wir versuchen, noch zu retten, was zu retten ist. Ich persönlich habe in dem Gespräch mit ihm von Seiten des FIFA Executiv-Comitees den Eindruck gewonnen, daß er baldmöglichst wieder politische Parteien zulassen wird.

SPORT: „Und Wahlen?"

NEUBERGER: „Ja, dann natürlich auch. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß es auch dort in diesem Bereich Tauben und Falken gibt."

SPORT: „Sie halten General Videla für eine Taube?"

NEUBERGER: „Ich halte ihn für eine Taube. So wird er ja auch allgemein, glaube ich, gesehen."

SPORT: „Aber zweifellos ist das da drüben ein Militärregime. Man kann es auch eine Militärdiktatur nennen."

NEUBERGER: „Ich bin also mit dem Begriff der Diktatur sehr vorsichtig, weil wir sonst sehr viele Länder der Welt als Diktatur ansprechen müßten."

SPORT: „Das müssen wir leider auch."

NEUBERGER: „Ich habe meine Berichte aus Argentinien, sowohl von offiziellen wie von offiziösen und rein privaten Quellen, ständig bekommen. Da konnte ich mir in etwa ein richtiges Bild machen. Das geschieht seit Jahren."

Auszug aus einem Interview der ‚Sport-Illustrierte' mit DFB-Präsident Neuberger aus Nr. 4/78

Unterstützungsprojekt: Kinder- und Gefangenenhilfe Argentinien

Die Situation im Norden der Provinz Santa Fe

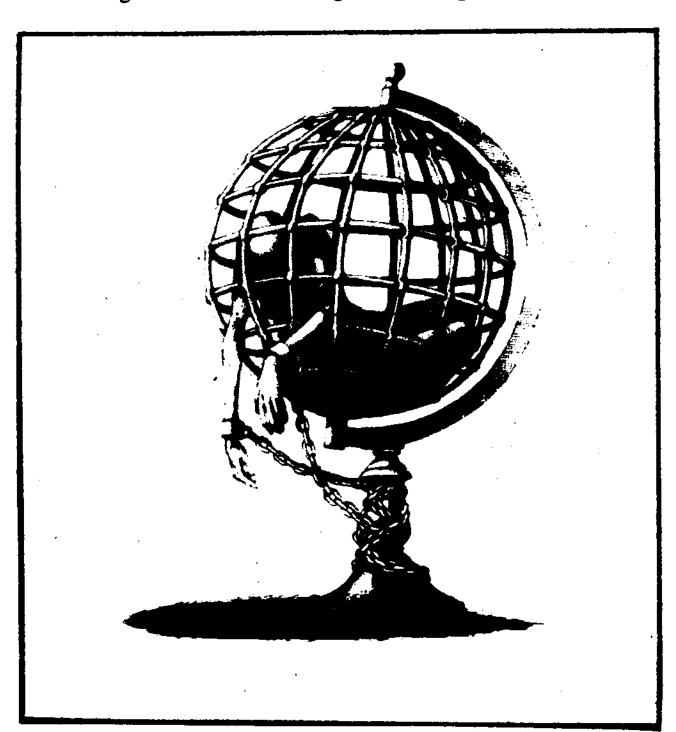
Ein Schlaglicht auf die Art und Weise, wie in einer unterentwickelten Region Aussichten auf eine bessere Zukunft zunichte gemacht werden.

Charakteristisk des Nordens von Santa Fe

Die argentinische Provinz Santa Fe erstreckt sich längs des Westufers des Parana-Flußes, aus der Höhe von Buenos Aires bis fast an die Grenze von Paraguay. In wirtschaftlicher und politischer Bedeutung steht sie in Argentinien an zweiter Stelle. (Oberfläche: 140 000 qkm; Einwohner: 2,5 Mio). Ihr Entwicklungsstand ist jedoch nicht einheitlich, man könnte von einer Provinz der Gegensätze sprechen: die nördliche Zone ist eine der ärmsten des Landes, während der südliche Teil zu einem der Hauptzentren der Industrie Argentiniens gehört.
Der Norden von Santa Fe:
a) die ländliche Zone: Es gibt hauptsächlich Landwirtschaft; vorwiegende Kulturen sind: Zuckerrohr, Baumwolle und Sonnenblumen. Die Entwicklungsmöglichkeiten der Landwirtschaft werden jedoch eingeengt durch die herrschenden Besitzverhältnisse (Großgrundbesitz) und die dadurch nicht optimale Ausnützung der Ländereien, durch eine unangepaßte Infrastruktur und vor allem durch das Fehlen einer Politik, die die Vermarktungschancen der kleinen und mittleren Erzeuger fördert, die den größten Teil der Landbevölkerung darstellen und in dieser Region mit 89% der Agrarerzeuger auch der produktivste Teil auf dem Landwirtschaftssektor sind. Dieser Sektor gliedert sich gewerkschaftsähnlich in die „Ligas Agrarias" (Bauernligen). Es besteht Viehwirtschaft, aber die Bedingungen, unter denen sich diese abwickelt, zeigen Kennzeichen der Rückständigkeit. 11% der Bevölkerung sind Großgrundbesitzer, die 74% des kultivierbaren Bodens ihr eigen nennen. Diese Gruppe betreibt hauptsächlich Viehzucht. Die zu Anfang des Jahrhunderts „blühende" Forstwirtschaft ist erheblich zurückgegangen. Grund dieser Stagnation ist die verheerende Abholzung durch die englische Firma „La Forestal S.A.", die sich in der Zone einrichtete, um den „Quebracho Colorado" auszubeuten. Durch Nichtwiederaufforstung wurde diese Baumart ausgerottet. Grund: Der „Quebracho-Baum, der 50 bis 100 Jahre für seine Regeneration benötigt, lieferte das für die Lederverarbeitung wichtige Tanin (Gerbsäure). Die „Cuna Boscosa" (Waldkeil) ist augenblicklich eine Zone extremer Unterentwicklung, obschon sie in den Zeiten der „Forestal" eine Epoche anscheinender Blüte erlebt hatte. Besagte englische Gesellschaft hatte die Schaffung von Dörfern begünstigt, die sogar fließendes Wasser und einen ähnlichen Komfort hatten wie die großen städtischen Ansiedlungen der Epoche und der Region. Heute findet man statt relativ entwickelten Siedlungen, wie einst Villa Guillerma, Rartagal, La Gallaretta, Villa Ana, „pueblos fantasmas", Geister-Dörfer ohne Arbeitsplätze, weil die „Forestal" ihre Einrichtungen abgezogen hat, um sie in Afrika aufzubauen. Gegenwärtig entwickeln Regierung, Streitkräfte und Polizei in dieser Zone eine Aktivität, die man vorbeugende psychologische „Kriegsführung" nennen könnte. Seit 1969 versuchen sie, Guerillalager zu finden, die niemals existiert haben. Unter dem Vorwand der „vorgestellten Anwesenheit von subversiven Elementen" werden systematisch Hausdurchsuchungen und Verhaftungen durchgeführt, regelrechte Durchkämmaktionen, wobei gleichzeitig die Gegend mit Flugzeugen überflogen wird, um Furcht und Schrecken bei der Bevölkerung zu verbreiten. Eine dieser koordinierten Operationen von Luftwaffe, Bundes- und Provinzpolizei ergab am 31. 1.76 50 Verhaftungen. Die Schlagzeilen in der argentinischen Presse zeigen deutlich die vorbeugend repessive Zielsetzung dieser Aktionen. Die Bevölkerung liest von der Existenz von „Freischärlerlagern" in der Cuna Boscosa, hat aber noch nie etwas davon gesehen.

b) die städtische Zone: Das wichtigste städtische Zentrum der Zone bilden die Orte Reconquista (30.000 Einwohner) und Avellaneda (10.000 Einwohner), die 5 km voneinander entfernt liegen.
Reconquista ist hauptsächlich ein Industriezentrum: mit Gefrierfleischfabrik, Speiseölfabrik, zwei Getreidemühlen, zwei Gerbereien, Baumwollverarbeitung, verschiedenen metallverarbeitenden Werkstätten, einer Fabrik für Futtermittel und schließlich die milchverarbeitende Industrie des Nordostens mit einer Nudelfabrik. Infolge dieser Industrialisierung hat sich eine zahlenmäßig bedeutende Arbeiterschaft gebildet, die in sogenannten barrios populares (Proletarienviertel) wohnt, in zu kleinen Wohnungen von schlechter Qualität, keine festen Straßen usw. Wie ein Ring um die Stadt schließen sich an diese Arbeiterviertel die eigentlichen Elendsviertel (villas miserias) an. Dort wohnt eine Art Subproletariat, bestehend hauptsächlich aus Saisonarbeitern, die nur bei den verschiedenen Ernten zu bestimmten Jahreszeiten Arbeit haben. In diesen Elendsvierteln ist der Mangel an öffentlichen Dienstleistungen noch drückender: es gibt weder fließendes Wasser noch Elektrizität, hinzu kommt, daß sie in Gelände liegen, das ab und zu von einigen Zuflüssen des Rio Parana in der Regenzeit überflutet wird.
Der Nachbarort Avellaneda ist ein Dienstleistungszentrum für die Landwirtschaft mit zwei wichtigen landwirtschaftlichen Genossenschaften für Vermarktung und Konsum, Werkstätten für die Reparatur von landwirtschaftlichen Maschinen usw. Avellaneda beherbergt auch die größte Speiseölfabrik Südamerikas, die zeitweise 1500 Personen beschäftigen kann, was die Existenz von Arbeitervierteln in der Umgebung bedingt. Trotz dieser relativ differenzierten Wirtschaftstätigkeit kann die Region in keinster Weise mit dem Ballungszentrum um Buenos Aires konkurrieren. Die Kehrseite dieser Medaille ist eine schreiende soziale Ungerechtigkeit und eine regelrechte Ausbeutung der mittleren und kleineren Bauern, Landarbeiter, Arbeiter und Bewohner der Elendsviertel. Dieses immer stärker An-den-Rand-Drängen (Marginalisierung) dieser Bevölkerungsschicht einerseits, und die Tatsache, daß es schon seit langer Zeit Gruppen und Bewegungen gibt, die sich engagiert der Förderung des Prozesses der Bewußtseinsbildung verschrieben hatten, bringen es mit sich, daß jetzt die Bevölkerung eine fordernde Haltung einnimmt: man ist entschlossen, die Grundrechte, die jedem Menschen zustehen, zu verteidigen. Dies äußert sich in der Organisation von landwirtschaftlichen und Arbeitergewerkschaften, Nachbarschaftshilfekomitees usw. Wo das nicht möglich ist, weil die Regierung

und die Mächtigen solche Aktivitäten für illegal erklären und somit kriminalisieren, entstehen spontan Bewegungen und Gruppen, die sich mittels Aktionen, wie z.B. Streiks, Kundgebungen, Straßentheater usw. Gehör verschaffen. Einige dieser Organisationen sind:
a) „Bewegung für die Rückgewinnung der gewerkschaftlichen Freiheiten 31. Mai". Diese Bewegung hat ihren Ursprung im Bereich der Ölarbeitergewerkschaft, mit Sitz in Reconquista, deren Einfluß sich jedoch über den ganzen Norden der Provinz Santa Fe erstreckt. Diese Gewerkschaft stand lange unter der Führung von korrupten Funktionären,



die sich durch Wahlfälschungen und mit Schmiergeldern seitens der Regierung und der Unternehmer bereicherten. Angesichts dieser Tatsache wird zu Gewerkschaftswahlen eine Alternativliste aufgestellt, der aber dann behördlich untersagt wird, an der Wahl teilzunehmen. Als Folge dieser Vorgänge entsteht am Rande der Gewerkschaft oben genannte Bewegung. Unter diesem Namen erreichen die Arbeiter in wilden Streiks und Kundgebungen, daß ihre wesentlichen Rechte respektiert werden. Zur Zeit jedoch sind die meisten führenden Mitglieder entweder entlassen oder im Gefängnis.
b) In der Gewerkschaft der fleischverarbeitenden Industrie verlief der Prozeß ähnlich: Die Basis revoltiert gegen die Gewerkschaftsführung, was 1974 die Entlassung aller Kandidaten, die auf der Liste der Opposition standen, zur Folge hat.
c) In der Gewerkschaft der Bauarbeiter bedrohte und verfolgte man die Mitglieder der oppositionellen Liste.
d) Gewerkschaft Erziehungswesen: Sie war von integren (nicht korrupten) Persönlichkeiten geführt. Der Großteil ihrer führenden Mitglieder wurde ab Januar 1976 eingekerkert, der Rest nach dem Militärputsch vom 24. 3. 76.
e) Ligas agrarias (Bauernligen). Es handelt sich um eine Gewerkschaft der kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Produzenten, die erdrückt werden vom Gewicht der Agrarpolitik des Landes, die die großen Erzeuger begünstigt. Sie sahen sich gezwungen, Kampagnen zu organisieren, um die Erträge ihrer Ernten vermarkten zu können, die Verkarstung der Felder durch die Nichtaberntung zu verhindern und den Kapitalentzug durch die Konkurrenz der Monopole zu stoppen. Die Bewußtmachungsarbeit seitens der Kirche brachte dem Campesino immer klarer zum Bewußtsein, wo die eigentlichen Gründe für die Erlahmung seiner Wirtschaftskraft lagen: bei den Monopolen der Großerzeuger. Als nun Menschen heranwuchsen, die fähig waren, ihre Rechte zu verteidigen, brachten sie die Politik der mächtigen Agrarsektoren der Provinz Santa Fe, wo ca. 6% der Devisen in der Landwirtschaft erarbeitet werden, in Gefahr. Die Ligas agrarias wurden nach der Machtübernahme durch das Militär (24. 3. 76) verboten, ihre führenden Mitglieder im ganzen Land verfolgt, verhaftet, gefoltert.

f) Auch andere Sektoren wurden Opfer der Unterdrückung, weil sie Aktivitäten entwickelten, die vor allem den Interessen der unteren, minderprivilegierten Bevölkerungsschichten entsprachen: Z.B. wurden sanitäre Projekte, die unter aktiver Beteiligung der Bevölkerung eine Verbesserung des Gesundheitswesens anstrebten, aufgelöst, weil sie als subversiv angesehen wurden. Die Ärzte, Krankenschwestern und technisches Personal, die in dieser Region eine ausgesprochen humanitäre Arbeit leisteten (manchmal arbeitete ein Arzt für 1000-1500 Patienten ohne jegliches Instrumentarium, in einer Lehmhütte als Behandlungsraum, unter schlechtesten hygienischen Bedingungen, ohne Medikamente, unterstützt von einer freiwilligen Krankenschwester), mußten die Gegend verlassen, weil die Regierung ihre Verträge annulierte.
g) Besondere Erwähnung verdient noch die evangelisatorische Arbeit der Kirche, mit besonderem Engagement für die ganz Armen in dieser Region. Vor allem in den am stärksten unterentwickelten Siedlungen zögerten diese fortschrittlichen kirchlichen Kräfte nicht, sich für die schreienden sozialen Probleme zu sensibilisieren und sie anzugehen. In der Cuna Boscosa war diese Arbeit der Kirche Ausgangsbasis für die Schaffung der ersten Gewerkschaft der Holzarbeiter; außerdem wurde die Gründung einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft und einer Ziegelei, sowie einer kunsthandwerklichen Werkstatt gefördert. Unter den Campesinos förderte die Kirche ausschlaggebend die Entwicklung des Bewußtseins in den oben genannten „Movimientos rurales", Organisationen, aus denen die wichtigsten Führer der „LIGAS AGRARIAS" kamen. Auch die Mitglieder dieser Gruppen fortschrittlicher Geistlicher wurden zur Zeit wegen ihrer „aufrührerischen Tätigkeit" von Polizei und Militär verfolgt.

ANHANG:

Einige Fälle von Familien politischer Häftlinge, die die Unterstützung der „Kinderhilfe" dringend benötigen:

1) Familie eines Campesino-Führers:

Vier Kinder, das jüngste 3, das älteste 11 Jahre alt. Bereits vier Hausdurchsuchungen, immer nach Mitternacht und mit großem Polizeiaufgebot. Bei der letzten Durchsuchung wurde der Vater festgenommen. Diese Familie lebt auf dem Land, etwa 20 km von der nächsten Stadt entfernt. Zwei Monate lang gilt der Vater als vermißt, dann kann ihn seine Frau in einem ca. 200 km entfernten Gefängnis ausfindig machen. Kurz darauf wird er in einen 500 km entfernten Ort verlegt. Zur Zeit dürfen ihn nur Verwandte in gerader Linie 15 Min. lang alle 45 Tage besuchen. Seine Frau hat keine Arbeit, eine andere Einkommensquelle als die des Vaters gibt es nicht. Eine Besuchsreise ins Gefängnis, wo der Mann sitzt, dauert 3 Tage und kostet ca. 200 DM, wobei sie sich das Essen mitnehmen und im Bus oder bei Freunden schlafen.

2) Familie eines kleinen Angestellten:

Bei der Hausdurchsuchung wird der älteste Sohn und der Schwiegersohn (22 und 25 Jahre) getötet. Die Mutter, Lehrerin, ca. 50 Jahre alt, eine Tochter und die schwangere Schwiegertochter werden festgenommen. Alle drei werden gefoltert. Die Schwangere entbindet im Gefängniskrankenhaus infolge der Folter ein totes Kind. Der alte Vater ist mir den drei, bzw. vierjährigen Enkelkindern allein. Um seine Frau zu besuchen, muß er 300 km und zu seinen Töchtern 700 km mit dem Bus reisen.

3) Familie eines Holzfällers:

Neun Kinder, alle im Schulalter. Sehr prekäre wirtschaftliche Verhältnisse. Die Familie lebt in einem Dorf, das 25 km von der nächsten Stadt und 700 km vom Gefängnis, wo der Vater der Familie in Haft ist, entfernt liegt. Freunde zahlten seiner Frau und einem seiner Söhne eine Besuchsreise in die Haftanstalt. Sie kostete ca. ein Monatsgehalt.

4) Familie eines Campesino:

Sieben Kinder. Der Vater wird über den Staatsrundfunk aufgefordert, sich wegen einer bürokratischen Formalität bei einer Staatsdienststelle zu melden. Als er dieser Radiomeldung nachkommen will, wird er beim ersten Gendarmerieposten festgenommen, gefoltert und in Isolationshaft genommen. Nach zwei Monaten wird er ohne Begründung für seine Verhaftung wieder freigelassen, nach drei Monaten jedoch wieder verhaftet. Diesmal wird er nicht mehr verhört oder gefoltert. Man verbindet ihm die Augen und läßt ihn nur hin und wieder zuschauen, wie ihm bekannte Campesino-Führer brutal gefoltert werden.

5) Familie eines Ladenangestellten:

Das junge Ehepaar wird nachts bei einer Hausdurchsuchung gemeinsam mit der 1 1/2-jährigen Tochter festgenommen. Es vergehen fünf Monate, bis man weiß, wo sie sich befinden. Eines Nachts wird der Großmutter die kleine Enkeltochter ins Haus gebracht. Die alleinstehende Frau bezieht Sozialrente, kann sich und das Enkelkind gerade davon ernähren. Die Haftanstalt, in der ihr Sohn gefangengehalten wird, liegt 500 km, die der Tochter 700 km entfernt.

Dieses sind nur einige Familien, die von dem Repressionsapparat der argentinischen Militärdiktatur auseinandergerissen, gefangengenommen, gefoltert, getötet wurden. Es wird ihnen vorgeworfen, subversive politische Arbeit geleistet zu haben. Diese Begründung reicht für das Militär in Argentinien aus, um jegliches Mitglied der Basisorganisationen, die für eine Verbesserung der Lebensbedingungen arbeiten und kämpfen, zu verhaften, zu foltern und zu ermorden. Im heutigen Argentinien, wo die Militärdiktatur sämtliche Grundrechte des Menschen unter ihren Stiefeln zertrampelt, wo der gewerkschaftliche Kampf als subversiv bezeichnet wird, wo die Lebenshaltungskosten im letzten Jahr um über 100% gestiegen sind, wo es mehr als 30.000 politische Gefangene gibt, wo die Arbeitslosenzahl ca. 20% beträgt, dort bedeutet für den Durchschnittsbürger jeder Tag, an dem er seine Familie durchbringen muß, ein Kampf um die nackte Existenz.

Aus diesem Grunde wurde in Freiburg die „KINDERHILFE ARGENTINIEN" gebildet, um wenigstens einem Teil der Verwandten und Kinder politischer Gefangenen Unterstützung zu gewähren. Wir sehen in unserer Unterstützungsarbeit nicht ein Projekt karitativer Natur. Im Gegenteil: Für uns bedeutet eine Solidaritätsarbeit mit den Familien der politischen Gefangenen nicht nur eine finanzielle Unterstützung. Es muß auch eine moralische sein, um auszuharren, weiterzuarbeiten und kämpfen zu können, für eine Verbesserung der Lebensbedingungen, für die Verteidigung der gewerkschaftlichen Rechte und für die Verteidigung der Menschenrechte. Unser Ziel ist es, 500 DM monatlich in den Nordosten der Provinz Santa Fe zu schicken. Eine Gruppe von Leuten hat dort die Aufgabe, dieses Geld nach den Bedürfnissen der Bevölkerung einzusetzen. Wir garantieren, daß das Geld sicher ankommt. Die Kanäle können wir aus politischen Gründen nicht bekannt geben. Die im Süd-Nord-Laden eingehenden Spenden werden zu ca. 50% für dieses Projekt verwendet.

Übersetzung: Anni Wagner/Gottfried Walcher

Geldspenden bitte an:

Süd–Nord–Forum
Konto 2028334
Öffentl. Sparkasse Freiburg
Kennwort: Kinderhilfe Argentinien



LITERATURLISTE

Motor Columbus entdeckt Amerika
66 Jahre Elektrokolonialismus in Argentinien
Ein Bericht der Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern
ca. DM 3,50
Postfach 1007, 3001 Bern

Argentinien
Sondernummer der

Sondernummer der Chile-Nachrichten, 24. 3. 1977
Solidaritätspreis DM 4,–

Arno Münster
Argentinien
Guerilla und Konterrevolution
Arbeiterkämpfe gegen oligarchische Diktatur und Gewerkschaftsbürokratie
Trikont Vlg. DM 15,–

CADHU
Argentinien auf dem Weg zum Völkermord
Hrsg. progress dritte welt verlag Bonn 1977
Buschstr. 20, 5300 Bonn

Material für Aktionsgruppen:
Argentina '78
Lateinamerika Nachrichten Nr. 54 (28. 11. 77) und folgende
Solidaritätspreis DM 2,–
zu beziehen über: Lateinamerika-Nachrichten
c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1 Berlin 12

Material zur Fussball – WM
Argentinien '78
Dokumentation Nr. 1 DM 1,80
zu beziehen über: Chile Arbeitsgruppe
Hügelstr. 2, 7530 Pforzheim

Von der Olympiade '36 in Deutschland zur Fussball – WM
Argentinien '78
Dokumentation Nr. 2 DM 2,–
zu beziehen über: Chile Arbeitsgruppe
Hügelstr. 2, 7530 Pforzheim

Argentinien WM '78
Fussball und Folter
Eine Dokumentation zur argentinischen Realität vor dem Hintergrund der Fußballweltmeisterschaft 1978 DM 5,–
zu beziehen über: Informationsstelle Lateinamerika
Buschstr. 20, 5300 Bonn

Klaus Staeck – Postkarte
„Wir rufen die Fußballfreunde der Welt"
Stück .-50 Pf., ab 50 Stück .- 30 Pf.

Klaus Staeck – Plakat
„Wir rufen die Fußballfreunde der Welt"
Stück DM 4,–
zu beziehen über: Postfach 102063
69 Heidelberg

Argentinien
Sind die „WM" 78 zu verurteilen?
Informationsgruppe Argentinien (I.G.A.)
zu beziehen über: Postfach 1735, PC 30 – 1554
3001 Bern – Schweiz kostenlos

IRAN

Zunehmender Widerstand gegen das Schah-Regime

Seit einem halben Jahr verstärkt sich im Iran der offene Protest gegen die Schahregierung. Dies geschieht nicht etwa aufgrund einer politischen Liberalisierung; wegen der sich verschärfenden wirtschaftlichen Widersprüche drängt die Bevölkerung mit ihrer Unzufriedenheit zunehmend in die Öffentlichkeit, und dies trotz der verstärkten staatlichen Repression, die immer wieder zu blutigen Massakern führt.

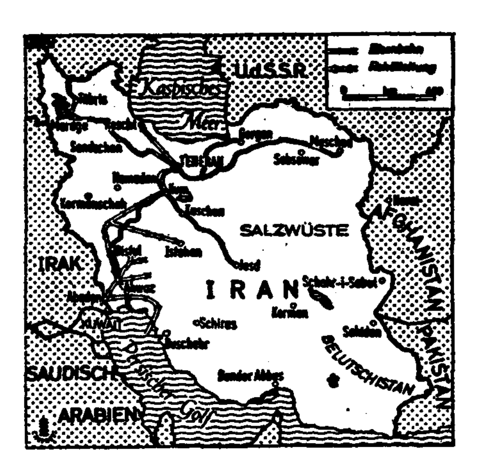
Während der Schah Mitte November 1977 die USA besuchte, kam es in Teheran zu gewaltigen Studentendemonstrationen. Als eine politische Dichterlesung an der Universität von der Polizei gestört wurde, kam es zu einer spontanen Demonstration von etwa 2000 Menschen durch Teheran, bei der die Fensterscheiben von Banken und ausländischen Automobilfirmen eingeschlagen wurden. 30 bis 40 Menschen wurden von der Polizei verwundet, etwa 50 wurden verhaftet. 4000 Teilnehmer der Dichterlesung beschlossen daraufhin, den Saal nicht zu verlassen, bis die Inhaftierten freigelassen würden. Eine ganze Nacht dauerte der Sitzstreik. Als die Verhafteten am Morgen immer noch nicht frei waren, beschlossen sie, auf die Straße zu gehen.

Der Demonstrationszug schwoll innerhalb kürzester Zeit auf 10.000 Teilnehmer an; auch der Protest wurde breiter und richtete sich ebenfalls gegen den Schahbesuch in den USA (AK 28. 11. 77). Auch in den folgenden Tagen drang die Polizei noch mehrmals in die Universität ein und verprügelte Studenten und Professoren, die sich zu Versammlungen zusammengefunden hatten (AK 23. 1. 78).

Weit brutaler war das Vorgehen der Polizei in Ghom (Qum) am 9. und 10. 1. 78. Hier wurden mehr als 100 Menschen von der Polizei erschossen und mehr als 500 verletzt. Verhaftet wurden etwa 1400 Demonstranten (LM 13. 1. 78). In der nahe Teheran gelegenen Pilgerstadt waren 5000 Theologiestudenten und schiitische Geistliche – Mullahs – auf die Straße gegangen, um gegen die Unterdrückung durch das Schahregime zu protestieren. Obwohl die Demonstration friedlich verlief, eröffnete die Polizei das Feuer. Ein iranisches Menschenrechtskomitee berichtet: „Die Straßen waren mit Toten und Verwundeten übersät. Die Pilgerstadt Ghom ähnelt eher einer im Krieg eroberten Stadt" (FR 14. 1. 78).

Seit diesem Massaker flammen im Iran alle 40 Tage wieder Unruhen auf. Denn vierzig Tage nach einer Beerdigung halten die Moslems traditionsgemäß Gedenkfeiern für die Toten ab. Im Februar und März wurden sie Ausgangspunkt erneuter großer Demonstrationen.

Vier hohe Geistliche hatten zu einem Tag der nationalen Trauer am 18. Februar aufgerufen, was einem Aufruf zum Generalstreik gleichkommt. In den meisten Städten blieben die Basare daraufhin geschlossen (FR 22. 2. 78, NZZ 24. 2. 78).



Besonders heftig wurden die Auseinandersetzungen in Täbris, der zweitgrößten und über eine Million Einwohner zählenden Stadt im Nordwesten an der Grenze zur UdSSR und der Türkei. Hier sollen die Demonstranten mindestens 73 Banken, 10 Kinos und viele Läden für Luxuswaren, die nicht geschlossen waren, verwüstet haben. Auch „Regierungsbüros" wurden angegriffen, weil die Bediensteten nicht streikten. Die Polizei griff die Demonstranten mit Unterstützung der Armee brutal an: allein nach offizieller Darstellung gab es 9 Tote und 125 Verwundete; die Demonstranten berichteten jedoch von Hunderten von Toten und Tausenden von Verletzten (NZZ 24. 2. 78, FR 22.2.78).

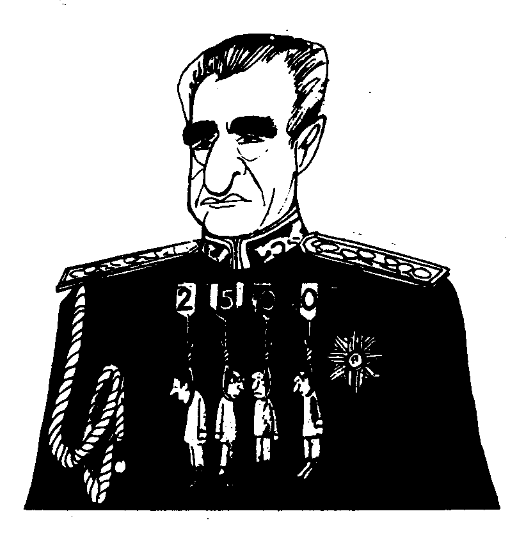
Am 29. und 30. März kam es daraufhin in wohl allen Städten zu weiteren Demonstrationen, die ähnlich verliefen wie diejenigen 40 Tage zuvor und bei denen die Polizei wieder gewaltsam eingriff (FR 30. 3. und 1. 4. 78, LM 1. und 5. 4., NZZ 3. 4. 78).

In vielen Städten gab es wieder Todesopfer. Das iranische Menschenrechtkomitee gab bekannt, daß allein in Isfahan etwa 50 Menschen ums Leben kamen (LM 5. 4. 78).

Die Berichterstatter betonen immer wieder, daß die Demonstrationen und die Flugblattverteilung gut organisiert gewesen seien. Die iranischen Behörden und Medien identifizierten meist „islamische Marxisten" als die „Unruhestifter". Eine solche Organisation gibt es nicht; richtig daran ist nur, daß die Opposition gegen den Schah aus islamischen und marxistischen Gruppen besteht.

Tatsache ist, daß den religiösen Führern eine wichtige Rolle im Kampf gegen das Schahregime zukommt. Das mag be-

denklich sein, denn man kann sich die Moscheen nur allzu gut als Sammelbecken der ultrarechten, den Feudalherren nahestehenden Kräfte vorstellen, die sich dagegen wehren, daß ihre Machtstellung in der vom Schah stark vorangetriebenen kapitalistischen Entwicklung abbröckelt. Der Schah versucht auch, die religiösen Führer so darzustellen, daß sie z.B. gegen die Frauenemanzipation und die Abschaffung des Schleiers kämpften, ja gegen die westliche Zivilisation überhaupt, wie die Verwüstungen der Demonstranten gegen Banken, Kinos und Luxusgeschäfte angeblich immer wieder zeigten.



Das Oberhaupt der iranischen Schiiten hat solche Behauptungen ausdrücklich zurückgewiesen (FT 20. 1. 78). Auch die Union islamischer Studentenvereine (UISA) in der BRD wehrt sich gegen die Darstellung der religiösen Opposition als Fanatiker, Reaktionäre und Fortschrittsfeinde.

Die führende Rolle des Klerus dürfte – von der Frauenfrage mal ganz abgesehen– tatsächlich eher forschrittlichen Charakter haben – ähnlich wie die Kirche in Lateinamerika – was hauptsächlich auf zwei Elementen beruht: ersten enthält die Religion einige Forderungen bezüglich der Menschenrechte, gegen die das unterdrückerische System offensichtlich verstößt, und zweitens genießen die religiösen Führer in der Bevölkerung hohes Ansehen und sind nicht so leicht durch die staatliche Gewalt zu belangen, solange sie sich auf den Glauben berufen. Das veranlaßt viele Oppositionelle dazu, in ihrer Kritik den Schutz der Religion zu suchen.
Die islamischen Kräfte stellen hauptsächlich demokratische Forderungen gegen die Schahregierung auf, wie z.B. politische Selbstbestimmung durch freie politische Wahlen, Abschaffung der Zensur, Amnestierung der politischen Gefangenen (UISA-Flugblatt).

Gleichzeitig gibt es auch eine nicht-religiöse Opposition, die hauptsächlich in drei Parteien organisiert ist. Am bekanntesten ist die moskau-orientierte „Toudeh"-Partei, die 1949 verboten wurde und seitdem im Untergrund arbeitet.

Die „Volksmudschahidin" waren vor 8 Jahren noch eine rein islamische Gruppe; innerhalb weniger Jahre jedoch hat sie sich in eine marxistisch/leninistische Organisation verwandelt. Die Volksmudschhidin sollen bei den diesjährigen Demonstrationen mit den „Volksfedajin-Guerillas" zusammengearbeitet haben, die unter den Industriearbeitern verankert sind und denen die Organisation des Februarstreiks in Täbris zugeschrieben wird (Guardian 12. 4. 78).

„Manchester-kapitalistische Politik"

– so beschreibt die Frankfurter Rundschau (31. 3. 78) die Wirtschaftspolitik des Iran kurz und prägnant. Tatsächlich sind die sozialen Folgen der forcierten Industrialisierungs- und Rüstungspolitik so verheerend, daß selbst Polizeigewalt viele Unterdrückte nicht mehr daran hindern kann, mit ihrem Protest auf die Straße zu gehen. Die großen Finanzzeitungen sahen diese Zusammenhänge schon seit längerer Zeit ganz klar und brachten sie in die Schlagzeilen: „The fun is over" (FT 25. 7. 77) und „Teheran hat die Schraube überdreht" (!) (Habla 19. 8. 77).

Die Inflationsrate betrug in den letzten Jahren 25 bis 40% pro Jahr; die Arbeitslosigkeit beträgt laut CISNU rund 40% (FR 6. 3. 78).

Die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung lebt in großem Elend. Hohe Verschuldung oder hohe Pachtzinsen sowie eine mangelhafte Infrastruktur verhindern, daß sie die Städte mit Nahrungsmitteln versorgen können. Infolgedessen müssen 80% der Nahrungsmittel heute importiert werden, die der Iran noch vor 20 Jahren selbst produzierte und exportierte (UISA-Flugblatt). Die Folge sind sprunghafte Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln, die noch über den Inflationsraten liegen, sowie eine Nahrungsmittelknappheit. Orangen kosten bis zu 25 DM pro Kilo (Spiegel 10. 4. 78).

Die Gelder, die dem Iran aus seinen Ölexporten zufließen, kommen der Bevölkerung nicht zugute. Stattdessen werden sie ausgegeben für
- Luxuskonsum,
- Geldanlagen in kapitalistischen Industrieländern (in der BRD z.B. bei Daimler-Benz und Krupp, vgl. iz3w 58, Dez. 76)
- Waffenkäufe und
- industrielle Prestigeobjekte.

Das Rüstungsgeschäft mit dem Iran beherrschen die USA. Für sie ist der Iran der größte Waffenkäufer außerhalb der NATO. Sie haben die Luftwaffe des Iran zur drittgrößten der Welt – nach der UdSSR und den USA – aufgerüstet (vgl. iz3w 57, Nov. 76).

Die BRD steigt nun bei der Aufrüstung der Marine groß ein. Da die BRD aufgrund eines Regierungsbeschlusses vom 16. 6. 71 offiziell keine Waffen in Spannungsgebiete liefern will, war vor einigen Jahren noch eine Lieferung von Leopard-Panzern an den Iran abgelehnt worden.

Nun ist ein Vetrag über die Lieferung von 6 U-Booten geschlossen worden. Sie bringen einen Umsatz von über 1 Milliarde DM, 4,5 Mio. Arbeitsstunden für die deutsche Schiffsbauindustrie und 9 Mio. Arbeitsstunden für die Zulieferindustrie. Da man sich diesen Auftrag nicht entgehen lassen will – wer sollte auch dagegen sein, daß deut-

sche Arbeitsplätze gesichert werden? –, erklärt man flugs den Iran zum Nicht-Spannungsgebiet. Es winken nämlich auch weitere Aufträge für die deutsche Werftindustrie: insgesamt 61 Kriegsschiffe will der Schah bauen lassen! In greifbarer Nähe sind für die BRD schon die Verträge über 6 weitere U-Boote sowie Fregatten zu einem Stückpreis von 350 bis 400 Millionen DM. Aber der Iran macht zur Bedingung, daß das Personal für diese Schiffe von Deutschen ausgebildet wird. So ist schon die komplette Einrichtung einer Marineschule im Iran durch die BRD im Gespräch (FR 1. und 21. 3. 78, Stgt Z 25. 4. 78).

Im Grenzbereich des Rüstungsgeschäfts liegt die Lieferung von 100.000 LKW's und Unimogs. Diese dürften einen Milliardenauftrag für Daimler-Benz bedeuten (Stgt. Z. 25. 4. 78).

Die Aufrüstung des Iran dient nicht nur den Exportinteressen der USA und der BRD. „Iran wird in einer Studie des amerikanischen Senats der ‚natürliche Auftrag' zugestanden, aufgrund seiner Stärke bei Streitigkeiten unter den Anrainerstaaten des Persischen Golfs zu vermitteln und gegebenenfalls auch zu intervenieren, wenn damit die Gefahr eines sowjetischen Eingreifens vermindert werde" (NZZ 22. 12. 77). Auch bei uns wird von einem „vitalen Interesse der Bundesrepublik, ja ganz Eruopas" gesprochen (Stgt. Z. 25. 4. 78).

Bei den industriellen Prestigeprojekten, die der Schah plant, ist vor allem der Bau von 20 Kernkraftwerken bis 1993 zu erwähnen (Habla 9. 8. 77). Neben der BRD sind bisher die USA und Frankreich Hauptlieferanten.

Die Kraftwerk Union (KWU), eine Siemens-Tochter, wird dem Iran vier KKW's liefern. Dem Auftragsvolumen nach ist es das größte Geschäft, das je getätigt wurde: 20 Milliarden DM (FR 11. 11. 77). „Die Reaktoraufträge sind für die deutsche Nuklearindustrie besonders wichtig, weil es wegen Bürgerprotesten und Gerichtsentscheidungen, aber auch wegen der von SPD und FDP bekundeten Präferenz für Kohlekraftwerke auf dem Inlandsmarkt für Atomkraftwerke finster aussieht" (Stgt. Z. 25. 4. 78).

Man mag sich fragen, warum eine Ölgroßmacht so viel Kernenergie braucht. Es scheint, als ob der Iran auf eine „moderne" Technologie bauen will, um dabei das Erdöl für den einträglicheren Export freizuhalten, also um seine Ölvorräte zu schonen (Habla 9. 8. 77, 21. 3. 78).

Ob diese Rechnung aufgeht, ist auch für Kapitalisten fraglich. Die Kosten für den Atomstrom werden 3 bis 4 mal so hoch sein wie in der BRD, denn die iranischen KKW's benötigen zusätzliche Sicherheitseinrichtungen, vor allem gegen Erdbeben, aufwendigere Kühlanlagen und besondere Infrastrukturmaßnahmen (AK 14. 11. 77, Habla 9. 8. 77). Bei seinem Iran-Besuch im April 1978 war Bundespräsident Scheel sehr viel daran gelegen, den Schah in dieser volksfeindlichen Industrialisierungs- und Rüstungspolitik zu unterstützen. Er fungierte als Fürsprecher einer ganzen Reihe von Wirtschaftsmanagern, die ihn begleiteten (Stgt Z. 25. 4. 78). Denn das Irangeschäft verspricht zu einem Dorado der deutschen Wirtschaft zu werden: ein Geschäftsvolumen von bisher ungeahntem Ausmaß steht in Aussicht, nämlich von 40 Milliarden DM, das entspricht einem Viertel des Bundeshaushaltes (Stgt. Z. 25. 4. 78). Mit dem fadenscheinigen Argument der Arbeitsplatzbeschaffung für deutsche Arbeiter tragen BRD-Regierung und Kapitalisten somit beträchtlich dazu bei, das Schahregime zu unterstützen und die iranische Bevölkerung zu unterdrücken und auszuplündern.

ebe



VR CHINA – IRAN

Geschichtsfälschung und Einmischung zugunsten des Schahs

Nr. 55 der „blätter des iz3w" vom August 1976 enthält eine Kritik der chinesischen Außenpolitik, in der u.a. aufgezeigt wird, wie die VR China durch Staatsbesuche, Handelsabkommen oder Jubel-Artikel in der „Peking Rundschau" das faschistische Schah-Regime in Iran international aufwertet und unterstützt. Kürzlich erhielten wir nun einen Artikel des in der BRD lebenden fortschrittlichen Iraners Abdol H. Behrawan, der sich ebenfalls mit diesem Thema befaßt und dabei zu ähnlichen Ergebnissen kommt wie unser Artikel vom August 1976. Aus Platzgründen können wir den Artikel von A. Behrawan nicht vollständig abdrucken, übernehmen aber im folgenden zwei wichtige Informationen daraus, die zeigen, daß die Kollaboration der Chinesen mit dem Schah noch erheblich weitergeht, als wir damals befürchtet hatten. Es handelt sich keineswegs nur um unverbindliche diplomatische Kontakte von Regierung zu Regierung, die – so verwerflich sie moralisch sein mögen – vom Standpunkt politischer Nützlichkeit immerhin vertretbar sind. Die Marxisten in Peking scheuen nicht vor bewußter Geschichtsfälschung zurück, wenn es um ihren folternden Freund Reza Pahlwei geht, für den sie sogar in Iran selbst Propagandamaterial in persischer Sprache verteilen. In den blutigen Klassenkampf zwischen dem Schah und dem iranischen Volk mischen sie sich damit handfest auf der Seite des Schahs ein. Darin stimmen sie mit der herrschenden Bourgeoisie in der BRD überein: Auch Bundespräsident Scheel fand bei seinem jüngsten Staatsbesuch in Persien wieder einmal nur lobende Worte für den Geschäftspartner Reza Pahlewi. Und Iraner wie Abdol Behrawan, die sich offen gegen das mörderische Schah-Regime einsetzen, werden bei uns von den Ausländerbehörden, die mit dem persischen Geheimdienst SAVAK zusammenarbeiten, in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und mit Ausweisung bedroht. (Vgl. „blätter des iz3w" Nr. 54, S. 37f, Nr. 60, S. 51f.)

Red.

Geschichtsfälschung

Die Peking Rundschau Nr. 33 vom 21. August 1973 veröffentlichte auf der Seite 18 einen ganzseitigen Artikel mit der Überschrift:

> „Neuer Erfolg des iranischen Volkes bei der Verteidigung seiner Erdölrechte!"

Aus der Einleitung dieses Artikels:

> „Der Schah von Iran hat am 31. Juli den Gesetzentwurf über die neue Erdölvereinbarung zwischen der Nationalen Iranischen Erdölgesellschaft (NIOC) und dem westlichen Erdölkonsortium genehmigt, der vor kurzem vom Unterhaus und Senat angenommen worden war. Dem Gesetzentwurf nach soll Iran von dem westlichen Erdölkonsortium alle Rechte über die Erdölproduktion, die Verwaltung und das Eigentum an den Einrichtungen zurückgewinnen. Dies ist ein weiterer Sieg des iranischen Volkes in seinem langjährigen Kampf zur Wahrung der Erdölrechte und -interessen seines Landes . . ."

Ein anderer Abschnitt dieses Artikels geht auf die frühe Geschichte der Ausbeutung des iranischen Erdöls ein:

> „. . . Schon im Jahre 1901 erzwang William K.D'Arcy aus Großbritannien von Iran ein Abkommen für eine Konzession zur Ausbeutung von Erdöl in allen Teilen des Landes außer den fünf nördlichen Provinzen. Die erste Ölquelle wurde 1908 in der Region Maskid-i-Sulaiman, Südiran, gebohrt und 1909 wurde die Englisch-Persische Erdölgesellschaft gegründet . . ."

Beachtlich ist, wie genau hier die geschichtlichen Ereignisse dargestellt werden. Die Namen der damals entscheidenden Personen werden genannt, die Jahreszahlen sind aufgeführt. Ich betone dies, weil in der Darstellung des Zeitabschnitts von 1951 bis 1954 eine entscheidende Wende eintritt:

> „. . . 1951 wurde Irans Forderung nach einem größeren Anteil an den Gewinnen der Englisch-Iranischen-Erdölgesellschaft von den Engländern abgelehnt. Höchst erzürnt, hielt das iranische Volk Demonstrationen und Massenversammlungen ab und verlangte einmütig den Zurückgewinn aller Erdölrechte. Am 20. März jenes Jahres nahm das iranische Parlament einen Gesetzentwurf für die Nationalisierung der Erdölindustrie des Landes an. Danach wurde dieser vom Schah genehmigt, und es wurde die Nationale Iranische Erdölgesellschaft gegründet. Die Englisch-Iranische Erdölgesellschaft wurde aufgelöst . . ."

Die chinesischen verantwortlichen Stellen betreiben hier nicht nur Propaganda für das Schah-Regime, sondern begehen sogar ganz bewußt eine offene Geschichtsfälschung zugunsten des „Schah-inschah". Bei der Behandlung der Epoche zwischen 1951 und 1954 verschweigen sie gerade die wichtigsten Ereignisse und verändern damit die iranische Geschichte zugunsten des Schah. Kein Wort davon, daß nicht der Schah, sondern die vom Volk gewählte Regierung Mossadeghs das Erdöl nationalisierte. Um das Ausmaß und die Bedeutung dieses offiziellen Geschichtsfälschungsversuchs besser einschätzen zu können, ist es wichtig, etwas näher auf die Geschehnisse im Iran zu dieser Zeit einzugehen:

Die Nationalisierung des iranischen Erdöls

In den ersten Nachkriegsjahren wurde ein Großteil der iranischen Bevölkerung politisch aktiviert. Die nationale Front unter der Führung Mossadeghs war die stärkste Oppositionspartei im Parlament. Sie verlangte die Nationalisierung der Ölindustrie. Nach ihrer Ansicht war das die einzige Möglichkeit, aus der wirtschaftlichen Krise – die elementarsten Konsumgüter fehlten, die Währung war um 600% entwertet – herauszukommen. Im April 1951 kam es tatsächlich nach langen innenpolitischen Auseinandersetzungen zur einstimmigen Verabschiedung der Forderung Mossadeghs und seiner Anhänger durch Parlament und Senat: d i e Ö l-i n d u s t r i e w u r d e v e r s t a a t l i c h t!

Ab sofort wurde die AIDC (Anglo Iranian Oil Company) umbenannt in National Oil Company (NIOC); ihre Einkünfte wurden auf die iranische Nationalbank überwiesen. Der Raub des Erdöls durch Großbritannien und die damit verbundene Ausbeutung und Unterdrückung des iranischen Volkes waren damit jedoch noch nicht endgültig beendet. Man war sich über die Repressalien, denen Persien möglicherweise ausgesetzt sein würde, völlig im klaren.

Die maßgebenden Faktoren, die die Engländer dann doch von einem militärischen Eingreifen abhielten, waren einerseits die Möglichkeit einer Massenmobilisierung im Iran für die Politik Mossadeghs, bzw. die politische Schwäche, unter der damals England litt, andererseits die nicht koordinierte Vorgehensweise der internationalen Reaktion.

Der Boykott gegen den Iran

Großbritannien und auch die USA ließen nichts unversucht, der Regierung Mossadeghs den Boden zu entziehen. Da der Iran auf den Import vieler lebensnotwendiger Güter angewiesen war, bot sich als wirksamstes Mittel ein wirtschaftlicher Boykott an. So rief die britische Regierung kurz nach Bekanntgabe der Nationalisierung Schiffsladungen von 3000 t Eisenbahnschienen und 2000 t Zucker zurück, die sich bereits auf dem Wege nach Persien befanden. Ferner wurden die iranischen Guthaben bei englischen Banken eingefroren, so daß der gesamte Außenhandel Irans zum Erliegen kam. In den folgenden 2 Jahren exportierte Iran nur 103 000 t Öl, d.h. weniger als vor der Verstaatlichung an einem einzigen Tag! Das nationale Ölkartell drohte: jede Reederei, die ihre Tanker für den Transport iranischen Öls zur Verfügung stellt, wird in Zukunft keine Aufträge mehr von den am Kartell beteiligten Gesellschaften erhalten. Die Erdölfirmen der USA waren nicht nur selbst aktiv an der wirtschaftlichen Blockade Irans beteiligt, sondern brachten auch andere Länder dazu, kein iranisches Erdöl mehr zu kaufen, um auf diese Weise die Finanzlage Irans zu verschlechtern.

Die Amerikaner rechneten damit, daß Iran nicht in der Lage sein würde, die AIOC, wie im Vertrag festgelegt, zu entschädigen, und daß außerdem die nötigen Fachleute für die Erdölindustrie fehlen würden. In diesem Fall wollten sie Iran Kredite gewähren und die englischen Spezialisten durch ihre eigenen Leute ersetzen. Ihre Absicht war, die Engländer aus Iran zu vertreiben, um sich selbst der Erdölquellen zu bemächtigen und die enorm hohen Profite an sich zu reißen.

Als sie erkennen mußten, daß Mossadegh auf ihre Angebote, die eine ähnliche Situation wie vor 1951 herbeigeführt hätten, nicht einging, gab es für die USA und England nur noch einen Ausweg: Mossadegh zu stürzen. In welche Begeisterung die führenden Politiker der USA und Englands bei dem geglückten Sturz Mossadegh's 1953 ausbrachen, sollen einige Zitate zeigen. Die New York Herold Tribun schrieb:

„Washington ist begeistert über den Umsturz in Iran."

Der englische Außenminister A. Eden gab zu bekennen:

„Ich schlief diese Nacht ruhiger und glücklich." (1)

Daß die CIA für den Sturz Mossadeghs verantwortlich ist, wird offen zugegeben. Die New York Times schrieb am 21.5.61:

„Die CIA spielte die Hauptrolle bei dem Sturz des Premierministers Mossadegh im Iran im August 1953."

Satturday Evening Post, eine englische Zeitung, schrieb am 6. November 1954:

„Ein weiterer Triumph der CIA war der geglückte Staatsstreich im Iran im Sommer 1953, durch den der alte diktatorische Ministerpräsident Mohammed Mossadegh beseitigt und der Freund dieses Landes, Schah Mohammed Reza Pahlewi, wieder an die Macht gebracht wurde." (2)

Amnesty kritisiert Schweigen Scheels

Gefangenenhilfeorganisation: Menschenrechtsverletzungen im Iran nicht angesprochen

München (SZ)

In einem offenen Brief an Bundespräsident Walter Scheel hat die Gefangenenhilfeorganisation *Amnesty International* Kritik daran geübt, daß sich der Bundespräsident bei seinem Staatsbesuch im Iran nicht für die Einhaltung der Menschenrechte eingesetzt habe. Obwohl Scheel von Amnesty gebeten worden sei, seinen Einfluß auf die Regierung des Schahs geltend zu machen, damit „unschuldig verfolgten Menschen geholfen werde", habe der Bundespräsident die Menschenrechtsverletzungen „nicht zur Sprache gebracht". Auf einer Pressekonferenz habe der Schah sogar „selbstsicher" bekanntgeben können, daß, „wäre er von Ihnen auf die Situation der Menschenrechte im Iran angesprochen worden, er auf die Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen hätte". Amnesty schreibt, Scheel habe de facto den Eindruck erweckt, dem Schah den Rücken stärken zu wollen, indem er die Probleme der Menschenrechtsverletzungen in den Rahmen des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus gestellt habe. Während der Bundespräsident sich im Iran aufgehalten habe, seien allein 83 Menschen verhaftet worden. In dem Brief zeigt sich Amnesty enttäuscht und besorgt, daß das hohe Gut der Menschenwürde „in zunehmendem Maße" den Wirtschaftsinteressen der Bundesrepublik untergeordnet werde.

In dem vom Amnesty-Bundesvorsitzenden, Helmut Frenz, unterzeichneten Schreiben nennt die Gefangenenhilfeorganisation die Situation im Iran während der letzten Monate erneut „unmenschlich". Willkürliche Verhaftungen, Prozesse, die gegen rechtsstaatliche Normen verstießen, ungerechtfertigte Haftstrafen, unmenschliche Haftbedingungen, Todesstrafe und politische Morde kennzeichneten das System der Unterdrückung. Weite Teile der Bevölkerung hätten sich dem Druck zu widersetzen versucht, indem sie sich in den Großstädten des Landes „zu legalen Demonstrationen versammelten". Hunderte von politischen Gefangenen seien gleichzeitig für menschliche Haftbedingungen in den Hungerstreik getreten. Nach gründlicher Überprüfung habe sich Amnesty hinter die Forderungen der Hungerstreikenden gestellt. In dem Schreiben an Scheel heißt es, die Opfer der Menschenrechtsverletzungen im Iran, „in vielen Fällen Mitglieder von Religionsgemeinschaften", dürften nicht als Terroristen abgestempelt werden.

SZ, 9.5.78

Während die CIA selbst zugibt (3), den Putsch geleitet zu haben, bezeichnet Reza Pahlewi seine Machtergreifung als eine Revolution des iranischen Volkes! (4)

Daß es Mossadegh war, der das iranische Erdöl nationalisierte, und nicht der Schah, der im Gegenteil die Geschäfte des CIA und der US-Konzerne betrieb, erwähnt die „Peking Rundschau" in ihrem Artikel mit keinem Wort.

Einmischung zugunsten des Schah

Die Regierung der VR China läßt es nicht dabei bleiben, den Schah in ihren Publikationen zu unterstützen, sondern geht in der Propaganda für das faschistische Regime im Iran noch einen Schritt weiter, indem sie Lektüren und Schriften in persischer Sprache verbreiten läßt. Damit leisten die chinesischen Regierenden ihre propagandistische Arbeit für den Schah auch gegenüber dem iranischen Volk. Sie treiben es mit der Schönfärberei für das Regime soweit, daß sich manchmal selbst die Propagisten des Schah ein Stück davon abschneiden können. Als Beispiel sei auf eine Broschüre hingewiesen mit dem Titel „Die traditionelle Freundschaft zwischen dem Iran und der VR China." Diese in persischer Sprache geschriebene Broschüre ist in Peking im Jahre 1973 gedruckt worden und wurde auf einer chinesischen Ausstellung in Teheran an die Besucher verteilt. Hier einige Passagen aus dem Heft:

> „Mit Freude sind wir Zeugen, daß in den letzten Jahren die Regierung und das Volk vom Iran unter der Führung seiner Majestät Schah-in-Schah, Mohamad Reza Paglavi, bei der Verteidigung der staatlichen Souveränität, dem Schutz der nationalen Ressourcen und der Entwicklung des Landes immer größere Erfolge erzielten. Der Iran hat sowohl in der Industrie, als auch in der Landwirtschaft und im kulturellen Bereich Erfolge erzielen können."

In dem Heft wird zur Untermauerung der aufgestellten These der ‚weisen Führung des Schah' sogar Zahlenmaterial aufgefahren, um jeglichen Zweifel auszuräumen. Dabei stützen sich die Herausgeber der Broschüre auf von der iranischen Regierung bekanntgegebenes Material.

> „Nach den amtlich veröffentlichten Dokumenten der Regierungsstellen des Landes ist das Nationaleinkommen im Jahre 1971 um 14,35% gestiegen. Zur Zeit gibt es mehr als 97 000 Studenten und die Zahl der Schüler in den Volksschulen und Gymnasien beträgt mehr als 4 700 000. Außerdem ist die Regierung des Iran seit 1963 bei der Bekämpfung des Analphabetentums im ganzen Land erfolgreich."

Es ist wichtig festzustellen, daß mittlerweile selbst die reaktionären Regierungen und Zeitungen es nicht leicht haben, auf diese Weise und mit diesen Zahlen den Schah zu verteidigen. Es ist weiterhin wichtig darauf zu achten, auf welche Weise die Machthaber der VR China für den Faschismus im Iran werben – nämlich mit Zahlenmaterial, das das iranische Regime zwecks Propaganda für sich zurechtfrisiert hat. Dies sind also die Grundlagen, auf die sich die Regierung der VR China stützt bei ihrer Werbung für das Schah-Regime, und das nicht nur in allen Ländern der Welt, sondern sogar in persischer Sprache im Iran selbst.

---

1) zit. nach B. Nirumand, Persien Modell eines Entwicklungslandes, S. 69
2) ebenda
3) vgl. v. Marchetti, CIA, S. 41, 56, 59, 63
4) Iran Report, August 1973, S. 67

TAGUNGSHINWEIS

Treffen von Bolivia-Gruppen und alle Interessierten.

Thema: Aktuelle Informationen und Aufgaben der Solidaritätsarbeit.

Termin: 9.6. – 11.6.1978

Ort: Herz-Jesu-Kloster in Pützchen, 5300 Bonn

Teilnehmerbeiträge: 35,00 DM
(Fahrkosten werden erstattet – 2. Kl. Bundesbahn 100%)
Vorschläge zu Themen oder Materialien sind noch möglich.
Anmeldung und Anträge:

Gruppe Bolivien.
Königstraße 88, 5300 Bonn 1

REPRESSION

Strafprozeß wegen Fortsetzung des Vietnam-Unterrichts

Am 6. 2. 78 fand vor dem Hamburger Amtsgericht der 5. Verhandlungstermin im Strafprozeß gegen den Lehrer Gerd Heide statt. Vorwurf: Hausfriedensbruch.
Vor ca. drei Jahren, am 12. 5. 75, wurde der Hamburger Studienrat aus dem Unterricht heraus verhaftet. Kurz zuvor war ein Unterrichtsverbot und Hausverbot für alle Hamburger Schulen ausgesprochen worden. Mehrere Schüler, die die Verhaftung verhindern wollten, wurden erheblich verletzt. Eine Strafanzeige von Eltern gegen den Polizeieinsatz wurde niedergeschlagen. Grund für dieses Vorgehen war ein Unterricht über Vietnam in einer 10. Klasse. Gerd Heide hatte dabei keinen Hehl aus seiner Verurteilung des Völkermordes durch den US-Imperialismus gemacht. Er hatte den Kampf des vietnamesischen Volkes als einen gerechten Befreiungskampf dargestellt, der deshalb auch unbedingt siegreich sein werde. Im Suspendierungsschreiben der Schulbehörde heißt es:

„Dafür, daß Sie die Schüler im Unterricht ganz bewußt im Sinne Ihrer vorgefaßten politischen Ziele zu beeinflussen trachten, spricht... Ihre vom Schulleiter bezeugte Äußerung, Sie fühlten sich verpflichtet, auch vor Schülern „verbotene Wahrheiten" offen und dezidiert auszusprechen."

Als zweiter Grund wurde eine GEW-interne Wahlplattform von 1974 herangezogen, auf der Gerd Heide zusammen mit anderen Kollegen für den Vorstand der Fachgruppe Gymnasien kandidiert hatte. Dieses GEW-interne Papier wurde der Schulbehörde vermutlich durch den damaligen Hamburger GEW-Vorstand zugespielt, der auch gleich weitere Schützenhilfe leistete: Zusammen mit 23 anderen Kollegen wurde Gerd Heide am Tag seiner Suspendierung aus der GEW ausgeschlossen; Grund: Mitgliedschaft im Bund Sozialistischer Lehrer und Erzieher (BSLE).

Ein Widerspruch ist bis heute – nach fast drei Jahren – noch nicht einmal beantwortet worden.

(aus: Neue Erziehung, Köln, Februar/März 1978)



Erklärung zur Unterstützung der Angeklagten der Bonner Thieu-Prozesse

Heute, fast 5 Jahre nach dem provokatorischen Thieu-Besuch, werden in Bonn 18 Demonstranten als angebliche Teilnehmer der Rathausbesetzung wegen „besonders schweren Landfriedensbruch" angeklagt. Unter den Tausenden von Demonstranten hat die Staatsanwaltschaft sie mehr oder weniger willkürlich herausgegriffen.
Diesen Angeklagten droht eine Strafe von mindestens einem und höchstens 10 Jahren Gefängnis. In einem Zivilprozeß wird ein Schadensersatz von 150.000 DM gefordert. Die geplante lange Dauer des Verfahrens und das große Aufgebot an Zeugen wird den einzelnen Angeklagten zusätzlich unerschwingliche Kosten aufbürden.
Angesichts der Völkermorde der Kriegsverbrechen und der Verletzung der Menschenrechte durch die Vereinigten Staaten von Amerika in Vietnam, war es zu begrüßen, daß Demokraten, Bürgerrechtler und Kommunisten, daß kirchliche Vietnamgruppen, Vietnamausschüsse und andere antifaschistische und antiimperialistische Gruppen in den USA und den westeuropäischen Ländern aktiven Widerstand gegen die Staatsbesuche Thieus leisteten.
Die internationale politische und moralische Unterstützung, die das vietnamesische Volk aus allen Ländern der Welt erhielt, beruhte auf folgender politischer Basis: Das vietnamesische Volk hat – wie jedes Volk, ob groß, ob klein – das Recht, sein eigenes Geschick selbst zu bestimmen. Alle Bundesregierungen, waren sie auch von der CDU/CSU, der großen Koalition oder der SPD/FDP-Koalition gebildet, haben seinerzeit auf der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika, auf der Seite der Aggression und Einmischung gestanden. Wenn jetzt Demokraten, Antiimperialisten und Kommunisten des „besonders schweren Landfriedensbruchs" angeklagt werden – nachdem die Niederlage der Vereinigten Staaten von Amerika in Vietnam seit 3 Jahren besiegelt ist – ist das eine Herausforderung aller Menschen, die gegen den Aggressionskrieg Widerstand geleistet haben. Nachträglich sollen exemplarisch die politischen Ziele der Bewegung verurteilt werden. Die Anklage ist eine Brüskierung der Völker, Nationen und Staaten der Dritten Welt, für die der Sieg des vietnamesischen Volkes und die internationale Solidarität eine Stärkung und Ermutigung in ihrem Kampf gegen ausländische Aggression, rassische Diskriminierung, Imperialismus und alle Formen von Abhängigkeit, Unterjochung und Hegemonismus darstellt.
Aus diesem Grunde unterstützen die Unterzeichner – unbeschadet ihres Urteils über die Rathausbesetzung – die Angeklagten. Über politische Differenzen hinweg fordern sie, daß die Anklage und die Schadenersatzforderungen gegen die 18 Angeklagten in den Bonner Thieu-Prozessen zurückgezogen werden.

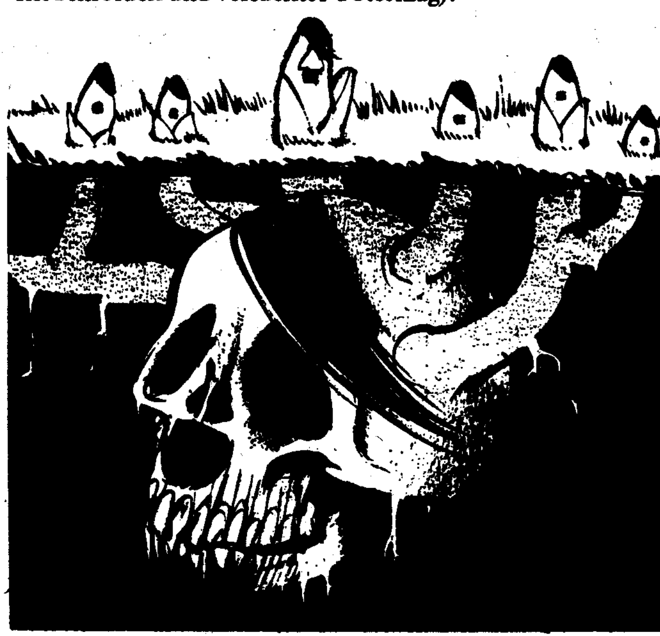
Unterzeichner (Auswahl)

Fritz Beine, Student: Günter Berndt, Pfarrer; Herwald Beschorner, Hartmut Dreier, Studentenpfarrer, Dr. Ingeborg Drewitz, Schriftstellerin; Christel Fliege, Studentin; Renate Haude, Chemielaborantin; Hansjörg Hilke, Dipl. Informatiker; Walter Jansen, Verwaltungsleiter; Dr. Peter-Paul Junge, Pfarrer; Joachim Kanitz, Pfarrer; Barbara Nilse, Sekretärin; Otto-Albrecht von Oppen, Pfarrer i.R.; Christiane Queisser, Studentin; Jans-Joachim Queisser, Religionslehrer;

Weitere Informationen zu den Thieu-Prozessen bei:
H. Hilke, 5 Köln 1, Postfach.

DEUTSCHE POLIZEI DECKT TERRORANSCHLÄGE TÜRKISCHER FASCHISTEN

Am 11.12.1975 wurde der türkische Arbeiter Vahit Önler in Kornwestheim bei Stuttgart auf offener Straße von einem Polizisten in Zivil mit gezielten Schüssen getötet, „nahezu grundlos und auf das Leichtfertigste" (SZ, 22.12. 1975).
Erst Ende des letzten Jahres, also zwei Jahre nach diesem Vorfall, fand die Hauptverhandlung gegen diesen Polizisten statt. Vom zuständigen Gericht wurde er freigesprochen (vermeintliche Notwehr). Der Staatsanwalt sah sich daraufhin veranlaßt, gegen dieses Urteil Revision einzulegen.
Aus Protest gegen dieses Urteil fand am 26.11.1977 in Stuttgart eine Kundgebung statt, zu der deutsche und ausländische Organisationen aufgerufen hatten. An der Kundgebung nahmen ungefähr 200 Personen teil, vor allem türkische Arbeiter.
Während der Kundgebung zogen ca. 200 – 250 türkische Faschisten auf, um die Flugblattverteiler des türkischen Arbeitervereins zu beschimpfen und zu provozieren. Es handelte sich dabei um mitglieder der neofaschistischen türkischen „Partei der nationalen Bewegung" und deren Jugendorganisation, den „Grauen Wölfen", die aus dem gesamten Bundesgebiet zusammengezogen worden waren. Als die Flugblattverteiler auf die Provokationen nicht eingingen, wurde ein Mitglied des Arbeitervereins von den Faschisten tätlich angegriffen. Nach einer kurzen Rangelei schlugen die Rechten mit Eisenrohren, Ketten, und Schlagringen auf die Flugblattverteiler ein, dabei wurden 5 Mitglieder des türkischen Arbeitervereins verletzt.
Als sich die Lage aufgrund der Provokation der Faschisten immer mehr zugespitzt hatte, wurde von Passanten die Polizei verständigt. Diese versuchte zuerst die Demonstranten zu beruhigen und zog sich dann wieder zurück.
Von der passiven Haltung der Polizei ermutigt, stürzten sich die Rechten erneut auf die türkischen Kundgebungsteilnehmer.
Die Polizei griff erst wieder ein, nachdem es zu schweren, teilweise lebensgefährlichen Verletzungen gekommen war. Nach dem Vorfall gingen die Polizisten in Begleitung von Führern der „Grauen Wölfe" durch die Menge und griffen aufgrund von Denunziationen der Faschisten gezielt mehrere Mitglieder des türkischen Arbeitervereins heraus. Obwohl Passanten auf die tatsächlichen Schläger hingewiesen hatten, wurde dies von der Polizei ignoriert. Stattdessen wurden die Augenzeugen bedroht und vertrieben.
In der Zeit nach der Kundgebung wurden vier Mitglieder des türkischen Arbeitervereins verhaftet und trotz der klaren Sachlage (Überfall der türkischen Faschisten) aufgrund von Denunziationen der neofaschistischen Kampfverbände über 3 Monate in Untersuchungshaft gehalten. Der Haftprüfungstermin ergab, daß die Rechten mit Belastungszeugen arbeiteten, die nachweislich nicht am Ort der Kundgebung waren und zum Teil auch Mitglieder des türkischen Arbeitervereins beschuldigten, die ebenfalls nicht an der Kundgebung teilgenommen hatten. Einige Augenzeugen des Arbeitervereins wurden von den Faschisten bedroht, so daß sie nicht mehr bereit waren, vor Gericht auszusagen. Trotzdem gelang es mit Hilfe des Belastungsmaterials, das der Arbeiterverein vorlegen konnte, drei Mitglieder der „Grauen Wölfe", die die eigentlichen Unruhestifter waren, festzunehmen.
Inzwischen wurden alle Untersuchungshäftlinge freigelassen (teilweise gegen eine Kaution von DM 6.000,–). Die Hauptverhandlung, sowohl gegen die Mitglieder des türkischen Arbeitervereins als auch gegen die „Grauen Wölfe" steht jedoch noch aus (Anklagepunkte: schwerer Landfriedensbruch und versuchter Totschlag).



Frühling?

Hintergründe:
Das aggressive Auftreten der Schlägertrupps der „Partei der nationalen Bewegung" und der „Grauen Wölfe" muß im Zusammenhang mit der derzeitigen politischen Situation der Türkei beurteilt werden. Bis Ende 1977 wurde die law-and-order Regierung unter Ministerpräsident Demirel von einer Koalition rechter bis ultrarechter Parteien gestellt. Mitglied dieser Koalitionsregierung war auch die „Partei der nationalen Bewegung" (MHP). Die MHP ist offen faschistisch. MHP-Führer Türkes, bis Dezember 1977 stellvertretender Ministerpräsident, ist Hitlerbewunderer und bekennt sich offen zu den Terroraktionen seiner paramilitärischen Schlägertruppe „Graue Wölfe", der in der Türkei mindestens 8000 Mann angehören. In der Türkei hatten die „Grauen Wölfe" (Plattform: derheilige Kampf gegen den Kommunismus, den es mit Stumpf und Stil auszurotten gelte) die Funktion, Linke und Oppositionelle zu diffamieren, einzuschüchtern und mit offener Gewalt zu bedrohen. Dies war für die rechte Regierung um so willkommener, als sich der Widerstand der Bevölkerung gegen die rapide Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage (4 - 8 Millionen Arbeitslose, das sind über 15 %; sinkende Reallöhne wegen enorm hoher Inflation bei festgeschriebenen Löhnen; wachsende Verknappung notwendiger Konsumgüter) immer stärker in Massenstreiks und Demonstrationen manifestierte.
Auch nach dem Regierungswechsel Anfang 1978 (Ministerpräsident: der Sozialdemokrat Ecevit) hat sich die wirtschaftliche Lage kaum verändert. Vielmehr ist die Türkei wegen des enormen Zahlungsbilanzdefizits kaum noch zahlungsfähig und kann sich nur noch mit Krediten der Weltbank, westlicher Industrieländer und der UdSSR über Wasser halten. Damit treibt das Land immer mehr in die totale Abhängigkeit vom Ausland, in der es sich aufgrund der vielen ausländischen Investitionen in der Türkei sowieso schon zu einem großen Teil befindet.
(Vergleiche dazu die eingehende Darstellung der wirtschaftlichen und politischen Situation in der Türkei in Heft Nr. 67, S. 5)

Angesichts der fortgesetzten Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage von Kleinbauern und Arbeitern werden Terror und Folter von Polizei, Militär und den „Grauen Wölfen" teilweise auch für die sozialdemokratische Regierung eine wichtige Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe. Andererseits besteht jedoch in zunehmendem Maße die Gefahr eines Putsches von militanten MHP-Führern und von rechten Kreisen in der Armee (es existiert eine Geheimorganisation innerhalb der Streitkräfte, der enge Beziehungen zum amerikanischen Geheimdienst CIA nachgesagt werden). Bilanz der ersten vier Monate dieses Jahres: 220 politische Morde und 300 Bombenanschläge (vgl. DER SPIEGEL Nr. 19/1978).
Auch im Ausland, vor allem in der Bundesrepublik, wo über eine Million Türken leben, versuchen die militanten türkischen Verbände die Verhältnisse ihrer Heimat durchzusetzen, indem sie unter ihren Landsleuten Linke und aktive Gewerkschaftler bedrohen (in der BRD sind rund 2000 MHP-Anhänger aktiv). Dabei werden ganz gezielt die fortschrittlichen Organisationen der türkischen Arbeiter- und Studentenschaft bedroht, wie z.B. die regionalen Arbeitervereine, die sich bundesweit in der „Föderation der türkischen Arbeitervereine in der BRD" (FIDEF) organisiert haben oder die „Studentenföderation der Türkei in Deutschland" (ATÖF). Es ist deshalb um so erschreckender, wenn öffentliche Behörden MHP-Niederlassungen in der Bundesrepublik zulassen (vgl. DER SPIEGEL Nr. 35/1976) und wenn die deutsche Polizei und Justiz so offensichtlich – wie im oben beschriebenen Fall in Stuttgart – das Treiben faschistischer Terrorkommandos deckt.
(nach: s'Blättle Nr. 2/1978, DER SPIEGEL Nr. 35/1976, 20/1977, 19/1978).

Die AGIT-Drucker sind noch in Haft

LESERBRIEF:

Am 22. 12. 1977 erreichte uns folgende Mitteilung: „Aufgrund ihres Artikels ‚AGIT-Drucker' auf S. 56 der Nummer 66/77 der blätter des iz3w bestelle ich die Blätter mit Wirkung für 1978 ab. Das Rekrutierungsbüro ‚info-bug' für Terroristen unterstütze ich nicht und verstehe nicht, wieso die Blätter diese unterstützen."

Unser ehemaliger Abonnent scheint den betreffenden Artikel nicht richtig gelesen zu haben: Wir haben uns in dem Artikel nicht für das „info-bug" oder ein „Rekrutierungsbüro für Terroristen" eingesetzt, sondern
– für die sofortige Freilassung der inhaftierten AGIT-Drucker
– für die Einstellung aller Ermittlungsverfahren
– für uneingeschränktes Recht auf Presse- und Meinungsfreiheit.

Dies insbesondere aus zwei Gründen: Den inhaftierten Druckern wird nach § 129a vorgeworfen, durch den Druck des „info-bug" eine terroristische Vereinigung unterstützt bzw. für sie geworben zu haben. Das heißt: Aus der technischen Herstellung einer Zeitschrift, die Äußerungen beispielsweise der RAF dokumentiert, wird die bewußte Unterstützung dieser Gruppe konstruiert. Diese Interpretation bedeutet einen schwerwiegenden Angriff auf die elementarsten Rechte der Presse- und Meinungsfreiheit: die Drucker sollen demnach in Zukunft verpflichtet sein, die Artikel, die sie auftragsgemäß nur technisch bearbeiten sollen, politisch zu zensieren. Hier geht es nicht um die Inhalte des „info-bug", sondern um das Prinzip Zensur. Wir wenden uns gegen die Interpretation der Staatsanwaltschaft, daß aus der Entscheidung der Drucker, keine Zensur zu üben, eine Identifikation mit den einzelnen Artikeln und Dokumenten gefolgert werden kann.
Zweitens sehen wir in der Verhaftung der AGIT-Drucker die Anwendung verschiedener Maßstäbe auf ein und denselben Sachverhalt. Während Presseorgane wie FAZ, DER SPIEGEL oder Die Welt Dokumente der RAF etc. ungestraft nachdrucken, soll der Abdruck eben derselben Dokumente in Zeitschriften einer bestimmten politischen Richtung mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden. Die willkürliche (einseitige) Anwendung des Presserechts soll ein Klima der Angst und der Unsicherheit erzeugen und die Veröffentlichung gesellschaftskritischer Meinungen verhindern. Die AGIT-Drucker sind offensichtlich nicht wegen der von ihnen gedruckten Artikel inhaftiert worden (denn dann hätten auch Springer und Augstein oder deren Verlagsangestellte verhaftet werden müssen), sondern exemplarisch als Drucker linksgerichteter Publikationen.

Der Vorwurf unseres Abonnenten, wir hätten in unserem Artikel das „Rekrutierungsbüro für Terroristen info-bug" unterstützt, ist – wie bereits dargelegt – falsch. Wir möchten diesen falschen Vorwurf dennoch zum Anlaß nehmen, um unsere Position darzulegen:

Die fehlende Auseinandersetzung (1) im „info-bug" mit dem in den Dokumenten der RAF etc. vertretenem Militanzfetischismus halten wir für falsch. Da sich die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft teilweise mit unserer eigenen Kritik am „info-bug" decken, sind sie geeignet, uns zu verunsichern und zu lähmen. Demgegenüber gilt es sich bewußt zu machen: Was für uns lediglich als eine notwendige Kritik am „info-bug" erscheint, ist in den Augen der Staatsanwaltschaft ein Straftatbestand, der mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bedroht wird. Darüber hinaus hat die Staatsanwaltschaft offensichtlich zweierlei Maßstäbe an verschiedene Presseorgane angelegt und ihre Vorwürfe wegen des fehlenden Impressums stellvertretend an den Druckern festgemacht. Durch dieses Vorgehen will die Staatsanwaltschaft einen Präzedenzfall schaffen, der die gesamte linke Bewegung verunsichern soll. Dem Vorgehen der Staatsanwaltschaft müssen wir unsere Position entgegensetzen, daß die Dokumentation und Diskussion politischer Positionen – auch falscher politischer Positionen – nicht durch die Zensur durch Drucker oder gar durch die Staatsanwaltschaft durch Anwendung unterschiedlicher Maßstäbe und unter Androhung von Gefängnisstrafen unmöglich gemacht werden darf. Wir müssen zwischen unserer – notwendigen, aber solidarischen – Kritik und der Argumentation der Staatsanwaltschaft bewußt unterscheiden. Die Argumente, die Interpretationen und die Sanktionen der Staatsanwaltschaft sind nicht unsere Argumente, Interpretationen und schon gar nicht Sanktionen!
Am zweiten Februar fand der zweite Haftprüfungstermin statt. Der Haftrichter ordnete für drei der Drucker weitere Haftfortdauer an. Bemerkenswert ist, daß die Begründung dafür durchweg politisch ist: Die Angeklagten haben ir-

Kollektiv gearbeitet, verstehen sich als Teil der Linken, und die Fluchtgefahr ist deswegen besonders groß, weil sie als Linke „über zahlreiche politische Gesinnungsgenossen verfügen, die ihnen jederzeit Unterschlupf gewähren würden". Die Länge der U-Haft – inzwischen weit mehr als ein halbes Jahr – kommt einer Vorabverurteilung gleich. Angesichts dessen ruft die Redaktion der Lateinamerika Nachrichten zu einer breiten Solidaritätskampagne für die Inhaftierten auf. Sie schlägt dazu vor, Briefe an das zuständige Gericht zu schreiben, z.B. nach folgendem Muster:

PROTEST–ERKLÄRUNG

an den
4. Strafsenat des
Kammergerichts Berlin
Witzlebenstr. 4

1000 Berlin 19
Betr.: Inhaftierung von Jutta Werth, Gerdi Foß, Heinrich Weyer

Ich verurteile schärfstens die Inhaftierung und weitere Haftfortdauer der drei AGIT-Drucker, die sich seit Oktober 1977 in Haft befinden und alle in diesem Zusammenhang erfolgten Maßnahmen wie Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmeaktionen und erkennungsdienstliche Behandlung.

Ich sehe diese Vorfälle als Bestandteil der Maßnahmen von Justiz und Staat, die ein Klima der Angst und Unsicherheit erzeugen sollen.

Ich fordere die sofortige Freilassung der AGIT-Drucker(in) und Einstellung aller in diesem Zusammenhang stehenden Ermittlungsverfahren!

P.S.: Damit keine Mißverständnisse entstehen: Wir sind nicht nur gegen eine „falsche" Anwendung der Paragraphen 88a und 129a sondern gegen die Paragraphen selbst! Unsere Position zu diesen Paragraphen haben wir in Heft 50, Dezember 1975, S. 44ff ausführlich dargelegt.

(1) Aufgrund der Zensurmaßnahmen war es uns nicht möglich, eines der inkriminierten Hefte zu erhalten und uns selber mit den Artikeln auseinanderzusetzen. Wir schließen uns hier der Meinung der Redaktion von „Traumstadt" (Berlin) an.

Kleinanzeigen

Beatrix Lundt, Bohlenweg 6, 3492 Brakel, Tel.: 05272/8548

Ich suche Anschluß an eine Reisegruppe, die in den Sommerferien, also vom 29. Juni bis 13. August, in die Dritte Welt fahren will. Ich habe selber Afrika-Erfahrung – 1973 war ich in West-Afrika für 3 Monate – und suche Leute, die ebenfalls mit 3.Welt-Problemen einigermaßen vertraut sind. Da es mich zur Zeit als Lehrerin aufs Dorf verschlagen hat, bin ich leider nicht so auf dem laufenden mehr und habe wenig Kontakte zu entsprechenden Leuten. Ich würde gern nach Afrika oder Asien fahren.

Rezensionsexemplare können angefordert werden
hamaste, Heft 1 + Beiträge zur Freien Literatur, Heft 1 für einen 5 Mark Schein bei:
Max Ewald, Ringstr. 76, D 6101 Roßdorf 1

Wir suchen Material für ein Archiv um Unterlagen über die Lebensverhältnisse/bedingungen einzelner Naturvölker und Stämme zu bekommen.
Die Freunde der Orang asli, der Naturvölker der Erde, c/o
Max Ewald, Ringstr. 76, D 6101 Roßdorf 1

Bezirk 5300 Gruppe 1589
i.a. Klaus Nottmeyer
Deutschherrenstr. 3
5300 Bonn-Bad Godesberg



ZAIRE
Wir sind eine Amnesty-Gruppe, beschäftigen uns mit Zaire und suchen Information und Kontakte.



Argentina '78
Faltblatt kostenlos
zu beziehen über: Aktion Dritte Welt
Postfach 5328, 78 Freiburg i. Br.

Suche
Blätter des IZ3W Nr. 54 und **55**,
da diese beim Verlag vergriffen.

E. Habisch, Birkenweg 14,
2121 Südergellersen

AKTIONEN

Dritte Welt – Lehrerinitiative

Wir sind eine kleine Gruppe von Lehrern und Wissenschaftlern, die vorhaben, Unterrichtsmaterial über die Dritte Welt als Loseblattfolge im Ordner herauszugeben. Es sollen keine voll ausgearbeiteten Unterrichtseinheiten werden, denn davon gibt es schon ziemlich viele (und leider auch viele, die praxisfern konzipiert sind), dafür wollen wir mehr Wert auf Aktualität und vielseitige Verwendbarkeit des Materials legen.

In loser Folge, ca. monatlich, sollen einige Seiten zu unterschiedlichen Themen erscheinen, z.B. wollen wir aktuelle Dokumente aus der Dritten Welt veröffentlichen, wie Übersetzungen von Zeitungsberichten, Interviews mit Bewohnern von Elendsvierteln etc., vorwiegend Dokumente aus aktuell interessanten Bereichen wie zur Zeit Argentinien, Zimbabwe, Südafrika usw. Diese Dokumente sollen mit der notwendigsten Hintergrundinformation und einem kleinen didaktischen Kommentar versehen werden, um die Anwendung in der Schule zu erleichtern.

Außerdem sollen kurze Berichte über wichtige Länder veröffentlicht werden, ihre politische und wirtschaftliche Lage, Klassenstruktur, auch grundlegende Daten über Bevölkerung, Bruttosozialprodukt usw., auch aktuelle Statistiken, vor allem solche, die man nicht im Lehrbuch oder Lexikon findet, wie Arbeitslosigkeit (zumal die verdeckte), wirtschaftliche Abhängigkeit, Struktur des Außenhandels, Löhne, Preise. Fremdwörter und Fachausdrücke werden erklärt. Mit de Zeit hat man so eine Art kleines Nachschlagewerk, in dem alle wichtigen Länder vertreten sind und das laufend ergänzt und auf dem neuesten Stand gehalten wird.

Unterrichtsmaterial zur Dritten Welt veraltet relativ rasch. Das ist fast unvermeidlich, da es viel Arbeit kostet. Wir wollen versuchen, so aktuell zu sein wie möglich. d.h. auf besonders wichtige Ereignisse in angemessenem Abstand reagieren zu können. Natürlich können diese Materialien keinem Genehmigungsverfahren unterworfen werden. Damit man der schulinternen Zensur besser entgehen kann, wenn man für Schüler etwas vervielfältigt, werden wir bevorzugt Sachen veröffentlichen, die man als „Dokument der Zeitgeschichte" deklarieren kann.

Darüber hinaus sollen wichtige neue Unterrichtseinheiten vorgestellt werden und, da das manchmal schwierig ist, auch erklärt werden, wie man an sie herankommt. Lehrer sollen Gelegenheit erhalten, selbsterarbeitetes Material zu veröffentlichen und Unterrichtserfahrungen mitzuteilen. Wir werden uns auch um alternative Medien, Leihmöglichkeiten von guten Tonbildschauen, Filmen und Dias kümmern. Wichtiges Material der Schulbuchverlage und der Bundesregierung zum Thema Dritte Welt soll kritisch kommentiert und mit den notwendigen Zusatzinformationen versehen werden, damit man diese Materialien im Unterricht leichter verwenden kann, ohne daß man mangels Gegeninformation der dort vertretenen Ideologie zum Opfer fällt. Soweit möglich, sollen auch Sachen veröffentlicht werden, die sich für jüngere Schüler eignen, wie Bildergeschichten oder Spiele.

Der Themenbereich soll so abgesteckt werden, daß nicht nur die Fächer Erdkunde und Geschichte, sondern auch die naturwissenschaftlichen Fächer, Fremdsprachen, Arbeitslehre usw. einbezogen werden können, etwa am Thema Umweltschutz, Rohstoffausplünderung.

Die BRD als Bezugspunkt soll immer im Blickfeld bleiben, nicht nur, wenn es sich um außenwirtschaftliche Beziehungen handelt. So direkt als möglich soll an der Erfahrungswelt der Schüler angeknüpft werden. Als Beispiel, wie wir uns das vorstellen, sei Argentinien genannt: Anläßlich der Fußball-Weltmeisterschaft werden wir hierzulande wieder viel chauvinistische Propaganda über die organisatorische Unfähigkeit der Argentinier und die Überlegenheit der Deutschen hören. Auch von den Vorzügen von Militärregierungen wird die Rede sein, wenn es darum geht, in einem Land der Dritten Welt Ruhe und Ordnung herzustellen. Solche Predigten wollen wir durch Informationsarbeit bekämpfen. Dem Rassismus und Neokolonialismus soll die Gemeinsamkeit der Interessen der Lohnabhängigen entgegengestellt werden.

Wir stützen uns auf Gruppen, die im Bereich Dritte Welt arbeiten, die Lateinamerika-Nachrichten und die Aktion Dritte Welt, aber wir brauchen eine Menge Leute, Lehrer und andere, die durch gelegentliche Beiträge, Erfahrungsberichte und Kritik mithelfen. Zunächst brauchen wir einen Überblick, wer sich als Benutzer oder Mitarbeiter für die Sache interessiert. Als Diskussionsgrundlage, wie es im einzelnen aussehen soll, werden wir ein Probeexemplar einer Lieferung (Schwerpunkt Argentinien und die WM) und einen Fragebogen an die Interessenten verschicken. Wir bitten alle Interessenten, uns zu schreiben, welche Themen sie am wichtigsten finden, ob sie ähnliche Projekte kennen, welchen Umfang und Preis sie vertretbar finden. (Das Projekt soll sich selbst tragen). Wer kann über Unterrichtserfahrung berichten? Wer kennt gutes Material, das noch nicht allgemein zugänglich ist?

Kontaktadresse:
Christian Neven-du Mont
7800 Freiburg
Elsässerstraße 43

LETZTE MELDUNG: Das Probeexemplar ‚Argentinien und die WM' ist inzwischen fertig. Es umfaßt 25 Blätter und enthält Zeitungsausschnitte zum Thema WM, den Text der Schallplatte der deutschen Nationalmannschaft, Material zur wirtschaftlichen Bedeutung der WM, Texte zur Nazi-Olympiade 1936, die man zum Vergleich heranziehen kann, Material zur politischen Lage in Argentinien mit besonderer Berücksichtigung der Lage an den Schulen und des Volkswiderstands gegen die Militärdiktatur, Material zum Einfluß des Auslandskapitals in Argentinien, eine Seite Wirtschaftsstatistiken, Erläuterungen zu den Dokumenten sowie Hinweise auf weiterführende Literatur. Wir bitten um Verbesserungsvorschläge und Kritik, um darauf aufbauend die weiteren Lieferungen machen zu können.

POLIT-TOURISTEN, die in diesem Sommer ein Dritte-Welt-Land bereisen und bereit sind, Informationen über bundesrepublikanische Entwicklungshilfe-Projekte in Erfahrung zu bringen und nach ihrer Rückkehr darüber zu berichten, möchten sich bitte möglichst bald in Verbindung setzen mit: AGG, Josef Senft, Rheinweg 34, 5300 Bonn, Telefon: 02221/ 234021.

Aktion Kinomobil für Zimbabwe

Aufruf

Der Kampf der Völker des südlichen Afrikas gegen Rassismus, Apartheid und Kolonialismus konzentriert sich in diesem Jahr vor allem auf Zimbabwe. Das illegale Smith-Regime versucht durch Terrorangriffe auf die Basen und Flüchtlingslager der Befreiungskämpfer in Mosambik und Sambia die Vorherrschaft der weißen Siedler zu retten. Die Organisation Afrikanischer Staaten, die Vereinten Nationen sowie demokratisch gesinnte Menschen und Organisationen in aller Welt haben diese Versuche verurteilt und zur Unterstützung der Patriotischen Front zur Befreiung Zimbabwes aufgerufen.
In ihren weitverstreuten Ausbildungs- und Flüchtlingslagern in Mosambik will die Patriotische Front ein mobiles Kino einsetzen, um ihre Erziehungs- und Schulungsarbeit zu ergänzen und zu verbessern. Fortschrittliche Dokumentar- und Spielfilme sowie Lehrfilme sollen die Flüchtlinge und Befreiungskämpfer informieren, ausbilden und mobilisieren helfen.
Die „AKTION KINOMOBIL FÜR ZIMBABWE“ will bis Sommer '78 mindestens 60.000 DM aufbringen, um den Kauf eines Kinomobils auf Landrover-Basis incl. Ersatzteilen und einer kleinen 16-mm-Filmothek zu ermöglichen. Wir rufen deshalb alle demokratischen Filmfreunde und Filmschaffenden, alle Mitarbeiter in Fernseh- und Rundfunkanstalten sowie in den übrigen Medien auf, diese Aktion zu unterstützen und so einen Beitrag praktischer Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Zimbabwe zu leisten.

Faltblätter, Plakate, Broschüren, Filme erhältlich über:
Aktion Kinomobil für Zimbabwe,
c/o Peter Krieg
Schillerstr. 52, D–7800 Freiburg
Telefon 0761 – 7 57 52

Bitte alle Spenden auf das Postscheckkonto 1696 18–758 (W. Gladitz) beim Postscheckamt Karlsruhe unter dem Stichwort „KINOMOBIL“ einzahlen.



Das Komitee „Aktion Kinomobil für Zimbabwe“:
Peter Krieg, Filmemacher
Ruth Weiss, Journalistin
Wolfgang Bergmann, Filmverleiher
Joris Ivens, Filmemacher (Frankreich)
Roeland Kerbosch, Filmemacher (Holland)
Peter v. Gunten, Filmemacher (Schweiz)

ZUR ERSCHEINUNGSWEISE DER „BLÄTTER DES IZ3W“

Wir erhalten gelegentlich Zuschriften von Abonnenten, die sich darüber beschweren, daß sie in bestimmten Monaten kein Heft zugeschickt bekommen haben. Solche Beschwerden beruhen in der Regel auf der Annahme, daß die „blätter des iz3w“ monatlich erscheinen. Deshalb möchten wir außer im Impressum auch hier noch einmal darauf hinweisen, daß dies nicht der Fall ist:
Seit 1970 erscheinen die „blätter“ in 8 Ausgaben pro Jahr, das heißt zweimal im Vierteljahr!
Informationszentrum Dritte Welt Freiburg

Zahlreiche Beispiele in aller Welt beweisen, daß durch die Einführung von Landmaschinen nicht nur die Agrarproduktion gesteigert werden konnte, sondern auch Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung bekämpft wurden. Es wäre wünschenswert, wenn die Landmaschinenindustrie diesem Problem einer selektiven Mechanisierung noch größere Aufmerksamkeit schenken würden, um damit die Bemühungen der Wissenschaftler und Landwirte in allen Teilen der Welt zur Bekämpfung des Hungers zu ergänzen und abzurunden.
Egon Bahr, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit.
Auslandskurier November 1976

bücher

„Nicaragua"

Zwei Bremerinnen, die im Sommer 1977 in Mittelamerika waren, entschlossen sich aufgrund ihrer Erlebnisse, diese Broschüre zu shreiben. Im Einleitungsteil beschreiben sie ihre Erfahrungen mit der alltäglichen politischen Unterdrückung in Nicaragua. Daran anschließend folgen einige „Stellungnahmen zur Situation in Nicaragua", u.a. von Ernesto Cardenal und der sandinistischen Befreiungsbewegung FSLN.
NachAufzählung einiger geographischer Daten wird auf die Wirtschaft (ausländische Abhängigkeit, Besitzverhältnisse) und Geschichte des Landes eingegangen. Der ausführliche geschichtliche Teil untersucht die verschiedenen Formen der Abhängigkeit, unter denen die Nicaraguaner in den letzten 500 Jahren zu leiden hatten. Auf die aktuelle Situation wird im letzten Kapitel der Broschüre eingegangen, dabei wird vor allem auch von verschiedenen Widerstandsaktionen berichtet. Dies ist vor allem zum Verständnis der jüngsten Auseinandersetzungen in Nicaragua wichtig.
Die Broschüre ist als einführende Literatur (33 Seiten) zur Situation in Nicaragua gut geeignet. Sie ist zu einem Solidaritätspreis von 3,– DM (2,50 DM gehen nach Nicaragua) zu beziehen bei:
Gabi Schmitz und Petra Ebeling, Ostertorsteinweg 70/71, 2800 Bremen, Telefon: 0421/76214, Spendenkontonummer: 11150125 Sparkasse in Bremen, Stichwort „Nicaragua".

„Endet das Schweigen! – 45 Jahre Diktatur in Nicaragua"

heißt die erste Informationsborschüre des kürzlich eröffneten „Büro Nicaragua" (Wuppertal). Nach einem einleitenden Appell zur Solidarität mit den Nicaraguanern werden kurz die Ziele und Aufgaben des „Büro Nicaragua" beschrieben und ein Aufruf Ernesto Cardenals zur Unterstützung dieses Büros abgedruckt. Ein längerer Artikel von Sergio Ramirez zur Geschichte Nicaraguas beschreibt die jahrhundertealte unterdrückung des Lands durch verschiedene Diktaturen und Klassen, seine Abhängigkeit von den kolonialen und imperialistischen Metropolen und das dadurch hervorgerufene Elend des Volkes, das immer wieder Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse hervorbrachte. Ein weiterer Artikel geht auf die gegenwärtigen elenden Lebensbedingungen für die Nicaraguaner und auf ihre politische Unterdrückung ein. Auf die Beziehungen zwischen Nicaragua und den USA bzw. vor allem der BRD wird in dem Kapitel „Entwicklungshilfe für Somoza" eingegangen. Die Handelsbeziehungen, die wirtschaftliche Hilfe aus der Bundesrepublik und die Tätigkeiten bundesdeutscher Konzerne in Nicaragua werden aufgezeigt und als Unterstützung der Somoza-Diktatur gekennzeichnet. Zum Schluß wird ausführlich über den „Widerstand und die politischen Organisationen in Nicaragua" informiert. Weitere Kurzartikel der Broschüre, die ebenfalls zur Einführung geeignet sind: mehrere Gedichte (Rugama, Dario Cardenal), ein kurzer Reisebericht, Solidaritätsaktionen und Möglichkeiten der Unterstützung der Solidarität für Nicaragua. Bezug (2,50 DM) durch „Büro Nicaragua", c/o Angelika Pappe, Ravensberger Str. 149, 5600 Wuppertal 1,

bm

Die „Aktion Dritte Welt Handel" als Versuch zur Bewußtseinsbildung

Ziel der vorliegenden Dissertation von Ernst Schmied ist es, „die ‚Aktion Dritte Welt Handel' mit ihrem Anspruch, ein ‚Handlungsmodell' zur Bewußtseinsbildung für die Dritte Welt darzustellen, zu untersuchen und eine Überprüfung dieses Anspruchs vorzunehmen." (S. 34) Die Untersuchung der Aktion 3.Welt-Handel (A3WH) erscheint dem Autor wichtig, da sie ein außerschulisches Handlungsmodell darstelle, das einen breiten Ansprechkreis über die Kirchen hinaus gefunden habe. Zur Erstellung seiner Untersuchung führte er viele Gespräche, wertete Archive, Korrespondenzen, Befragungen von Gruppen und Käufern aus und analysierte die Publikationen der A3WH.

Zu Anfang geht er ausführlich auf Konzeption und Arbeit der holländischen SOS ein, einer Organisation, nach deren Vorbild A3WH aufgebaut wurde und die bis heute durch ihren Einfluß auf die Auswahl einen großen Teils der Projekte und Waren von A3WH großen Einfluß auf sie hat. Danach schildert er den Friedensmarsch '70, aus dem die A3WH entstanden ist, und beschreibt anschließend die Entwicklung der A3WH ab 1970. Dieses historische Vorgehen bei der Untersuchung der A3WH erscheint deshalb besonders wichtig, weil nur so die heutige Arbeit der Dritte Welt-Handels-Gruppen und die Konflikte um A3WH (siehe unten zur neuesten Entwicklung) verständlich werden: Von Anfang an hatten Vertreter staatlicher und kirchlicher Organisationen und Hilfswerke starkes „Interesse" am Dritte-Welt-Handel, von Anfang an gab es den Streit über die Gewichtung von „Handel" und „Bewußtseinsbildung" in den Aktionen. Der Konflikt mit den Trägern des Waren-Imports war also vorgezeichnet, weil diese immer schon eine stärker kommerzielle Ausrichtung wünschten. Die allmähliche Lösung von SOS hatte ebenfalls ihre Gründe in diesem Bereich: Die Gruppen wollten über Projekte und Partner mitbestimmen und ausführliche Informationen darüber haben.

(Ich erspare mir hier eine – auch nur auszugsweise – Wiedergabe der sehr ausführlich beschriebenen konzeptiellen und organisatorischen Entwicklung von A3WH im Laufe der Jahre).

Danach geht Schmied ausführlich auf die Programmatik und Öffentlichkeitsarbeit der A3WH ein: Dabei benutzt er allerdings einige sehr verwaschene bzw. fragwürdige Kriterien. So bezeichnet er die „Entwicklung und Förderung bürgerschaftlichen . . . Selbstbewußtseins, das Voraussetzung für bewußtes und aktives Mitverantworten in demokratischen Gemeinwesen ist", als Ziel politscher Bildung (zitierte Formulierung, S. 133). Und als grundlegende Bedingung politischen Lernens führt er an: Zielgruppenorientierung, Schaffung existentieller Betroffenheit („Nachweis der Partizipation des einzelnen Bürgers an der Aufrechterhaltung dieser ungerechten Strukturen . . ."), Eröffnung von Handlungsspielräumen durch das Lernmodell, „Verstärker" im Lernmodell (z.B. Partnerkontakte) und Revisionsfähigkeit des Handlungsmodells (dauernde Überprüfung). Diese Kriterien lassen, dies bestätigen die folgenden Ausführungen, oftmals nur eine formale, lediglich an den eigenen Zielsetzungen der A3WH orientierte Untersuchung zu.

Die Untersuchung der A3WH-Publikationen (vor allem das „Strategiepapier" von Nickoleit zur „Entwicklung der Unterentwicklung" aus dem Jahre 1971, das in überarbeiteter und ergänzter Form bis heute gilt, und das Faltblatt „A3WH- Ein entwicklungspolitisches Modell") zeigt Schmied, daß sie seinen Bedingungen für politisches Lernen (s.o.) nicht genügen: Existentielle Betroffenheit wird durch fehlende Schilderung der Situation in der Bundesrepublik und daher fehlende Handlungsmöglichkeiten im „Nahbereich" nicht erreicht, es ist keine zielgruppenspezifische Bearbeitung vorhanden, der unklare Begriff von Bewußtseinsbildung läßt die Politik der A3WH als aktionistisch erscheinen.

Die Beteilung der A3WH an Großveranstaltungen untersucht er an einzelnen Erfahrungsberichten: die mangelhafte Information für die Verkäufer, die schlechte Eignung der Waren-Sorten für einen informativen Verkauf (Kunsthandwerk) und die Priorität bei Käufern und Verkäufern auf dem Kauf (im Gegensatz zur Information) sind seine wichtigsten Feststellungen dabei. Auf der Ebene der regionalen Bildungsarbeit setzen sich die Gruppen mit ihren eigenen Zielen, mit der Projektpartnerauswahl und dem Warensortiment auseinander. Zunehmende Fragen und Kritik der Gruppen an der Arbeit der A3WH-Zentrale machen – so Schmied – deutlich, „wie das Unbehagen der Aktionsgruppen an den Waren, den Informationen über sie und der pädagogischen Begleitung durch die A3WH eher zu – als abnehmen". (S. 199) In „personellen und finanziellen Gründen" sieht er die Ursache dafür, daß die Grenzen der A3WH-Öffentlichkeitsarbeit so eng sind.

An der Untersuchung verschiedener Programmschwerpunkte (Indio-Kaffee 1973, Aluschok 1974/75, Simba- und Singa-Tee 1975) zeigt er, daß auch hier die Bedingungen für entwicklungspolitische Bewußtseinsbildung nicht erfüllt wurden. Im letzten Kapitel „Überlegungen zum Anspruch des Modellcharakters" geht er zunächst auf eine Käuferbefragung in einem Dorf ein, bei der festgestellt wurden, daß bei allen Seiten das Kaufinteresse im Vordergrund stand und nur wenige Gespräche zwischen Käufern und Verkäufern möglich waren.

Ähnliche Ergebnisse erbrachte eine Umfrage unter Aktionsgruppen 1975, bei der zusätzlich einige Informationen über Struktur und Organisation der Gruppen und ihrer Aktionen gewonnen wurden. Viele Gruppen hatten nur eine schwache Bindung zur A3WH-Zentrale, ihr Wille zur Weiterbeschäftigung mit dem Thema nach einer abgeschlossenen Aktion entsprang meist unpolitisch-humanitären Motiven, ihr Bewußtseinsstand war sehr niedrig. Anschließend fasst Schmied nochmals zusammen, warum die A3WH nicht den Bedingungen für politisches Lernen genügt: sie schafft keine existentielle Betroffenheit, weil sie zuwenig Informationen über die Projekte gibt und weil ihre Informationen in keinem Bezug zur BRD-Wirklichkeit stehen. Das Info-Material und die Betreuung für die Gruppen ist schlecht. Eine Neuformierung der A3WH wird seines Erachtens durch die politischen Differenzen mit der GFP (= die GmbH, die die Waren importiert) und das Bewußtsein der meisten Aktiven verhindert.

Das Buch erfüllt durch seine sorgfältige Zusammenstellung von Entwicklung und Aktivitäten der A3WH eine wichtige

Funktion. Schmieds Kritik wird aber selten grundsätzlich: So gibt seine Untersuchung keine Auskunft darüber, inwieweit die Trägerstrukturen der A3WH von vornherein eine andere Entwicklung der A3WH unmöglich machten: nur mit Kapazitätsproblemen und inneren Widersprüchen läßt sie sich jedenfalls nicht erklären.

Verweis: In den „blättern" Nr. 59 (Februar 77) sind wir in zwei Artikeln ausführlich auf die Aktion 3.Welt-Handel eingegangen.

Bezug des Buches: Ernst Schmied, Die „Aktion Dritte Welt Handel" als Versuch zur Bewußtseinsbildung, Aachen 1977 über: aktuell-Verlagsgesellschaft, Hermannstr. 14, 5100 Aachen (DM 24,–)

bm

PRESSEERKLÄRUNG

Aktion Dritte Welt Handel e.V. – Auflösung beschlossen

Am 29. April wurde in Gelnhausen bei einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Aktion Dritte Welt Handel beschlossen, den eingetragenen Verein aufzulösen. Voraufgegangen waren intensive Bemühungen um einen Kompromiß zwischen den Vertretern der Jugendverbände und den von der Basis gewählten Vertretern (Regionalsprecher) . . .

Die Auseinandersetzung begann, als der Vorsitzende, Tilmann Schmieder, im August 1977 die drei hauptamtlichen Mitarbeiter der Geschäftsstelle in Frankfurt kündigte, damit war der Verein nicht mehr im Sinne der Zielsetzung arbeitsfähig. Der Vorsitzende sah sich zu diesem Schritt auf Grund der finanziellen Entwicklung genötigt. Aber – und das werfen ihm die Vertreter der Regionen vor – er tat dieses ohne eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, oder die Mitglieder auch nur rechtzeitig von diesem Schritt zu informieren. Die Regionalsprecher erklärten schon im Nov. 1977, daß auf Grund der mangelnden Kooperationsbereitschaft das Vertrauen geschwunden sei, sie sahen sich nicht mehr in der Lage in diesem Vorstand mitzuarbeiten und legten ihre Ämter nieder.

Bei der anstehenden Wahl im März dieses Jahres schickten die Jugendverbände den früheren Vorsitzenden als einzigen Kandidaten ins Rennen und verhinderten durch Wahlabsprachen, daß der von den Regionen vorgeschlagene Pfarrer Burkhard Schneider die notwendige Stimmenmehrheit bekommen konnte. Obgleich keine inhaltlichen Differenzen über die Fortführung der Arbeit bestehen, war die Pattsituation schließlich nur noch durch Auflösung des Vereins zu überwinden.

Die Arbeit der Bewegung Aktion Dritte Welt Handel geht trotzdem weiter. Der Import von Waren aus genossenschaftlichen Projekten wird über die Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt (Gepa) abgewickelt. Diese ist von dem Beschluß nicht betroffen. Die pädagogischen Begleitmaterialien wurden bisher von dem e.V. Aktion Dritte Welt Handel erstellt, das ist nun nicht mehr möglich. Die Vertreter der Aktionsgruppen sind aber trotzdem zuversichtlich. Man wird die Arbeit jetzt dezentralisiert auf der Regionalen Ebene leisten müssen. An die Gründung einer Nachfolgeorganisation ist vorerst nicht gedacht.

Die Regionalsprecher

gez: Ernst-Erwin Pioch (Nord)
gez: Reinhard Pohl (Nord)
gez: Dorothea Kerschgens (Mitte)
gez: Götz Uecker (Mitte)
gez: Jörg Baumgarten (West)
gez: Volker Grabkowsky (West)
gez: Burkhard Schneider (Süd)
gez: Hans-Jörg Lutzeyer (Süd)

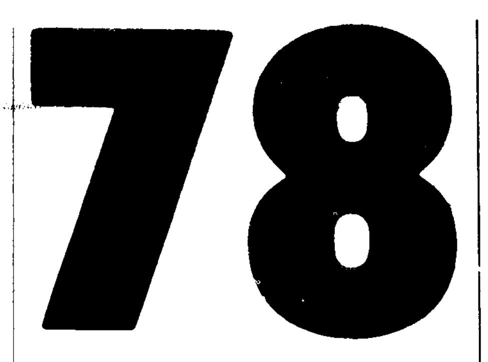
V.i.S.d.P. Ernst-Erwin Pioch Manshardtstr. 105g
2000 Hamburg 74

Frau
Ulrike Roesler
Langackern 2

7801 Horben

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Neu literatur konkret Frühjahr



Frühjahr 78 6 Mark

literatur



Wallraff · Kant · Lettau · Márquez · Gremliza
Herburger · Geissler · Krechel · Boehlich · Fuchs
Kipphardt · Fels · Mechtel · Münster · Sandkühler

konkret

Ab 10. April 78 an jedem Kiosk

und in allen guten Buchhandlungen

Schon heute

die größte Literaturzeitschrift der Bundesrepublik — natürlich aus dem Neuen Konkret Verlag. Pflichtblatt für alle, die mehr wissen wollen, als in den Bestsellerlisten steht.

Aus dem Inhalt

Günter Wallraff berichtet von seinen Verfolgern und ihrer Ohnmacht — **Günter Herburger** wünscht die Musik zur Hölle — **Heinar Kipphardt** veröffentlicht neue Gedichte und erzählt, wie sie entstanden sind — **Reinhard Lettau** beschreibt einige Zimmer in einem langsam umfallenden Haus — **Hermann Kant** stellt eine unbekannte Bestsellerautorin vor.

Außerdem

Beiträge von Gabriel Márquez — Christian Geissler — Walter Boehlich — Ludwig Fels — Angelika Mechtel — Arno Münster — Dieter Süverkrüp — Friedrich Knilli — Theo Pinkus — Uwe Wandrey — Hermann L. Gremliza — Birgit Pausch u.v.a.
Ca. 50 Bücher - ausführlich vorgestellt + Kommentierte Bibliografie der 150 wichtigsten Neuerscheinungen aus der Frühjahrsproduktion '78 der Verlage.

Literatur Konkret

eine kritische Revue der bundesdeutschen Literaturszene